



Falk Künstler, Sebastian Schipper

Sozialraumanalyse Ginnheim

Ein Frankfurter Stadtteil der Kontraste



Rhein-Mainische Forschungen
im Forum Humangeographie

131

Falk Künstler, Sebastian Schipper

Sozialraumanalyse Ginnheim

Ein Frankfurter Stadtteil der Kontraste

Rhein-Mainische Forschungen
im Forum Humangeographie

131



Sozialraumanalyse Ginnheim Ein Frankfurter Stadtteil der Kontraste

Falk Künstler & Prof. Dr. Sebastian Schipper
Frankfurt am Main, September 2021

© Falk Künstler & Prof. Dr. Sebastian Schipper

Rhein-Mainische Forschungen im Forum Humangeographie Nr. 131,
herausgegeben von den Professor*innen des Instituts für Humangeographie,
Selbstverlag des Instituts für Humangeographie der Goethe Universität
Frankfurt am Main

Im Auftrag von:

IB Südwest gGmbH – Frankfurt am Main
IB Quartiersmanagement Ginnheim
Frankfurter Programm Aktive Nachbarschaft
Jugend- und Sozialamt der Stadt Frankfurt am Main

ISBN-10: 3-923184-37-9

ISBN-13: 978-3-923184-37-8

EAN: 9783923184378

Verantwortlich für den Inhalt:

Falk Künstler & Prof. Dr. Sebastian Schipper
Institut für Humangeographie
Fachbereich Geowissenschaften/Geographie
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Theodor-W.-Adorno-Platz 6
D-60629 Frankfurt am Main

Lektorat: Franzi Prost
Satz: Maximilian Hellriegel

Kontakt

Goethe-Universität, Institut für Humangeographie,
Timm Brückmann (Schriftleitung Forum Humangeographie)
Theodor-W.-Adorno-Platz 6, 60323 Frankfurt am Main

www.humangeographie.de/schriften

Inhalt

1	Einleitung	5
1.1	Zielsetzung der Studie	5
1.2	Methodisches Vorgehen	6
2	Gebaute Umwelt und Infrastrukturen	9
2.1	Städtebauliche Lage und Struktur des Stadtteils	9
2.2	Grünflächen	13
2.3	Verkehrssituation	14
2.4	Soziale Infrastrukturen.....	16
3	Sozialstruktur	19
4	Wohnen im Stadtteil	29
4.1	Wohnraum: Baustrukturen, Eigentums- und Mietverhältnisse.....	29
4.2	Die Nachverdichtung der Platensiedlung.....	32
4.3	Aufwertung und Verdrängung?.....	36
4.4	Die zentrale Rolle der ABG Frankfurt Holding	39
4.5	Der alte Konflikt um Schadstoffbelastungen in Wohnungen	43
5	Zusammenleben und soziales Miteinander	45
5.1	Wege und Bewegungsmuster	45
5.2	Nachbarschaft	46
5.3	Identifikation mit dem Stadtteil und seinen Quartieren	51
5.4	Perspektiven von Jugendlichen	54
5.5	Soziale und sozialstrukturelle Probleme	58
6	Bedürfnisse und Wünsche	77
6.1	Begegnungsorte	77
6.2	Soziale Infrastrukturen für Jugendliche.....	83
6.3	Soziale Infrastrukturen für Kinder	85
6.4	Weitere soziale Infrastrukturen	86
6.5	Kultur- und Freizeitangebote.....	87
6.6	Zugang zu Informationen.....	88
7	Engagement	91
7.1	Initiativen im Stadtteil.....	92
7.2	Soziale Reichweite des Engagements	94
7.3	Vernetzung	98
7.4	Der Stadtteilarbeitskreis (SAK).....	101

7.5	Unzureichende Unterstützung für soziales Engagement.....	102
7.6	Bisherige Erfahrungen mit Beteiligungsformaten	106
8	Wahrnehmung des Quartiersmanagements	109
8.1	Aufgaben des Quartiersmanagements.....	112
8.2	Ideen zur zukünftigen Quartiersarbeit	115
9	Literaturverzeichnis	119
10	Anhang	123

1 Einleitung

Der IB Südwest und die AG geographische Stadtforschung des Instituts für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt am Main sind im Frühjahr 2020 eine Forschungspartnerschaft eingegangen, mit dem Ziel eine Sozialraumanalyse des Frankfurter Stadtteils Ginnheim zu erstellen. Im folgenden Kapitel werden zunächst die Zielsetzung sowie das methodische Vorgehen der Studie erläutert.

1.1 Zielsetzung der Studie

Grundlegend soll diese Studie dem Auftraggeber IB Südwest – Träger des Ginnheimer Quartiersmanagements – als Evaluation der bisherigen und Basis für die zukünftige Arbeit im Stadtteil dienen. Der empirische Blick der Erhebung ist gerichtet auf die Bewohner*innen Ginnheims und ihre Interaktionsformen mit dem sie umgebenden Sozialraum. Der Begriff Sozialraum wird dabei nicht als einheitlich oder dinghaft bestimmt, sondern beschreibt eine subjektiv konstruierte Lebenswelt. Die Studie basiert auf einem relationalen Raumverständnis, nachdem Räume einerseits in ihrer materiell-baulichen Gestalt sowie diskursiven Repräsentation durch soziale Prozesse geschaffen werden und andererseits diese gesellschaftlich produzierten Räume wiederum strukturierend auf gesellschaftliche Verhältnisse zurückwirken (Belina/Michel 2007).

Im Interesse der Studie steht erstens, welche Handlungs- und Interaktionsspielräume sowie welche Teilhabe- und Beteiligungschancen der baulich-materielle sowie soziale Lebensraum den Bewohner*innen eröffnet – sowohl auf der Ebene des individuellen Wohnens als auch im weiteren Sinne auf Siedlungs- bzw. Stadtteilebene. Auf Grundlage des relationalen Raumverständnisses sollen Mechanismen erkannt werden, von denen eine benachteiligende oder segregierende Wirkung ausgehen, aber auch ganz konkrete Bedürfnisse und Bedarfe identifiziert werden. Gegebenenfalls aufzudeckende Mängel und soziale Probleme werden nicht auf den Stadtteil als Äußerungsort reduziert, sondern wo notwendig auch in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang verortet.

Zweitens will die Studie den Perspektiven verschiedener Personengruppen folgen und herausarbeiten, wie sich Bewohner*innen innerhalb des Stadtteils bewegen, welche Strukturen und Angebote sie wahrnehmen und wie sie sich bestehende Räume aneignen. Ihr Blick und ihre Ausdeutung des Sozialraums stehen am Anfang einer zielführenden und gestaltenden Quartiersarbeit. Es sollen Ansatzpunkte herausgearbeitet werden, wie Wohn- und Lebenssituationen unter Beteiligung der Bewohner*innen verbessert werden können und wo bestehende bürgerschaftliche Potentiale und erweiterte Handlungsmöglichkeiten zu fördern sind. Nachgelagert werden daraus erste Handlungsemp-

fehlungen abgeleitet, die im Portfolio des Quartiersmanagements und deren Partner*innen liegen und von baulichen Maßnahmen und Investitionen in soziale Infrastrukturen über Vermittlungs- und Organisationsprozesse bis hin zu den klassischen Aufgabenfeldern der Jugend- und Sozialarbeit reichen.

1.2 Methodisches Vorgehen

Die Studie basiert auf der Auswertung von quantitativ-statistischen Daten zur Sozialstruktur Ginnheims sowie einer eigenen Erhebung von qualitativen Daten mittels leitfadengestützter Interviews. In einem ersten Schritt wurden bereits vorliegende quantitativ erhobene Daten des Bürgeramtes für Statistik und Wahlen analysiert, um einen Überblick zur sozialstrukturellen Ausgangslage des Stadtteils zu generieren. Einige relevante Eckdaten werden innerhalb des dritten Kapitels komprimiert dargestellt. In einem nachgelagerten Schritt – welcher das Kernstück der Studie darstellt – wurden qualitative Daten in empirischer Feldforschung erhoben. Insgesamt fließen 24 leitfadengestützte Interviews mit 27 Personen in die Auswertung ein. Der Vorteil leitfadengestützter Interviews ergibt sich aus der Erfahrung, so eine entscheidende Gesprächstiefe erzielen und gleichzeitig Raum für individuelle Sichtweisen bieten zu können. Das umfangreiche Interviewmaterial wurde zudem um persönliche Beobachtungen aus Aufenthalten vor Ort im Erhebungszeitraum September 2020 bis Januar 2021 ergänzt.

Angesichts begrenzter Ressourcen als auch bedingt durch die Einschränkungen infolge der Corona-Pandemie fokussiert die Studie auf sogenannte Schlüsselpersonen. Als Schlüsselpersonen qualifiziert die Interviewpartner*innen, dass sie seit vielen Jahren in Ginnheim leben oder arbeiten und sich in besonderem Maße für den Stadtteil engagieren. Neben ihren eigenen Erfahrungen und Standpunkten haben sie zudem Zugang zu erweiterten Personenkreisen, deren Perspektiven ebenfalls innerhalb der Gespräche in zumindest indirekter und vermittelter Form erörtert wurden. Inwieweit die Interviewten für welche Themen, Personengruppen und Prozesse sprechfähig sind, musste innerhalb der Gesprächssituation selbst herausgearbeitet werden.

Die erste Auswahl von Schlüsselpersonen erfolgte im August 2020 in Absprache mit dem Quartiersmanagement. Die Auswahl basierte auf Kontakten, die das Quartiersmanagement während seiner bisherigen Arbeit im Stadtteil aufbauen konnte. Diese Herangehensweise bot einen relativ zügigen und zielführenden Feldzugang, welcher auch angesichts des kurzen Zeitrahmens der Studie von nur sechs Monaten und des ambitionierten Ziels, einen ganzen und äußerst diversen Stadtteil abbilden zu wollen, notwendig war. Gleichzeitig war das Sampling offen und dynamisch konzipiert, sodass mit zunehmendem Erkenntnisgewinn auch weitere Personen über die erste Auswahl hinaus in die Erhebung integriert wurden. Während der Interviews konnten also auch zusätzliche Gesprächspartner*innen identifiziert werden, welche die Perspektiven bisher nicht vertre-

tener Personengruppen oder weiteres spezifisches Erfahrungswissen für die Studie zugänglich machten. Wie in der qualitativen empirischen Sozialforschung üblich erhebt die Studie mit dem Sampling keinen Anspruch auf Repräsentativität im statistischen Sinne. Gleichwohl zielte die Auswahl an Gesprächspartner*innen darauf ab, die Diversität der Bewohner*innen, die vielschichtigen Interessenlagen im Stadtteil sowie die Heterogenität einzelner Quartiere innerhalb Ginnheims einzufangen und abzubilden.

Alle interviewten 27 Personen sind oder waren in ehrenamtlicher oder professioneller Weise innerhalb Ginnheims aktiv. Unter den Interviewpartner*innen finden sich einerseits Repräsentant*innen professionell arbeitender Institutionen, andererseits Bewohner*innen, welche in ihrer Freizeit einem stadtteilbezogenen Engagement nachgehen.¹ Letztere Personen sind zwar auch in bestimmten Strukturen organisiert, sprechen jedoch als Bewohner*innen und vertreten in diesem Sinne eine Innenperspektive. Trotzdem gibt es verschiedene ungehörte, gleichwohl relevante Stimmen im Stadtteil, deren Perspektive mit dieser Studie nicht ausreichend wiedergegeben werden kann. Gemeint sind damit die Bewohner*innen, die, wie es der evangelische Gemeindepfarrer formuliert, »ein ganz unauffälliges Leben führen, irgendwo in einer Wohnung in Ginnheim [...], die einfach ihrer Arbeit nachgehen und abends vor dem Fernseher hocken und ihr Brot kaufen« (Interview 6). Um auch diesen Stimmen Möglichkeit zur Artikulation zu bieten, wird in Ergänzung zu dieser qualitativen Erhebung, die darauf abzielt, komplexere Sachverhalte und Problemlagen im Stadtteil zugänglich zu machen und in ihrer Tiefe zu verstehen, eine quantitative Befragung durch den Quartiersmanager durchgeführt. Allen Stimmen im Stadtteil gleichberechtigt Gehör zu verschaffen, ist darüber hinaus jedoch nicht als punktuelle Aufgabe zu verstehen, sondern bleibt ein langfristiger und integraler Bestandteil der Arbeit des Quartiersmanagements.

Bei der Darstellung der Ergebnisse wird den Leser*innen auffallen, dass sich bestimmte Aussagen auf den gesamten Stadtteil, andere auf einzelne Quartiere innerhalb Ginnheims beziehen. Bestimmte Quartiere bzw. Siedlungen werden in vielen Kontexten erwähnt, andere nehmen innerhalb der Studie hingegen eine weniger prominente Stellung ein. Diese unterschiedliche Gewichtung ergibt sich aus der Überlegung, sich vor allem auf die Fragestellungen und räumlichen Zusammenhänge im Stadtteil zu fokussieren, welche für die bisherige sowie die zukünftige Arbeit des Quartiersmanagements von besonderer Bedeutung waren und sein werden.

Zudem folgt die Darstellung einzelner inhaltlicher Teilaspekte der Gewichtung und den subjektiven Sichtweisen der Gesprächspartner*innen. Teilweise werden diese Punkte um eigene Beobachtungen oder recherchierte Hintergründe ergänzt, um ein verständlicheres Bild zu zeichnen. Die zitierten Personen werden namentlich anonymisiert, jedoch

¹ Eine Liste aller Interviewpartner*innen und der vertretenen Institutionen und Initiativen findet sich im Anhang.

Sozialraumanalyse Ginnheim

wird auf ihre jeweilige berufliche oder zivilgesellschaftliche Position im Stadtteil hingewiesen, sofern dies für die Studie als relevant erscheint.² Die Transkripte der Interviews sind zudem sprachlich geglättet und von Zögerungslauten (z.B. »ähm«) befreit.

Der Aufbau der Arbeit ist wie folgt gegliedert: Die inhaltliche Auswertung des erhobenen Materials beginnt in Kapitel 2 mit der Darstellung prägnanter baulich-materieller und infrastruktureller Aspekte des Stadtteils. Das darauffolgende Kapitel 3 widmet sich der sozialstrukturellen Analyse des Stadtteils, wobei einzelnen Quartieren eine genauere Betrachtung zukommt. Daran anschließend werden in Kapitel 4 verschiedene Aspekte des Wohnens in Ginnheim fokussiert. Neben einem allgemeinen Überblick über Baustrukturen sowie Eigentums- und Mietverhältnisse werden auch spezifischere Fragen zur Wohnsituation vor allem innerhalb der *Housing Area* beleuchtet. Kapitel 5 richtet den Blick auf das Zusammenleben und die soziale Interaktion der Bewohner*innen. Besondere Beachtung finden dabei Bewegungsmuster, nachbarschaftliche Beziehungen sowie soziale und sozialstrukturelle Probleme im Stadtteil. In Kapitel 6 werden konkret geäußerte Wünsche und Bedürfnisse der Bewohner*innen benannt und vor dem Hintergrund der vorherigen Kapitel eingeordnet. Kapitel 7 bietet eine Übersicht zum vielfältigen bürgerschaftlichen Engagement im Stadtteil und reflektiert die darin zum Ausdruck kommenden Erfahrungen. Im abschließenden Kapitel 8 werden die Wahrnehmung der bisherigen Quartiersmanagements sowie Ideen für die zukünftige Gestaltung der Quartiersarbeit skizziert.

² Die Interviewnummern nach Zitaten verweisen auf die Liste der Gesprächspartner*innen im Anhang. In Einzelfällen werden Zitate zur weiteren Anonymisierung nicht mit einer Interviewnummer belegt.

2 Gebaute Umwelt und Infrastrukturen

In diesem Kapitel werden verschiedene baulich-materielle Aspekte des Stadtteils anhand des erhobenen Interviewmaterials und eigener Eindrücke während zahlreicher Aufenthalte vor Ort analysiert. Über eine reine Beschreibung hinaus wird die gebaute Umwelt daraufhin befragt, wie sie Nutzungs- und Bewegungsmuster strukturiert, welchen Einfluss sie auf die in den nachfolgenden Kapiteln beschriebenen sozialen Interaktionen hat und inwieweit sie als Ursache aktuell bestehender Bedarfe gelten kann.

2.1 Städtebauliche Lage und Struktur des Stadtteils

Die wohl augenscheinlichste Eigenschaft Ginnheims – welche nahezu das gesamte Gesprächsmaterial durchzieht und bei Aufenthalten vor Ort unmittelbar deutlich wird – ist die Verschiedenartigkeit der einzelnen Quartiere im Stadtteil. Diese bezieht sich sowohl auf baulich-materielle als auch sozialstrukturelle Aspekte (dazu Kapitel 3). Während die sozialen Folgen dieser beobachteten Trennung in einzelne Quartiere in späteren Kapiteln untersucht werden, sollen hier zuerst ihre baulich-infrastrukturellen Dimensionen und geschichtlichen Hintergründe skizziert werden.

Bei Eingemeindung in die Stadt Frankfurt im Jahr 1910 bestand Ginnheim lediglich aus dem historischen Kern, welcher heute als Alt-Ginnheim bekannt ist und in Teilen noch immer dörfliche Bau- und Wohnstrukturen aufweist. 1926 entstand die Siedlung Höhenblick oberhalb des Niddatals am Ginnheimer Hang im Rahmen des Stadtplanungsprogramms *Neues Frankfurts*. Der Großteil der verbindenden Bebauung in Richtung Stadtmitte (Westend und Bockenheim) wurde nach Ende des Zweiten Weltkrieges als Wohnstandort für Angehörige der US-Armee errichtet, welcher auch heute noch unter dem Namen *Housing Area* bekannt ist. Dieser unterteilt sich jedoch weiter in die kleineren Siedlungseinheiten: Platenstraße³, Friedrich-Wilhelm-von-Steuben-Siedlung⁴ und Siedlung Hügelstraße⁵. Nach Abzug der amerikanischen Streitkräfte in den 1990er Jahren kaufte die Stadt Frankfurt den Bestand der *Housing Area* zur Konversion auf und übergab einen Großteil der Wohnungen an die städtische Wohnungsbaugesellschaft ABG Frankfurt Holding (im Folgenden: ABG). Ende 1995 zogen die neuen, zivilen Bewohner*innen ein.

³ Baujahr der Platensiedlung: 1945. Wohnberechtigte Einwohner*innen: 2857 (Bürgeramt 2019).

⁴ Im Folgenden: Steuben-Siedlung. Baujahr: 1954. Wohnberechtigte Einwohner*innen: 2265 (Bürgeramt 2019).

⁵ Baujahr der Siedlung Hügelstraße: 1954. Die Hügelsiedlung wird im Süden durch die Raimundstraße und im Norden durch die Hügelstraße begrenzt. Die Siedlung wird vom Bürgeramt, Statistik und Wahlen als Friedrich-Wilhelm-von-Steuben-Siedlung geführt und daher im weiteren Textverlauf auch so bezeichnet.

Sozialraumanalyse Ginnheim

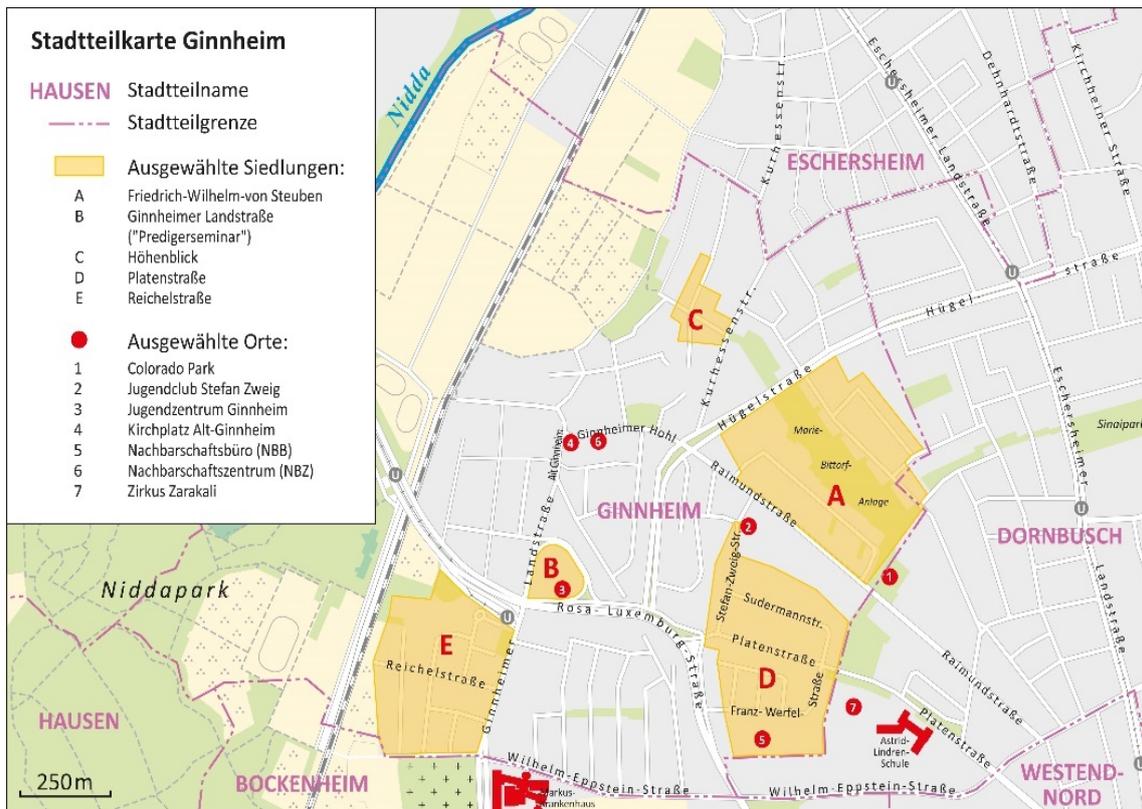
Die in aller Kürze skizzierte räumliche Zusammensetzung des heutigen Ginnheims zeigt auf, dass die auch aktuell noch sichtbare und spürbare Trennung der einzelnen Areale und Teilsiedlungen historisch begründet ist. Vor diesem Hintergrund verweist der evangelische Gemeindepfarrer darauf, dass man den Stadtteil auch als »zufällig zusammengewürfelt« (Interview 6) betrachten müsse, da historisch weder Gemeinsamkeiten noch Anknüpfungspunkte bestehen würden.

Trotz der unmittelbaren Nähe zu den Stadtteilen Westend und Bockenheim wird Ginnheim überwiegend in Distanz zur Frankfurter Innenstadt wahrgenommen – »wie eine kleine Gemeinde außerhalb der Stadt« (Interview 13, Bewohnerin Platenstraße). Während für den gesamten Stadtteil häufiger Bezeichnungen wie »nicht-urban« oder »kleinstädtisch« gewählt werden, wird Alt-Ginnheim von fast allen Gesprächspartner*innen als »dörflich« beschrieben. In der Tat weist der historische Kern Ginnheims Grundstückszuschnitte und Bausubstanzen auf, die immer noch an dörfliche Wohnformen erinnern. Damit verbunden ist die historisch bedingte Tatsache, dass in Alt-Ginnheim städtebaulich sowie sozial langfristig gewachsene Strukturen vorzufinden sind, während alle drei Wohnsiedlungen innerhalb der *Housing Area* sowie die Wohnsiedlungen Reichelstraße und Ginnheimer Landstraße jeweils zu einem bestimmten Zeitpunkt komplett neu gebaut bzw. besiedelt wurden. Viele städtebauliche, aber auch soziale Phänomene innerhalb Ginnheims sind zumindest in Teilen noch als Folge dieser Historie auszumachen (s. Abb. 1).

Zudem ist damit bereits die augenfällige und sehr bedeutende Beobachtung angesprochen, dass sich innerhalb Ginnheims eine Vielzahl an unterschiedlichen Wohnsiedlungstypen befinden. Mit Ausnahme der Siedlung Höhenblick im zwei- bis dreigeschossigen Reihenhausstil sind die Wohnsiedlungen der ehemaligen *Housing Area* sowie die Komplexe Ginnheimer Landstraße und Reichelstraße als Mehrfamilienhäuser in Zeilenbebauung oder als durchgängiger Wohnblock errichtet. Demgegenüber ist die Wohnbebauung Alt-Ginnheims hauptsächlich durch Ein- und Zweifamilienhäuser geprägt. Die Wohnhäuser im Stadtteil rangieren ferner zwischen einfachen, kostengünstigen Bauweisen bis hin zu villenartigen Bauten am Ginnheimer Hang.

Als positive Merkmale der Stadtteilstruktur werden von den Gesprächspartner*innen fast durchweg die Lage Ginnheims als Bindeglied zwischen der Frankfurter Innenstadt und dem Volkspark Niddatal sowie die großzügigen Grün- und Freiräume innerhalb der ehemaligen *Housing Area* genannt. Viele Bewohner*innen der *Housing Area* sprechen gerade dieser offenen Siedlungsform Potentiale für eine hohe Lebensqualität zu. Worin diese bestehen, aber auch Gründe dafür, dass diese unausgeschöpft bleiben, werden in den folgenden Kapiteln erörtert.

Abbildung 1: Ginnheim. Städtebauliche Struktur des Stadtteils (Kartographie: Elke Alban)



Für die weitere Analyse bedeutsam sind auch drei negativ bewertete städtebauliche Merkmale: Die Zerschneidung des Stadtteils in unterschiedliche Quartiere, ein fehlendes kulturelles, kommerzielles und soziales Zentrum sowie, damit einhergehend, die fehlende Urbanität. Die Zerschneidung ist vor allem auf den Verlauf der großen Verkehrsachsen im Stadtteil zurückzuführen. Damit sind insbesondere die Hängelstraße, die Rosa-Luxemburg-Straße sowie die Eschersheimer Landstraße, kurz hinter der Grenze zum benachbarten Stadtteil Dornbusch, gemeint. Mehrere Personen nehmen daraus resultierend eine Dreiteilung Ginnheims in die Bereiche Platensiedlung⁶, Alt-Ginnheim und den Bereich südlich der Rosa-Luxemburg-Straße und U-Bahn-Station Ginnheim wahr. Teilweise – dies deckt sich mit der Wahrnehmung der Autoren – wird die Wohnbebauung in Richtung Eschersheim (u. a. am Ginnheimer Hang) als weiterer baulich und sozialstrukturell sehr unterschiedlicher Bereich betrachtet. Neben der Wahrnehmung von »Schneisen« oder »tiefen Gräben« (Interview 13, Bewohnerin Platensiedlung), die auf einer affektiven Ebene sowie hinsichtlich der Bewegungsmuster im Stadtteil eine Rolle spielen, scheinen die Verkehrsachsen eine grundlegende Zerteilung zwar nicht alleinig zu begründen, jedoch zu festigen.

⁶ Im Gesamtzusammenhang des Stadtteils wird die Bezeichnung Platensiedlung oft gleichbedeutend mit *Housing Area* verwendet.

Sozialraumanalyse Ginnheim

»Und das macht es, glaube ich, auch für das Quartiersmanagement total schwierig, das alles zu fassen, weil es [...] total unterschiedliche Bevölkerungsstrukturen sind und weil ich glaube [...], dass diese großen Straßen oft Quartiere unterteilen« (Interview 12, Mitarbeiterin eines Trägers der Jugendhilfe).

Gerade im Zusammenspiel mit unterschiedlichen Bebauungs- und Wohnformen sowie den sozialstrukturellen Disparitäten (siehe dazu Kapitel 3) zeigt sich unter den Gesprächspartner*innen nahezu einstimmig eine Wahrnehmung separierter Stadtteile.

»Jeder ist so separiert von sich. Auch Alt-Ginnheim von der Platensiedlung. Sehr unterschiedliche Gebiete gibt es halt in dem Stadtteil, wo man gar nicht denken würde, das ist ein Stadtteil« (Interview 22).

Neben einer generellen Teilung einzelner Quartiere schildern viele Interviewte eine wahrgenommene Abtrennung oder sogar Isolation der Platensiedlung. Dafür ursächlich scheint aus städtebaulicher Sicht zum einen die Wegeführung innerhalb des Stadtteils zu sein. Die genannten großen Verkehrsachsen Hängelstraße und Rosa-Luxemburg-Straße schneiden das Quartier Richtung Westen ab. Nach Süden wird die Siedlung durch das Gelände der Bundesbank begrenzt sowie im Norden durch eine Zaunführung, welche Zugänge von Raimund- oder Schönbornstraße verhindert. Die südliche Platensiedlung endet zudem in einer Art Sackgasse, deren Durchquerung in Richtung Alt-Ginnheim bis vor kurzem noch durch eine Schranke an der Unterführung der Rosa-Luxemburg-Straße unterbunden wurde. Insgesamt erscheint die gesamte Siedlung, speziell jedoch der südliche Teil, aufgrund der Wegeführung, aber auch aufgrund installierter Hürden (Zaun, Schranke) als von der Außenwelt »gekappt«. Der evangelische Gemeindepfarrer stellt fest: »Auch wenn es nur Fußwege wären, also man kommt irgendwie an gewissen Stellen, die total logisch wären, nicht rein« (Interview 6). Zum anderen wird die städtebauliche Trennung der Platensiedlung durch ihre Nutzung als bislang reines Wohnviertel und damit einhergehend durch fehlende Attraktionen für Bewohner*innen der umliegenden Quartiere verstärkt.

Die Wahrnehmung fehlender Urbanität stellt sich den Befragten als ausbleibende Lebendigkeit im öffentlichen Raum dar, meist in Folge eines Mangels an öffentlichen Orten, die zum Flanieren, Verweilen oder Zusammenkommen einladen, sowie an urban konnotierter Infrastruktur (siehe dazu Kapitel 2.4). Insgesamt fehlt dem Stadtteil ein erkennbares Zentrum, wodurch er als »zerpflückt« wahrgenommen wird.

»Völlig unterschätzter Stadtteil, wenn er so ein paar Zentren hätte, so ein bisschen, ja bisschen Charakter hätte [...]. Es gibt keinen Lebensmittelpunkt der Ginnheimer, wo sie sich treffen können. Es gibt nur Rewe, Aldi oder Lidl. Das sind die einzigen Treffpunkte, wo Leute zusammenkommen« (Interview 10, Gründerin und Geschäftsführerin NBZ).

Obwohl Alt-Ginnheim noch über einen historischen Dorfkern verfügt, stellt auch dieser keinen Orientierungspunkt mehr dar und bietet – abgesehen von den Bepflanzungen und Bänken am Kirchplatz – (gerade im Winter) keine größeren Aufenthaltsqualitäten. An der Raimundstraße sowie an der U-Bahn-Station Ginnheim haben sich noch einzelne Waren- und Dienstleistungsbetriebe der Nahversorgung angesiedelt – »da ist eigentlich viel los, viele Leute, die da umsteigen, das ist eigentlich das Zentrum, aber das hat vom Baulichen her ja eigentlich gar keine Struktur, sondern nur diese Verkehrsüberführung« (Interview 9, Bewohnerin Alt-Ginnheim). Zusammenfassend erscheinen somit als zentrale städtebauliche Herausforderungen in Ginnheim, dass der Stadtteil in einzelne Quartiere und Siedlungen mit wenig Bezügen untereinander zerfällt und darüber hinaus weder ein gemeinsames Zentrum noch quartiersbezogene Zentren existieren.

2.2 Grünflächen

Als durchgehend positiv erwähnen Bewohner*innen des gesamten Stadtteils die Nähe zum Volkspark Niddatal⁷ sowie die im Bereich der *Housing Area* vorzufindenden großzügigen Frei- und Grünflächen zwischen der Bebauung sowie den alten Baumbestand. Insbesondere Anwohner*innen der *Housing Area* beschreiben ihr Wohnumfeld oft mit Aussagen wie »kinderfreundlicher, grüner Stadtteil« (Interview 15, Bewohner Steuben-Siedlung) oder »ein bisschen wie auf dem Land« (Interview 13, Bewohnerin Platensiedlung). Positiv erwartet werden zudem Elemente, die im Rahmen des städtebaulichen Entwicklungskonzeptes *Grünes Ypsilon* (im Folgenden: *Grünes Y*) realisiert werden sollen: Dazu gehört die durchgängige Verbindung der Grünflächen zwischen dem Grüneburgpark im Süden, dem Sinaipark im Nordosten sowie dem Niddatal im Nordwesten. Zudem sollen bessere Übergänge zwischen den einzelnen Quartieren geschaffen sowie Fuß- und Radwege deutlich ausgebaut werden, um nachhaltige und schnelle Fortbewegung zu erleichtern. Eine Qualifizierung der bestehenden Grünflächen einschließlich der Spiel- und Sportplätze sowie die Bereitstellung einer geeigneten Fläche für einen Bürgergarten sind ebenfalls angedacht. Sowohl hinsichtlich der Bedürfnisse von Kindern als auch Erwachsenen im Stadtteil werden diese Ziele begrüßt.

Im Zuge des dazu durchgeführten Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes wurden Wünsche und Bedarfe der Bewohner*innen in Hinblick auf die Ausgestaltung des 7,8 Millionen Euro teuren Projektes erhoben (Grünflächenamt 2020: 6).⁸ Aus der Generierung von Vorschlägen entstanden so beispielsweise die Ideen, eine Freiluftbühne mit umgebendem Rondell am unteren Ende der Grünfläche zwischen Zirkus Zarakali und Astrid-Lindgren-Schule, eine Sportfläche für Jugendliche sowie den bereits erwähnten freizugänglichen gemeinschaftlichen Bürgergarten anzulegen. Diese Ideen wurden bei der Vorstellung des Projekts im Herbst 2020 von anwesenden Bewohner*innen positiv aufgenommen. Die Reaktionen der anwesenden Personen machten jedoch

⁷ Aufgrund der Gestaltung im Rahmen der Bundesgartenschau 1989 auch BUGA-Gelände genannt.

⁸ Geteilte Finanzierung von Bund, Land und Kommune.

deutlich, dass ein als wesentlich erachtetes und im Verlauf des Planungsprozesses von Bewohner*innen immer wieder gefordertes Element in den vorgestellten Plänen nicht enthalten ist. Dabei handelt es sich um einen überdachten Treffpunkt mit Sitzgelegenheiten, der sowohl für Jugendliche als auch Erwachsene als Ort des Zusammenkommens im öffentlichen Raum dienen könnte (dazu vertiefend Kapitel 6.1).

Mit der Pflege der Grünflächen innerhalb der *Housing Area* sei, so eine Bewohnerin und Mitglied des Ortsbeirats, mittlerweile eine Gartenbaufirma durch die Eigentümerin ABG beauftragt worden. Zuvor wäre die Landschaftspflege keinem erkennbaren Konzept gefolgt, sondern »eher ziellosem Aktionismus« (Interview 17). Frust über mangelnde Kommunikation und Unsinnigkeit der Arbeiten hatte in der Vergangenheit vor allem die Zerstörung einer eigenständig angelegten Blumenwiese bei Anwohner*innen hervorgerufen. Für Unverständnis sorgen zudem mehrere Waschbetonkübel innerhalb der Platensiedlung, die bereits mit freiwilliger Hilfe bepflanzt wurden, aktuell jedoch ungenutzt bzw. verwildert sind. Sorge besteht unter manchen Bewohner*innen der Platensiedlung weiterhin darüber, ob der verbliebene Baumbestand langfristig geschützt wird oder aufgrund weiterer Nachverdichtungsarbeiten gefährdet wäre. Viele Interviewpartner*innen hoben hervor, dass die Grünflächen inklusive der darauf stehenden Bäume als prägende und positiv besetzte Elemente des Quartiers *Housing Area* verstanden werden.

2.3 Verkehrssituation

Durch die Lage des Stadtteils bedingt gelangt man per Individualverkehr (z.B. Fahrrad, Auto) aus allen Teilen Ginnheims schnell in die Innenstadt wie auch in den Volkspark Niddatal. Wohnt man in Nähe der Ginnheimer U-Bahn- und Tramstationen, sind mit dem öffentlichen Nahverkehr vor allem Bockenheim sehr schnell (Tram 16), aber auch die Innenstadt (U-Bahn-Linie U1) relativ gut⁹ zu erreichen. Nur vier U-Bahn-Stationen entfernt liegt auch das Nordwestzentrum, welches für viele Bewohner*innen ein beliebtes Fahrziel darstellt. Aus Sicht der *Housing Area* erscheint der Weg umständlicher, da die U-Bahn-Stationen Fritz-Tarnow-Straße oder Dornbusch einen längeren Fußweg oder die Nutzung einer Bus-Linie erfordern. Gerade zu Arbeits- und Schulbeginn am Morgen sind diese Stationen stark überlastet. In Aussicht steht jedoch eine Verlängerung der U-Bahn-Linie U4, deren möglicher Verlauf aktuell in drei verschiedenen Varianten diskutiert wird. Ohne die Varianten an dieser Stelle im Einzelnen darlegen zu können, scheint aus Sicht der Bewohner*innen eine Lösung erstrebenswert, die einerseits nicht mit bestehenden Infrastrukturen (Astrid-Lindgren-Schule, Zirkus Zarakali sowie den Grünanlagen des *Grünen Y*) kollidiert und andererseits keine weitere Zerschneidung des Stadtteils oder die aktuell bestehende »Kappung« der Platensiedlung manifestiert. Der stellvertretende Ortsbeiratsvorsteher (SPD) bemerkt: »Durch welche Kanäle

⁹ Die Fahrzeit Ginnheim – Hauptwache beträgt mit der Linie U1 ca. 21 Minuten.

oder wie die U4 fährt, ist nicht unser Problem. Unser Problem ist, dass die Institutionen bleiben müssen« (Interview 2). Deshalb würde sich der Ortsbeirat konsequent für deren Verbleib einsetzen.

Negativ empfundenen wird von vielen Gesprächspartner*innen ein stark gestiegenes Verkehrsaufkommen im Bereich des gesamten Stadtteils. Auch in Anbetracht des Nachverdichtungsprojekts Platensiedlung wird der Verkehr von Bewohner*innen als zunehmende Problematik erachtet. Gerade der Verkehr auf der Platenstraße selbst hat bereits jetzt merklich zugenommen und erschwert eine Belebung des öffentlichen Raums im Sinne des Konzepts »Lern-Spiel-Kulturmeile«, wie am Zitat einer Anwohnerin deutlich wird:

»Also das ist keine Straße für Menschen, von Lern-Spiel- und Kulturmeile sprechen die wenigsten [...]. Beziehungsweise es ist wieder mein persönliches Interesse, dass darüber gesprochen wird und nicht über eine Zubringerstraße, zu der die Platenstraße wird und gemacht wird« (Interview 5).

Sowohl in der *Housing Area* als auch im Bereich des Markus-Krankenhauses wird der Autoverkehr als Belastung erlebt, da einerseits zu viel, andererseits auf einigen Straßen trotz formeller Beschränkungen regelmäßig mit erhöhter Geschwindigkeit gefahren würde (genannte Beispiele: Ricarda-Huch-Straße, Platenstraße). Gerade in uneinsichtigen Straßen (z.B. Tempo-30-Zonen mit seitlich parkenden Autos), stelle der Verkehr vor allem für Kinder eine Gefahr dar.

Als weitere Facette der Verkehrssituation ergibt sich der enorme Bedarf an Parkflächen im Stadtteil, der aktuell nicht gedeckt werden kann. Obwohl die ausgewiesenen Parkflächen bereits viel Platz in Anspruch nehmen, übersteigt der Bedarf die aktuell verfügbaren Plätze vor allem im Bereich der Platensiedlung deutlich. Anwohner*innen berichten, dass gerade in den Abendstunden nicht ausgewiesene Flächen zugestellt werden. Dazu gehören Grünflächen, die nur einseitig befahrbare Platenstraße und diverse Seitenstraßen; in Folge würden Verkehrsbehinderungen und Ärger entstehen. Als Ursache für die aktuelle Parksituation werden der plötzliche Bevölkerungszuwachs im Rahmen des Nachverdichtungsprojekts Platensiedlung, die wegen der Bauarbeiten noch vorübergehend gesperrten oder nicht fertiggestellten Parkmöglichkeiten, aber auch ein Besitz mehrerer Fahrzeuge oder eine gewerbliche Nutzung der Parkflächen durch einzelne Bewohner*innen benannt. Die Verkehrssituation würde dadurch regelmäßig zum Ausgangspunkt von Auseinandersetzungen zwischen Nachbar*innen im Bereich der Platensiedlung.

»Das ist auch so ein Ding mit dem sozialen Sprengstoff, den es dann daraus gibt. Dann gibt es dann halt Streit, wer das Auto da stehen hat oder wer wen zuparkt« (Interview 11, Bewohner Platensiedlung).

Ein Mitglied des Ortsbeirates der Partei Die Grünen merkt an, dass bislang unklar wäre, ob die neu entstandenen Tiefgaragenplätze¹⁰ in der Miete enthalten seien. Falls nicht sei davon auszugehen, dass Bewohner*innen mit geringen Einkommen dazu tendieren würden, weiterhin andere Parkmöglichkeiten zu suchen.

Die etwas umständliche Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Bereich der Platenstraße begünstigt bislang noch den Autoverkehr. Eine schnellere, direktere Verbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln als auch besser ausgebaute Radwege könnten die Anbindung und damit die Attraktivität des Wohngebiets Platenstraße auf nachhaltige Weise deutlich erhöhen. Während die Substanz der Straßen innerhalb der *Housing Area* bereits in den letzten Jahren optimiert wurde, erscheinen Verbesserungen vor allem im Bereich der Verkehrslenkung oder auch konsequenteren Verkehrsberuhigung an verschiedenen Orten des gesamten Stadtteils wünschenswert. Das hohe Verkehrsaufkommen durch motorisierten Individualverkehr macht auch in Anbetracht der steigenden Bevölkerung im Stadtteil neue, nachhaltige und sichere Lösungsansätze erforderlich.

2.4 Soziale Infrastrukturen

Neben der städtebaulichen Anordnung von Gebäuden, Freiflächen und Verkehrswegen bestimmen ebenso Gemeinbedarfseinrichtungen und verschiedene Infrastrukturen die Bewegungs- und Nutzungsmuster der Bewohner*innen. Auf den ersten Blick scheinen innerhalb Ginnheims basale Angebote der Daseinsvorsorge (z.B. Schulen, Kitas, Lebensmittel, Gesundheitsversorgung) weitestgehend abgedeckt zu sein. Auf den zweiten Blick zeigen sich jedoch in diesen Bereichen infrastrukturelle Engpässe, die durch den Bevölkerungszuwachs infolge der Nachverdichtung zunehmen. Vor allem Hort- und Schulplätze sind bereits aktuell nicht mehr ausreichend und würden dringend eine schnelle Ausweitung der Kapazitäten erfordern: »Die Schulen hier rundherum platzen aus allen Nähten« (Interview 16, Mitglied des Ortsbeirats für Die Linke). Zudem bestünden Missstände in der Ausstattung der Schulen (W-LAN, Platzmangel), die unter Bedingungen der Pandemie noch deutlicher zum Vorschein kämen.

Die besondere Historie und Besiedlung der *Housing Area* erklärt einen weiteren infrastrukturellen Mangel: Zu Beginn der zivilen Nutzung bezogen die Siedlungen hauptsächlich junge Familien mit kleinen Kindern. Die verbliebenen Haushalte sind kollektiv gealtert – die (noch ungeborenen) Kinder von damals sind nun Jugendliche oder junge Erwachsene. Sofern in der Vergangenheit Investitionen im öffentlichen Raum der *Housing Area* getätigt wurden, waren diese jedoch nicht auf die veränderten Bedürfnisse von Jugendlichen ausgerichtet.

¹⁰ Verschiedene Kostenschätzungen belaufen sich auf 70-85 Euro/Monat.

»Vor allem ist die Umgebung nicht mit den Kindern gewachsen« (Interview 16, Anwohnerin Platensiedlung).

Gleichzeitig verweist die Demografie der Siedlung bereits darauf, dass zukünftig auch mit einer deutlich zunehmenden Zahl von Rentner*innen und dementsprechend veränderten Bedürfnissen gerechnet werden muss. Über diese Aspekte hinaus bestehen Angebotsdefizite ebenso in den Bereichen Freizeit, Kultur und Warenkonsum (siehe Kapitel 6.). Die meisten im Stadtteil bestehenden Angebote scheinen von Bewohner*innen geschätzt und frequentiert zu werden, oft jedoch mit dem Zusatz, dass schlichtweg ein Mangel an Alternativen bestünde.

Als quartiersübergreifend im Stadtteil bekannt können anhand des Interviewmaterials der Abenteuerspielplatz Colorado Park, der Zirkus Zarakali sowie das Nachbarschaftszentrum Ginnheim (NBZ), die beiden Jugendzentren, die religiösen Zentren der einzelnen Konfessionen, seltener auch der Biergarten der Gastronomie Adler gelten. Weitere existierende Angebote scheinen vornehmlich von Leuten im direkten Wohnumfeld wahrgenommen und genutzt zu werden. Gerade im Bereich der *Housing Area* zeichnen die geführten Gespräche bezogen auf Freizeit-, Konsum- und Versammlungsmöglichkeiten jedoch ein Bild von Mangel und Tristesse.

»Und oben, finde ich, Platensiedlung ist es infrastrukturell auch sehr arm irgendwie. Ich habe jemanden gefragt: ›Wie geht es dir im Stadtteil so?‹. Sagt ein Mädchen total traurig: ›Ich bin froh, dass wir Lidl haben, nichts, der rettet uns‹« (Interview 22).

Der Mangel an Infrastruktur zeigt sich vor allem für Personengruppen als besonders einschneidend, die aus verschiedenen Gründen weniger mobil und auf Angebote ihres direkten Wohnumfeldes angewiesen sind. Der interviewte Pfarrer fasst zusammen, es handele sich um eine »ausgeprägte Strukturschwäche, also es gibt halt gar nichts dort« (Interview 6). Diese Strukturschwäche und der Mangel an lebendiger Infrastruktur manifestiere die ohnehin bestehende sozialstrukturelle Benachteiligung vieler Haushalte im Bereich der Platensiedlung (siehe dazu vor allem Kapitel 5.5). Gerade für die hier lebenden, oftmals ressourcenschwächeren und weniger mobilen Kinder und Familien der Platensiedlung bestehen außerhalb von Schule und institutionalisierten Angeboten wenig Möglichkeiten, wie auch eine Trainerin des Sportvereins Budokwan berichtet:

»In dieser Platenstraße, da gibt es ja nichts, wo die Kinder hingehen können, es gibt nichts, wo sich die Eltern mit den Kindern vielleicht hinsetzen können, also da gibt es keinen schönen Spielplatz außer eine große Wiese [...] jeden Tag auf eine große Wiese, einfach nur laufen [...]. Wo sollen sich die Kinder denn treffen oder gerade die Familien mit ihren kleinen Kindern, weil da gibt es keinen schönen Spielplatz, wo man sich einfach mal hinsetzen kann und vielleicht so auch Kontakt finden kann [...]. Diese Möglichkeit gibt es gar nicht in Ginnheim« (Interview 20).

Sozialraumanalyse Ginnheim

Unter Jugendlichen und Erwachsenen drückt sich der Mangel an Infrastruktur in der bereits erwähnten Wahrnehmung fehlender Urbanität aus. Abgesehen von der Raimundstraße und der Umgebung um die U-Bahn-Station Ginnheim scheinen im Stadtteil keine Orte zu bestehen, deren Infrastruktur eine Belebung des öffentlichen Raums erzielen kann. Einladende Angebote zum Verweilen sind jedoch auch dort begrenzt.

»Es gibt kein urbanes Leben wie in Bockenheim oder in Bornheim oder in der Stadt, das fehlt [...] am Anfang [meint bei Zuzug] war ich nicht glücklich, weil Bockenheim war kosmopolitischer, studentischer und viele Möglichkeiten, Bars, Cafés, Kneipen, Einkaufsmöglichkeiten« (Interview 15, Bewohner der Steuben-Siedlung).

Viele Menschen in Ginnheim orientieren sich deshalb an angrenzenden Stadtteilen, wie etwa Dornbusch oder Bockenheim, oder fahren ins nahegelegene Nordwestzentrum, um dort breitere Konsummöglichkeiten, kulturelle Angebote, aber auch schlichtweg einen belebteren öffentlichen Raum zu finden. Trotz generell geringer Konsummöglichkeiten wird jedoch deutlich, dass Angebote nur dann angenommen werden, sofern sie auf die Konsummöglichkeiten einer ausreichend vertretenen Zielgruppe im Stadtteil passen. So wurde das vorübergehend geschaffene Angebot eines Wochenmarkts nahe der U-Bahn-Station Ginnheim von zu wenigen Personen genutzt, um sich langfristig zu halten. Während einige Bewohner*innen das zusätzliche Angebot durchaus schätzten, hätte das Preisniveau der Händler*innen die finanziellen Möglichkeiten einer Mehrheit von Anwohner*innen überschritten. Mit einem türkischen Lebensmittelladen, Aldi und Lidl in Reichweite bestünden deutlich günstigere Versorgungsmöglichkeiten.

3 Sozialstruktur

» *Ja, Ginnheim ist wirklich vielseitig, also man kann das nicht in eine Kategorie einteilen, da wohnen wirklich unterschiedliche Menschen, unterschiedliche Siedlungen, unterschiedlichen Alters, das ist wirklich bunt gemischt [...]. Man kann nicht sagen, Ginnheim ist so, man kann auch nicht sagen, Ginnheim ist so, es kommt darauf an, wo man wohnt und was für Erfahrungen jeder* « (Interview 18, Bewohnerin und Mitglied von Jamii e.V.).

Das Zitat bekräftigt einen im Gesprächsmaterial unstrittigen und gleichzeitig sehr prägnanten sozialstrukturellen Befund im Stadtteil: die Heterogenität der einzelnen Quartiere sowie der sozialstrukturellen Hintergründe der in ihnen lebenden Bewohner*innen. Insgesamt findet sich innerhalb Ginnheims eine äußerst vielfältige Bevölkerungsstruktur und eine große Diversität an Wohn- und Lebensmodellen. Zudem verweist das Zitat auf eine weitere Ebene, nämlich darauf, dass sich Wohnort und individuelle Ausgangslage der Bewohner*innen wechselseitig beeinflussen. Beide Aspekte sollen in diesem, aber auch im nachfolgenden Kapitel näher beleuchtet werden. Auf welche Dimensionen sich die sozialstrukturellen Unterschiede bzw. deren Wahrnehmung durch die Bewohner*innen im Stadtteil beziehen, veranschaulicht die Aussage eines interviewten Bewohners und Landtagsabgeordneten (SPD):

»In Alt-Ginnheim wohnen hauptsächlich Mittelschicht oder auch obere Mittelschicht mit Einzel-, Einhäusern und bei der U-Bahnhaltestelle darum herum ist zwar auch Altbau einige, aber da sind auch sehr viele Häuser von der ABG und von Siedlungs-, von Wohngesellschaften und Seniorenheime. Da ist es gemischerter und selbst dort ist auch eine Teilung da. Alt-Ginnheim-Kern, wo die Kirche darum herum, da wohnen andere Menschen und das sieht man auch bei den Ergebnissen der Kommunalwahl. Oben [meint *Housing Area*] ist halt hauptsächlich, ja, untere Mittelschicht und sozialgebunden oder auch über Wohnungsamt, die Wohnungen bekommen haben und zum Teil Unterschicht, da ist auch eine Konzentration im Siedlungsgebiet vorhanden« (Interview 15).

Das Zitat verdeutlicht, dass die bereits aus städtebaulichen Gesichtspunkten als ungleich zu erkennenden Wohngebiete auch mit sozialstrukturell unterschiedlichen Gruppen von Bewohner*innen einhergehen. Der Interviewte differenziert verschiedene Personengruppen im Stadtteil anhand eines gesellschaftlichen Schichtungsmodells und verortet diese in den Gebieten Alt-Ginnheim, dem Gebiet der Ginnheimer Landstraße sowie der ehemaligen *Housing Area*. Während in Alt-Ginnheim eher mittelständische Haushalte leben, würden sich innerhalb der *Housing Area* und entlang der Ginnheimer

Landstraße konzentrierter sozial benachteiligte Haushalte finden lassen. Folgt man dieser Zuteilung wäre sicherlich noch das Gebiet am Ginnheimer Hang zu ergänzen, indem sich bereits aufgrund der vorhandenen Gebäudetypen die durchschnittlich höchsten Einkommen des Stadtteils vermuten lassen. Die Auswertung des übrigen Gesprächsmaterials zeugt von ähnlichen Wahrnehmungen dieser groben Unterteilung der verschiedenen Quartiere anhand sozioökonomischer Gesichtspunkte.

Von dieser Erkenntnis ausgehend verändert sich der Blick auf quantitative Daten zur Sozialstruktur auf Stadtteilebene, wie sie beispielsweise im Sozialmonitoring des Jugend- und Sozialamts (2017) vorliegen. Einige Eckpunkte bzw. Besonderheiten dieser stadtteilbezogenen Daten sollen in Kürze skizziert werden. Kleinere Abweichungen von gesamtstädtischen Durchschnittswerten¹¹ finden sich in Ginnheim beim Anteil der Minderjährigen (18,9 Prozent im Vergleich zu 16,4 Prozent stadtweit), beim Verhältnis von Familienhaushalten zu allen Haushalten (21,4 Prozent im Vergleich zu 17,3 Prozent stadtweit) sowie beim Anteil der alleinerziehenden Haushalte an allen Familienhaushalten (26,9 Prozent im Vergleich zu 25,7 Prozent stadtweit). Der Anteil an Einwohner*innen mit Migrationshintergrund übersteigt mit 54,1 Prozent den stadtweiten Wert von 51,2 Prozent ebenfalls leicht. Die Arbeitslosenquote liegt in Ginnheim geringfügig unterhalb des städtischen Durchschnitts. Beim Bezug von existenzsichernden Mindestleistungen¹² (15,1 Prozent im Vergleich zu 13,1 Prozent stadtweit) und beim sogenannten »Index sozialer Benachteiligung«¹³ (59 Prozent im Vergleich zu 56,5 stadtweit) liegen die Werte des Stadtteils leicht oberhalb des städtischen Durchschnitts. Deutlicher hebt sich Ginnheim mit 17 Prozent beim Anteil an Sozialwohnungen (stadtweit 8,2 Prozent) sowie bei der Bevölkerungsdichte mit 61,1 Prozent (27,4 Prozent stadtweit) vom Frankfurter Durchschnitt ab (Jugend- und Sozialamt 2017). Bis auf die letzten beiden Werte liefert die quantitative sozialstrukturelle Analyse des Gesamtstadtteils damit vergleichsweise unauffällige Werte.

Aufgrund der geschilderten Wahrnehmungen der Gesprächspartner*innen lässt sich jedoch bereits erahnen, dass die eher durchschnittlichen Werte auf Ebene des Stadtteils über tatsächliche sozialstrukturelle Disparitäten und Auffälligkeiten in einzelnen Quartieren hinwegtäuschen. Aus diesem Grund wurden über das Statistikamt der Stadt Frankfurt zusätzlich kleinräumlichere Daten zu den bestehenden Siedlungen im Stadtteil angefragt, die sich allerdings auf nur wenige statistische Kennzahlen beschränken. Relevante Daten werden im Verlauf des Kapitels genutzt, um qualitative Erkenntnisse zu reflektieren.

¹¹ Die Datengrundlage stammt aus dem Jahr 2015.

¹² Bei den existenzsichernden Mindestleistungen handelt es sich um Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Hilfe zum Lebensunterhalt nach den Sozialgesetzbüchern II und XII.

¹³ Der Index fasst die Merkmale Arbeitslosendichte, existenzsichernde Mindestleistungen und Wohnfläche pro Einwohner*in zusammen.

Bemerkt sei zudem, dass sich selbst die Ebene der Quartiere teilweise im Forschungsprozess als noch zu grob erwiesen hat. Sowohl baulich als auch sozialstrukturell zeigen beispielsweise die Siedlungen der *Housing Area* kleinräumige Unterschiede auf. Ebenso wird in den geführten Interviews von feineren Differenzierungen innerhalb der einzelnen Siedlungen berichtet. Demzufolge verläuft eine weitere Grenze etwa entlang der Platenstraße und würde die Siedlung in einen nördlichen und einen südlichen Teil trennen.

»Die Platenstraße Süd, glaube ich, hat nochmal einen anderen Charakter eben durch ihre Bewohnerstruktur« (Interview 13, Bewohnerin Platenstraße).

Der erste Quartiersmanager (2002 bis 2007) schildert, dass der Schwerpunkt seiner Tätigkeit im Stadtteil auf den am stärksten von sozialer Benachteiligung betroffenen Teilen der *Housing Area* lag.

»Das habe ich auch ganz schnell gemerkt, da unten [Franz-Werfel-Str.] ist mehr los wie oben in der Sudermann, ganz klipp und klar, das ist eine andere Bewohnerstruktur, mit denen konnte man ganz anderes reden« (Interview 24).

Als weiteres Gebiet mit einer besonderen Konzentration an ressourcenschwächeren Haushalten identifizieren die Gesprächspartner*innen das Gebiet nahe der U-Bahn-Station Ginnheim mit dem besonders dicht besiedelten Wohnblock der oberen Ginnheimer Landstraße (»Predigerseminar« genannt) und der Siedlung Reichelstraße.

Die innerhalb der gesamten *Housing Area* sozialstrukturell unterschiedlichen Areale lassen sich relativ klar auf die Belegungspolitik zurückführen. Der ehemalige Quartiersmanager (Interview 24) sowie eine Anwohnerin (Interview 5) sprechen in Zusammenhang mit der Wohnungsbelegung von einem »Nord-Süd-Gefälle«, welches bereits innerhalb der amerikanischen Kaserne angelegt war. Während sich im oberen Teil der *Housing Area* vor allem Offizierswohnungen befanden, wurden Soldat*innen niedrigerer Ränge im unteren Teil der Platensiedlung (in Richtung Bundesbank) einquartiert. Dieses »Gefälle« wurde – mit der Ausstattung der Wohnungen einhergehend – bei der zivilen Konversion der Siedlung letztlich durch die entsprechende Verteilung von gefördertem Wohnraum beibehalten. Innerhalb der gesamten *Housing Area* sind 60 Prozent aller Wohnungen mietpreis- und belegungsgebunden, 40 Prozent hingegen freifinanziert (Amt für Wohnungswesen 2019). Der Großteil der klassischen Sozialwohnungen im 1. Förderweg ist im unteren Teil der Platensiedlung verortet, während sich im Gebiet nördlich der Platenstraße, insbesondere in der Steuben-Siedlung, ein deutlich höherer Anteil an Wohnungen für mittlere Einkommensgruppen (»Frankfurter Mittelstandsprogramm«¹⁴) sowie an freifinanzierten Wohnungen findet. Vor dem Hintergrund der gültigen Einkommenshöchstgrenzen wird allein über dieses Faktum deutlich, dass im

¹⁴ Während die Nettokaltmiete/m² für wohnberechtigte Haushalte nach § 5 Abs.1 HWoFG für eine Sozialwohnung bei 5,00-6,50 Euro liegt, beträgt sie bei einer geförderten Wohnung für mittlere Einkommen 8,50-10,50 Euro (Stadtplanungsamt 2019a/2019b).

südlichen Siedlungsteil mehrheitlich Haushalte mit geringen finanziellen Ressourcen leben.

Für die Arbeit des Quartiersmanagements ist über diesen statistischen Anhaltspunkt hinaus relevant, ob bestimmte Facetten sozialer Benachteiligung im Stadtteil besonders ausgeprägt sind und wie sich prekäre Lebenssituationen vor Ort tatsächlich darstellen. Dazu sollen anhand des erhobenen Materials im Folgenden einige Schlaglichter präsentiert werden, deren Ausprägung jedoch vor dem Hintergrund der Ergebnisse der laufenden quantitativen Erhebung, aber auch im Rahmen der Quartiersarbeit weiter erörtert und bewertet werden muss.

Eine Mitarbeiterin eines Trägers der Jugendhilfe berichtet, dass sich die finanziell knappen Ressourcen vieler Familien der Platensiedlung auch im Handlungsspielraum von Kindern ausdrücken:

»Wir haben schon auch Kinder, die wirklich arm sind. Natürlich gehen die damit nicht hausieren, Kinder merken relativ schnell, wenn sie damit anecken oder wenn sie da anders sind als andere. Man merkt es natürlich. ›Wir können niemanden einladen‹, es sind 10 Cent, die nicht zurückgegeben werden können« (Interview 12).

Unter den besonders ressourcenschwachen Haushalten der Siedlung befinden sich auch geflüchtete Familien, die über ihre Unterbringung hinaus in vielfältiger Weise auf die Unterstützung sozialer Einrichtungen angewiesen wären.

»Wir haben gerade über diese Flüchtlingsfamilien, die dann in Wohnungen kommen, die es jetzt gerade eben total schwer haben beim Sozialrathaus, beim Jobcenter und all diesen Ämtern Kontakte zu knüpfen, weil die ja zu sind. Die dann teilweise zwar Wohnungen haben, aber kein einziges Möbelstück, was natürlich auch was macht [...]. Das ist schon existenzgefährdend« (Interview 12, Jugendhilfe).

Unterschiedliche Aussagen vertreten die Gesprächspartner*innen bezüglich der Frage, wie stark Haushalte der Platensiedlung von Arbeitslosigkeit betroffen wären. Nach Aussage eines Mitglieds des Ortsbeirats, das selbst im benachbarten Stadtteil Dornbusch lebt, wäre dies vor allem in der südlichen Platensiedlung eine äußerst relevante Problematik. Da aus datenschutzrechtlichen Gründen keine kleinräumige Statistik (auf Siedlungs- oder Straßenebene), sondern nur auf Stadtteilebene verfügbar ist, scheint sich dieser Befund jedoch nur auf eine subjektive Einschätzung zu stützen. Eine Anwohnerin der Platensiedlung vertritt hingegen die Ansicht, dass viele Haushalte keine Empfänger*innen von Arbeitslosenhilfe, sondern sogenannte »Aufstocker*innen« wären. Sie vermutet, »dass es sich um überwiegend kinderreiche Familien handelt, mit Elternteilen, die zu wenig verdienen, schlicht und einfach und da wird es aufgestockt« (Interview

5). Im Gegenteil sei es für viele Personen notwendig, gleich mehreren (oft prekären) Beschäftigungsverhältnissen nebeneinander nachzugehen, um die Ausgaben des Haushalts decken zu können (Interview 17, Anwohnerin Steuben-Siedlung).

Dass sich Ressourcenschwäche jedoch nicht nur in finanziellen Möglichkeiten ausdrückt, sondern auch in der Verfügung über kulturelles Kapital¹⁵, verdeutlicht ein Zitat eines Landtagsabgeordneten (SPD) aus der Platensiedlung:

»Beim Wahlkampf habe ich auch viele Hausbesuche gemacht, man sieht es, auch drinnen wie voll und eng es in manchen Wohnungen ist. Manchmal ist in einigen Wohnungen der bildungsfernen Schichten das Schönste der Fernseher an der Wand, das ist wie Kino, aber es gibt kein Buch zuhause« (Interview 15).

Den besten Einblick in die Lebensrealitäten sozioökonomisch benachteiligter Familien scheinen unter den Gesprächspartner*innen Institutionen zu haben, welche über Kinder und Jugendliche Kontakt in die betroffenen Haushalte halten, denn »es ist nicht einfach so da reinzuschauen, es ist immer so eine Fassade oder eine Blockade, das ist privat. Aber die Probleme sieht man ja schon durch die Jugendlichen und ihre Erzählungen« (Interview 22). Während Nöte und Ängste tendenziell eher privat innerhalb der Haushalte verhandelt würden, zeigen sich in den genannten Quartieren des Stadtteils häufiger von Frust geprägte oder auch aggressive Verhaltensweisen, die als Ausdruck tiefergehender Probleme gelesen werden können (siehe dazu auch Kapitel 5.5).

Eine große sozialstrukturelle Herausforderung bestimmter Quartiere des Stadtteils stellen existierende Sprachbarrieren zwischen den Bewohner*innen dar. Auch wenn Kennziffern zum Anteil der Personen mit ausländischer Herkunft oder Migrationshintergrund nicht valide als Hinweise auf tatsächlich bestehende sprachliche Barrieren interpretiert werden können, so erlauben die folgenden Daten des Bürgeramts, Statistik und Wahlen (2019) – in Relation zum Gesamtstadtteil bzw. zur Stadt Frankfurt – doch eine zumindest grobe Einschätzung. Während der Anteil von Personen mit ausländischer Herkunft im gesamten Stadtteil bei 24 Prozent liegt (im Frankfurter Vergleich 30 Prozent), fällt dieser in der Siedlung Platenstraße (27,1 Prozent), vor allem aber im Wohnkomplex Ginnheimer Landstraße (43,1 Prozent) deutlich höher aus. Ähnliche Werte gelten für den Anteil an deutschen Bewohner*innen mit Migrationshintergrund, die 51,8 Prozent in der Platenstraße sowie 42,3 Prozent in der Ginnheimer Landstraße betragen. Die Vergleichswerte des gesamten Stadtteils (27,0 Prozent) und der Stadt Frankfurt (24,1 Prozent) fallen hier gleichermaßen sichtlich niedriger aus. Auch in der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben-Siedlung wohnen prozentual (44,7 Prozent) überdurchschnittlich viele Deutsche mit Migrationshintergrund. Die Kennzahlen der Siedlung Reichel-

¹⁵ Nach der Ressourcentheorie von Pierre Bourdieu (1982) ist die Akkumulation bestimmter Kapitalformen entscheidend für die gesellschaftliche Position einer Person. Grundlegend unterscheidet Bourdieu dabei in ökonomische, kulturelle und soziale Kapitalformen.

straße bewegen sich nahe an den Werten des Stadtteils. Gewicht bekommen die genannten Zahlen zusätzlich durch die Überlegung, dass die deutlich niedrigen Durchschnittswerte des Gesamtstadtteils stark abweichende Prozentsätze innerhalb der übrigen Quartiere implizieren. Damit bestätigt sich das qualitativ gewonnene Bild einer sehr ungleichen räumlichen Verteilung von Personen mit eigener oder familiärer Migrationserfahrung.

Berichten zufolge äußern sich Sprachbarrieren vor allem im Umgang der Nachbar*innen untereinander, aber ebenso in der alltäglichen Lebensführung. Sprachliche Hürden würden so beispielsweise auch die Inanspruchnahme möglicher Unterstützungs- und Beratungsangebote durch städtische Ämter erschweren. »Die Leute suchen Sozialberatung und finden sie nicht, also nicht so niedrigschwellig wie sie es bräuchten« (Interview 12). Auch für die Quartiersarbeit ergeben sich Herausforderungen durch »ganz viele Familien mit sehr vielen Kindern, wo auch die Eltern nicht sehr gut Deutsch konnten zum Teil, ja, und die Kommunikation sehr schwierig war« (Interview 24, ehemaliger Quartiersmanager). In der Astrid-Lindgren-Schule, welche mehrheitlich von Kindern der Platensiedlung besucht wird, zeigen sich sprachliche Hürden vor allem im Umgang mit den Eltern der Kinder.

«Es gibt natürlich Hindernisse und nicht jeder kann Englisch [...], aber ich glaube schon, dass die sich oft auch gegenseitig versuchen zu helfen und auch oft dann jemanden haben, der übersetzen kann. Die Schule muss selten jemanden als Dolmetscher organisieren von außen, die bringen jemanden mit, die haben aber auch viele Lehrer, die selber Migrationshintergrund haben und auch viele Sprachen auf-fangen können« (Interview 12).

Das Zitat bringt zum Ausdruck, dass sowohl ansässige Institutionen als auch die Bewohner*innen selbst Wege finden, mit den besonderen Anforderungen des Quartiers umzugehen. Zudem verweist es zugleich auf den überdurchschnittlich hohen Anteil von Familien mit Kindern innerhalb der *Housing Area*. Aktuelle Zahlen belegen, dass die Haushaltsstruktur sich auch heute noch vom restlichen Stadtteil abhebt. Innerhalb der Siedlung Platenstraße beträgt der Anteil an (Ehe-)Paaren mit Kindern bis 17 Jahre 24,9 Prozent, gegenüber 15,0 Prozent auf Ebene des Stadtteils bzw. 14,8 in der Gesamtstadt Frankfurt (Bürgeramt, Statistik und Wahlen 2019). Auch sonstige Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder bis 17 Jahre – in welche Kategorie folglich Familien mit älteren Kindern fallen – liegen mit 24,3 Prozent weit über den Werten von Stadtteil (10,8 Prozent) und Stadt (9,9 Prozent). Auffällig ist zudem der hohe Anteil von Haushalten mit vier (16,0 Prozent) sowie fünf und mehr Personen (15,6 Prozent), welcher die Durchschnittswerte des Stadtteils um das Doppelte bzw. Dreifache übersteigt. Im oberen Teil der *Housing Area* (Steuben-Siedlung) finden sich in den genannten Kategorien geringfügig absinkende, in Relation zur Stadtteilebene jedoch ebenso deutlich erhöhte Werte.

Bezogen auf die Haushaltsstruktur muss weiterhin auch auf die überdurchschnittlich hohe Anzahl an Alleinerziehenden in einzelnen Quartieren aufmerksam gemacht werden. In der Siedlung Platenstraße sind dies 9,1 Prozent der Haushalte gegenüber 5,2 Prozent im Stadtteil und 4,1 Prozent im gesamten Stadtgebiet. Auch in der Steuben-Siedlung sind 8,1 Prozent der Haushalte alleinerziehend. In der gesamten *Housing Area* entspricht dies absolut immerhin 165 Haushalten. Aus Sicht des Quartiersmanagements sind die genannten Zahlen auch deshalb relevant, da gerade große Familien (drei Kinder und mehr) und Alleinerziehende mit niedrigen Einkommen besonders stark von Armut gefährdet sind (BMAS 2017: 551).

Ein weiteres Thema im Zusammenhang mit der Sozialstruktur im Stadtteil, welches in verschiedenen Kontexten zur Sprache kommt, ist die soziale Durchmischung. Zum einen wird Durchmischung als Gegenentwurf zu einer beobachteten sozialen Segregation von Menschen mit unterschiedlichen Ressourcenausstattungen betrachtet. Eine Interviewpartnerin stellt so mit Blick auf die Umgebung der U-Bahn-Station, insbesondere den Wohnblock »Predigerseminar«, fest:

»Die Durchmischung, die Diversität fehlt, es ist sehr einseitig, oder nicht einseitig, also es gibt natürlich schon Diversität in den ganzen kulturellen Aspekten, aber sind schon eher so separiert in der Wohnbebauung. Ich weiß es auch nicht ganz genau, aber der deutsche Anteil ist auch sehr niedrig [...]. Jeder ist so separiert von sich. Auch Alt-Ginnheim von der Platensiedlung« (Interview 22).

Das Zitat verdeutlicht damit auch den direkten Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen und städtebaulich bedingten Trennungen im Stadtteil. So würden beispielsweise im Wohnblock »Predigerseminar« viele Personen mit Migrationserfahrung aus gleichen Herkunftsländern, darunter einige Großfamilien, nahezu abgeschieden von der Umwelt des Stadtteils leben. Der Anteil von Personen ausländischer Herkunft betrug 2019 43,1 Prozent, der Anteil von deutschen Bewohner*innen mit Migrationshintergrund ebenfalls 42,3 Prozent, gemeinsam also 85,4 Prozent (Bürgeramt, Statistik und Wahlen 2019). Tatsächlich ist bereits die bauliche Segregation im Falle des Wohnblocks augenscheinlich, da dort eine große Anzahl an Haushalten (2019: 705 Bewohner*innen) äußerst dicht und in einem nahezu völlig geschlossenen, ovalförmigen Wohnblock leben. Eine Expert*in aus dem Stadtteil bezeichnet den Wohnkomplex als »Parallelwelt«, in der die Bewohner*innen oftmals unter sich blieben (Interview 22). Dabei wäre es aber gerade für Kinder und Jugendliche enorm wichtig, Heterogenität zu erfahren und mit neuen Eindrücken im Stadtteil konfrontiert zu werden. Tatsächlich entsteht bereits bei Betreten des »Predigerseminars« der Eindruck, dass eine Öffnung gegenüber dem restlichen Stadtteil auch aufgrund der Bauweise des Innenhofs erschwert wird.

Diesen Befunden sozialer Homogenität steht jedoch entgegen, dass Innenperspektiven von Anwohner*innen oft eine Vielfalt und Heterogenität der Nachbarschaft bekräftigen.

Das Beispiel der Platensiedlung zeigt etwa, dass der äußere Blick auf die Siedlung diese oftmals als geradezu einheitlich »sozialschwach« einstuft, Bewohner*innen selbst jedoch gerade die Vielfältigkeit bemerken. Ohne diesen Widerspruch zugunsten einer Perspektive auflösen zu wollen, soll festgehalten werden, dass Außen- und Innenperspektiven auf einzelne Quartiere oft zu unterschiedlichen Einschätzungen kommen und deshalb auf ihren Ursprung hin zu untersuchen sind. Ein gänzlich anderes, jedoch nicht weniger homogenes Milieu wird in den Teilbereichen Alt-Ginnheim, am Ginnheimer Hang und insbesondere im benachbarten Dichterviertel (Stadtteil Dornbusch) verortet. Gemäß der Einschätzung vieler Interviewpartner*innen wohnen in diesen Quartieren mehrheitlich Haushalte aus bürgerlichen Milieus ohne Migrationserfahrung – im Falle des Ginnheimer Hangs sowie des Dichterviertels seien die Haushalte zusätzlich als akademisch und wohlhabend zu charakterisieren.

Soziale Durchmischung wird darüber hinaus auch als Hoffnung oder Wunsch an die zukünftige Entwicklung einzelner Gebiete, beispielsweise des aktuell nachverdichteten Teils der Platensiedlung, formuliert. Als mögliche Instrumente und Träger einer solchen Durchmischung werden sowohl verschiedene attraktive Infrastrukturen genannt als auch neue Milieus, insbesondere Student*innen und junge Berufstätige (siehe dazu auch Kapitel 5).

Als weiteren sozialstrukturellen Aspekt soll an dieser Stelle auf die prägnante und zwischen den Quartieren unterschiedliche Altersstruktur hingewiesen werden. Ebenso wie der hohe Anteil von Familien und Kindern lässt sich auch die Altersstruktur vor dem historischen Hintergrund der einzelnen Quartiere verstehen. Die vom Bürgeramt, Statistik und Wahlen (2019) erhobene Zahlen belegen, dass beispielsweise auch heute noch überdurchschnittlich viele junge Menschen bzw. Familien mit Kindern sowie vergleichsweise wenige Senior*innen in der Platensiedlung leben. Der Jugendquotient¹⁶ der Siedlung Platenstraße liegt mit 47,1 deutlich über jenem der Stadtteilebene (33,3) sowie der Gesamtstadt (28,2).

»Das merkt man auch, wenn man hier durch die Straßen läuft, unheimlich viele Kinder und Jugendliche unterwegs« (Interview).

Der Altenquotient¹⁷ liegt hingegen mit 10,7 weit unter dem Vergleichswert des gesamten Stadtteils von 26,9 (Stadt Frankfurt 23,7). Ähnliche Werte ergeben sich für die Steuben-Siedlung und damit für die gesamte ehemalige *Housing Area*. Die Siedlung Reichelstraße (42,0) sowie der Wohnkomplex Ginnheimer Landstraße (46,3) haben hingegen einen deutlich erhöhten Anteil über 65-jähriger Bewohner*innen. Mit dem »kollektiven« Älterwerden großer Bevölkerungsteile verschiebt sich die Altersstruktur somit

¹⁶ Verhältnis von Einwohner*innen bis 19 Jahre zu den 20-64-Jährigen (in Prozent).

¹⁷ Verhältnis von Einwohner*innen ab 65 Jahre zu den 20-64-Jährigen (in Prozent).

sukzessive, wodurch sowohl deutlich mehr Angebote für Jugendliche als auch zunehmend für Senior*innen innerhalb der *Housing Area* erforderlich sind. Ein bekannter Politiker und Anwohner des Stadtteils (SPD) erklärt, dass beengte Wohnverhältnisse gerade auch dann zu vermehrten Problemen und Konflikten führen, wenn ehemalige Kinder zu Jugendlichen heranwachsen und sich ihre Bedürfnisse verändern: »Da ist auch ein Problem von Jugendlichen und die Kinder werden auch größer und dann werden die Probleme stärker, weil es enge Wohnverhältnisse gibt und da sind hauptsächlich Unterschicht« (Interview 15). In Alt-Ginnheim, so auch die subjektive Wahrnehmung nahezu aller Gesprächspartner*innen, liegt die durchschnittliche Altersstruktur merklich höher.

4 Wohnen im Stadtteil

Nachdem in den vorangehenden Kapiteln baulich-materielle und sozialstrukturelle Besonderheiten sowie deren Verteilung im Stadtteil analysiert wurden, stellt dieses Kapitel spezifische Erkenntnisse zur Wohnsituation von Bewohner*innen ins Zentrum.

4.1 Wohnraum: Baustrukturen, Eigentums- und Mietverhältnisse

Die bereits erwähnte Verteilung von Mietwohnungen und Immobilien in Privatbesitz im Stadtteil markiert sehr unterschiedlich konzentrierte Eigentumsverhältnisse. Die Einfamilien-, Zweifamilien- und Reihenhäuser in Alt-Ginnheim sowie in Richtung Eschersheim befinden sich mehrheitlich in Privateigentum – im alten Dorfkern teilweise sogar seit mehreren Generationen: »Dorfstrukturen perpetuieren sich inmitten des Stadtgebiets«, so der Ginnheimer Gemeindepfarrer (Interview 6). Die Wohnsiedlungen sind hingegen im Eigentum großer Vermietungsgesellschaften. Ohne dabei auf genaue Angaben zurückgreifen zu können¹⁸, ist davon auszugehen, dass die städtische ABG Frankfurt Holding¹⁹ mit Abstand die größte Vermieterin im Stadtteil ist, zu deren Bestand insbesondere die *Housing Area* zählt. Weitere große Vermieter*innen sind der Volksbau- und Sparverein Frankfurt (Siedlung Reichelstraße), die Noratis AG (Siedlung Ginnheimer Landstraße) sowie die Bundesanstalt für Immobilienverwaltung. Auch Werkwohnungen von größeren Unternehmen bzw. Institutionen (beispielsweise der Deutschen Bank) finden sich im Stadtteil. Gerade betriebseigene Wohnungen und die der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften könnten, so die Vermutung des Gemeindepfarrers, für vergleichsweise konstante Mietverhältnisse und eine langfristige Mieterstruktur sorgen.

Als Besonderheit der *Housing Area* ergibt sich, dass es im gesamten Areal keine Privateigentümer*innen gibt und der städtischen Wohnungsbaugesellschaft ABG damit die zentrale Lenkungsfunktion der Siedlungsentwicklung zukommt. Über die Verteilung des sozial geförderten Wohnraums innerhalb des Stadtteils wurde bereits im vorhergehenden Kapitel im Zusammenhang mit den sozialstrukturellen Unterschieden der einzelnen Quartiere berichtet. Der Anteil an Sozialwohnungen im gesamten Stadtteil beläuft sich auf 17 Prozent²⁰ (Jugend- und Sozialamt 2017: 85), was etwa 1150 Wohnungen entspricht. Eine kleinräumliche Übersicht über deren Verteilung im Stadtteil ist nach

¹⁸ Die Angaben basieren auf Aussagen von Bewohner*innen, da konkrete Zahlen im Forschungsprozess nicht vorlagen. Die ABG selbst erteilte trotz mehrfacher Anfragen keine Auskunft.

¹⁹ Teile des Bestandes befinden sich im Besitz der Konzerntochter Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft (FAAG).

²⁰ Datengrundlage aus dem Jahr 2015.

Sozialraumanalyse Ginnheim

Aussage des Frankfurter Amtes für Wohnungswesen nicht verfügbar. Bekannt ist hingegen, dass insgesamt 60 Prozent aller Wohnungen des ehemaligen US-Bestandes Sozialwohnungen sind und deren Konzentration im unteren Teil der Platensiedlung am höchsten ist (Amt für Wohnungswesen 2019).

Im Frankfurter Mietspiegel werden Wohngebiete in fünf Kategorien von »sehr guten« bis »sehr einfachen Wohnlagen« unterschieden (Amt für Wohnungswesen 2020). Die jeweilige »Qualität« einer Wohnlage kann in Form von Zu- oder Abschlägen bei der Berechnung der sogenannten »ortsüblichen Vergleichsmiete« einfließen. Demnach sind weite Teile Ginnheims – darunter die Platensiedlung, die Siedlung Reichelstraße und Teile Alt-Ginnheims – als mittlere Wohnlagen ausgewiesen. Gleichzeitig gilt zu bedenken, dass geförderte Wohnungen (Sozialwohnungen, Wohnungen im Mittelstandsprogramm) – welche in diesen Gebieten einen gewichtigen Teil des Bestands ausmachen – bei der Berechnung des Mietspiegels bzw. der ortsüblichen Vergleichsmiete ausgenommen bleiben. Manche Areale Alt-Ginnheims entlang der Peter-Böhler-Straße, der Fuchshohl und der Schönbornstraße sowie an der Fontaneanlage sind als gehobene Wohnlagen vermerkt. Sehr gute Wohnlagen stellen das Gebiet westlich der Bundesbank, der Ginnheimer Hang (einschließlich Siedlung Höhenblick) sowie das Dichterviertel an der Grenze zum Dornbusch dar.²¹

Im Fall Alt-Ginnheims nannten die hier interviewten Personen als Hauptgründe für ihren Zuzug (sofern sie zugezogen waren) vor allem die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum und die Nähe zum Niddapark. Der Zuzug in die *Housing Area* schien für Mieter*innen der freifinanzierten Wohnungen auch in erster Linie durch die vergleichsweise niedrigen Mietkosten, die Attraktivität der Wohnungsgrößen, aber auch durch die vorhandenen Grünflächen motiviert zu sein. Über die Vergabe der geförderten Wohnungen – welche immerhin 60 Prozent der Siedlung ausmachen – bestimmt letztlich das Wohnungsamt in Verbindung mit der Eigentümerin ABG. Dem Bezug einer verfügbaren Sozialwohnung liegt in der Regel somit eher eine faktische Notwendigkeit und weniger eine Abwägung der Attraktivität des Wohnortes zugrunde. In beiden Fällen erklärt sich die Attraktivität aus der Eignung der Wohnungen für junge Familien mit kleinen Kindern.

Die vergleichsweise hohe Fluktuation innerhalb der Platensiedlung führt ein Anwohner zu Teilen auf die Unzufriedenheit von Bewohner*innen mit ihrer Wohnsituation zurück, in anderen Fällen jedoch auf Entscheidungen, die von bestimmten Lebensphasen bestimmt sind, beispielsweise den Auszug der Kinder. Eine Trainerin des Sportvereins Budokwan e.V. schlussfolgert aus Gesprächen mit Familien der südlichen Platensiedlung:

²¹ Im Mietspiegel werden für gehobene Wohnlagen Zuschläge in Höhe von 0,69 Euro/m² und für sehr gute Wohnlagen in Höhe von 1,96 Euro/m² gegenüber der „Basis-Nettomiete“ einer mittleren Wohnlage hinzugerechnet (Amt für Wohnungswesen 2020).

»Und ich höre das von vielen, die wohnen eigentlich nur da, weil die Miete günstig ist [...]. Und das ist, glaube ich, der einzige Grund, im Gegenteil, die würden lieber von heute auf morgen aus dieser Gegend weg« (Interview 20).

Dies widerspricht dem Befund, dass die Zufriedenheit mit der eigenen Lebens- und Wohnsituation unter den Gesprächspartner*innen insgesamt relativ hoch erschien. Bewohner*innen der Platensiedlung heben in den Gesprächen meist nüchtern, aber doch positiv die Funktionalität, den Preis der Mietwohnungen sowie deren großzügigen Schnitt²² hervor: »Wohnungen sind in Ordnung und zweckmäßig« (Interview 19, Bewohner Platensiedlung). Als positiven Aspekt der Wohnsituation erwähnen Bewohner*innen die »kommunikative« Bauweise mit großen Grün- und Gemeinschaftsflächen zwischen den Häusern sowie die zur Vorderseite des Hauses ragenden Balkone. In diesem Zusammenhang verweisen viele Befragte auf die von den US-Streitkräften übernommenen, mittlerweile aber abgebauten Grill- und Gemeinschaftspavillons. Gerade im vorderen Teil der Siedlung Platenstraße (auch Immermannstraße und Fallerslebenstraße) sowie im oberen Teil der Siedlung (Ricarda-Huch-Straße und Selma-Lagerlöf-Straße) berichten Bewohner*innen neben den großen, offenen Wohnräumen vor allem über die unter den Dächern befindlichen Gemeinschaftsräume vieler Häuser. Auch mit offenen Grillplätzen, gemeinsamen Trockenräumen sowie den zahlreichen Grünflächen wäre gemeinschaftliches Leben in der Siedlung eigentlich angelegt und unausweichlich gewesen. »Sie [die US-amerikanischen Soldaten und ihre Familien] haben wirklich als Gemeinschaft, mussten sie auch, sie waren sozusagen Fremde auf einer Insel hier« (Interview 5). Obwohl sich dieses Zitat einer Bewohnerin auf die amerikanische Nutzung der *Housings* bezieht, scheint der Gehalt dieser Aussage in gewisser Weise auch auf die zivile Neubesiedlung übertragbar.

Bemängelt wurde unter den Gesprächspartner*innen der *Housing Area* die hellhörige Bauweise und die aus ihrer Sicht ungenügende Instandhaltung der Häuser: »Wir wohnen hier zwar alle sehr schön, aber an den Häusern ist in den 30 Jahren noch nichts gemacht worden« (Interview 16, Anwohnerin südliche Platensiedlung). Neben der allgemein sichtbar gealterten Bausubstanz der Siedlung²³ wurde beispielsweise von stark veralteten und nicht mehr funktionalen Heizungen berichtet. Gleichzeitig scheinen die gemeinschaftlich zu nutzenden Räume (Trockenräume, Parkplätze, frühere Grillstätten) auch Orte (gewesen) zu sein, an denen unterschiedliche Einstellungen und Perspektiven der Bewohner*innen aufeinanderprallen würden. Hier müssten folglich Arrangements und Absprachen gefunden werden, die nicht immer erfolgreich wären. Auch dauerhafte Konflikte zwischen Mietparteien wären vereinzelt vorgekommen. Die Identifizierung

²² Unter den Wohnungen befinden sich viele Vier- oder Fünzimmerwohnungen mit einer Größe von 100 m² oder mehr.

²³ Davon ausgenommen ist der nun nachverdichtete nördliche Teil der Platensiedlung.

der genannten Probleme oder Mängel im Stadtteil führte bei den Gesprächspartner*innen jedoch mehrheitlich nicht dazu, ihren Wohnort insgesamt anzuzweifeln.

Ein gänzlich anderes Bild zeichnen Berichte über die Wohnsituation im Siedlungskomplex Ginnheimer Landstraße (»Predigerseminar«). Die Frankfurter Rundschau (2014) berichtete bereits unter der vorherigen Eigentümerin (Patrizia Immobilien AG) von »unhaltbaren Zuständen«, welche aufgrund ausgebauter Fenster in den Hausfluren, daraus resultierendem Regenwasser und Schimmelbefall im Haus oder aufgrund von Müll und von dauerhaftem Uringestank im Innenhof entstanden waren. »Unhaltbar« scheinen die Zustände im Baukomplex jedoch auch unter der aktuellen Eigentümerin Noratis AG geblieben zu sein: Seit Sommer 2019 gibt es einen anhaltenden Blei- und Legionellenbefall des Leitungswassers. Zeitweise war im gesamten Gebäudekomplex weder Kochen noch Duschen möglich. Der Wasserbedarf hunderter Mieter*innen musste monatelang mit abgefülltem Wasser gedeckt werden (FNP 2019a). Das Problem wurde mit Filtern übergangsweise begrenzt, scheint aber letztlich immer noch ungelöst, während die Verantwortung zwischen Eigentümerin, Hausverwaltung, Wasserlabor und Gesundheitsamt hin- und hergeschoben wird.

Bereits diese beiden Beispiele verdeutlichen die divergenten Wohnsituationen, welche auf die spezifische Wohnlage im Stadtteil, die Bausubstanz, Ausstattung und Instandhaltung des Wohnraums, aber auch auf die individuellen Lebenssituationen sozialstrukturell äußerst heterogener Bewohner*innen sowie die Eigentümerstruktur zurückzuführen ist. Dementsprechend unterschiedlich dürfte auch die Zufriedenheit mit der aktuellen Wohnsituation im Rahmen einer breiteren Befragung ausfallen. Einschränkend muss dazu angemerkt werden, dass nur zwei der Gesprächspartner*innen in den Quartieren südliche Platensiedlung und Siedlung Ginnheimer Landstraße wohnen, die als besonders stark von sozialer Benachteiligung betroffen gelten können. Die aktuell durchgeführte quantitative Erhebung im Stadtteil eröffnet diesbezüglich die Möglichkeit, hier konkrete Mängel, Bedarfe und Wünsche in Bezug auf den eigenen Wohnraum zu ermitteln. Gerade in den Gebieten der südlichen Platensiedlung, der Ginnheimer Landstraße sowie im Umkreis der Siedlung Reichelstraße scheint eine möglichst breite Erhebung sinnvoll.

4.2 Die Nachverdichtung der Platensiedlung

Die 2017 begonnene umfangreiche Nachverdichtung der nördlichen Platensiedlung (Platen-, Sudermann- und Stefan-Zweig-Straße) schafft durch Aufstockung der Gebäude und die Errichtung von Querverbindungen insgesamt 680 neue Wohnungen. Laut dem stellvertretenden Ortsbeiratsvorsteher wären darin ca. 180 Sozialwohnungen enthalten (Interview 19 und 2). Ein interviewter Bewohner, der zugleich Geschäftsführer des Deutschen Mieterbundes (DMB) ist, geht davon aus, dass die etwa 500 weiteren Wohnungen größtenteils zu Mieten von 8,50 bis 10,50 Euro/m² (Nettokalt) angeboten

werden (Interview 19). Zuvor bestanden im Projektgebiet lediglich 342 Wohnungen. Während diese mit drei bis fünf Zimmern eher auf die Bedürfnisse größerer Familien zugeschnitten waren, wurde der neu geschaffene Wohnraum hauptsächlich als Ein-, Zwei- und Dreizimmerwohnungen errichtet. Dieser Zuschnitt soll vermehrt junge Paare, alleinstehende Personen und Studierende ansprechen. Aktuell kursierende Schätzungen belaufen sich dennoch auf bis zu 2000 zusätzliche Bewohner*innen der Siedlung. Die Zahlen verdeutlichen, dass das Projekt sowohl quantitativ als auch qualitativ eine tiefgreifende Veränderung der nördlichen Platensiedlung bewirken wird.

Von den Anwohner*innen im Planungsgebiet wurde und wird der Bauprozess selbst erwartungsgemäß als massive Beeinträchtigung ihrer Wohnqualität erlebt.

»Man befindet sich ja letztendlich seit 2017 im Sommer, also seit dreieinhalb Jahren, auf einer Baustelle, was ja auch unglaublich an den Nerven zehrt, weil irgendwo ist auch bei vielen Mietern das Gefühl da, das ist jetzt ein Dauerzustand, so wird es immer sein« (Interview 19, Anwohner und Geschäftsführer des DMB).

Neben starken und anhaltenden Belastungen durch Lärm und Dreck hätten sich Einschränkungen beispielsweise durch folgende Begleiterscheinungen bemerkbar gemacht: Risse in den Wohnungswänden durch statische Veränderungen, deren Reparatur wiederum einen vorübergehenden Auszug bzw. gravierende Einschränkungen der Wohnsituation erforderte, oder die weggefallene Nutzung der Balkone über einen Zeitraum von zwei Jahren. Auch die Wasch- und Trockenräume wurden dauerhaft stark verkleinert, wodurch ihre gemeinschaftliche Nutzung nun nur noch eingeschränkt möglich wäre.

Gerade angesichts dieser tiefgreifenden und anhaltenden Einschnitte bezeichnen mehrere Interviewte die Kommunikation seitens der Vermietungsgesellschaft und Bauherin ABG Frankfurt Holding als ungenügend und frustrierend. Zwar wäre bis zu Beginn der Pandemie ein Infohäuschen für Anliegen der Mieter*innen besetzt gewesen, jedoch beklagen diese eine generell unzureichende Einbeziehung der Anwohner*innen in den Planungs- und Umsetzungsprozess sowie Ankündigungen, welche nicht den realen, von der Baustelle ausgehenden Belastungen entsprochen hätten.

»Da hieß es auch immer, wir machen so Begehungen im Stadtteil und binden die Bewohner mit ein, aber das war beschlossen und entschieden und da wurde es nur noch verkündet, so und so wird's gemacht [...]. Da wurden die Bewohner vor vollendete Tatsachen gestellt [...]. Das hätte man viel transparenter machen müssen« (Bewohnerin Ginnheim).

Der DMB Geschäftsführer und Anwohner kommentiert die im Vorhinein abgehaltenen Informationsveranstaltungen für bisherige Mieter*innen:

»Ich konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, das Ganze hatte etwa den Eindruck einer Kaffeefahrt. Da war so eine Gute-Laune-Moderatorin dabei und die Fragen wurden natürlich in eine bestimmte Richtung gelenkt. Also die eigentlichen Fragen, die einem da vielleicht so gekommen wären, welche Auswirkungen hat das auf meine Wohnung, auf das Haus, auf die bauliche Situation, auf die wurde nicht oder wenig eingegangen« (Interview 19).

Informationen hätten eher den Anschein erweckt, dass verschiedene Arbeiten deutlich weniger Einschränkungen erzeugen würden. Den Interviews folgend scheint sich unter vielen Mieter*innen der ABG der Eindruck verhärtet zu haben, dass die herausgegebenen Informationen weniger ihrer Aufklärung als vielmehr der Absicherung der Bauherren ABG dienen sollten. Der Geschäftsführer des DMB Mieterschutzvereins und selbst Betroffener kritisiert, es hätte mehr Aufmerksamkeit dafür erfordert, dass während der gesamten Bauzeit Menschen innerhalb des Bauprojektes leben würden, damit diese nicht das Gefühl hätten, an ihnen würde ohne ausreichende Information »herumoperiert« (Interview 19).

Eine medial (z.B. FR 2021; FR 2020) als auch in den Interviews häufig angesprochene Thematik sind die bereits erwähnten infrastrukturellen Engpässe (Schulen, Kitas) im Stadtteil, die insbesondere mit dem rapiden Bevölkerungszuwachs im Zuge der Nachverdichtung zunehmen werden. Mehrere Bewohner*innen verweisen mit Blick auf verschiedene konkrete Bedarfe im Stadtteil (Kapitel 6) darauf, dass die Nachverdichtung nicht in ausreichendem Maße durch die Schaffung von sozialer Infrastruktur begleitet worden wäre. So kommentiert eine Anwohnerin:

»Alles andere [außer Wohnen] ist so nachrangig scheinbar, dass das noch Jahre dauern wird, bis dieser Fülle an Mensch gerecht werden kann, in einem adäquaten Sinne, das wird auch noch spannend« (Interview 13).

In der Platensiedlung wird beobachtet, wie in Kapitel 2.3 erwähnt, dass die Nachverdichtung nicht nur einen großen Zuwachs an Menschen, sondern auch an Autos mit sich bringt, »weil sich die Fülle an Menschen mit ihren Blechkisten irgendwohin verorten müssen« (Interview 13, Anwohnerin). Die Nachverdichtung scheint damit in gewisser Weise potenzierend auf andere zentrale Thematiken wie fehlende soziale Infrastrukturen, die Verkehrssituation oder die sozialstrukturellen Disparitäten im Stadtteil zu wirken und stellt deshalb sicherlich auch eine relevante Thematik für die Quartiersarbeit der nächsten Jahre dar. »Es wird eng, ob es besser wird, weiß ich nicht« (Interview 22). Investitionen in soziale Infrastrukturen, eine offene Kommunikation der Vorgänge sowie eine stärkere Einbeziehung der bisherigen Bewohner*innen scheint aus Sicht vieler Interviewpartner*innen notwendig, um der Wahrnehmung zunehmender Enge, konflikthafter Prozesse und möglicher Ängste entgegenzuwirken. Ängste, aber auch Hoff-

nungen sind mit der Nachverdichtung insofern verbunden, als dass mit dem städtebaulichen Umbau langfristig eine Umgestaltung und Aufwertung der gesamten Platensiedlung einhergehen wird.

»In den neu geschaffenen Erdgeschossen an der Platenstraße werden gewerbliche Nutzungen wie kleine Läden oder Cafés angesiedelt, die der Monofunktionalität der Siedlung entgegenwirken und einen Schritt zu einem lebendigen, gemischten Quartier bilden. Zudem werden im Gebiet im Maße der durch die Nachverdichtung entstehenden Bedarfe zusätzliche Einrichtungen für die soziale Infrastruktur errichtet« (Stadtplanungsamt 2021).

Genau diese Lebendigkeit und Auflockerung der monofunktionalen Wohnsiedlung steht im Zentrum der Hoffnungen vieler Bewohner*innen des gesamten Stadtteils. Die Wünsche und Vorstellungen der Gesprächspartner*innen konzentrieren sich dabei vor allem auf die im Zitat genannte soziale Infrastruktur sowie die neue Ladenzeile im Erdgeschoss der Platenstraße (dazu vertiefend Kapitel 6).

»Die Aufwertung jetzt mit den neuen Bauten, also den Aufbauten, die Veränderung der Wohnhäuser, dass dann Geschäfte dort hinkommen, da haben wir schon Chancen, dass sich Strukturen ändern, auch mit den Studenten oben« (Interview 17, Bewohnerin Steuben-Siedlung).

Während der Wohnraum selbst zunehmend fertiggestellt und vermietet ist, sind die Besetzung der Ladenzeile sowie die Ausgestaltung der Freiflächen zwischen den Häusern den Gesprächspartner*innen weiterhin unklar. Die ABG als Vermieterin würde sich bisher nicht öffentlich zur Belegung der Erdgeschosszeile oder weiterer Räume äußern. Befürchtet wird, dass eine unpassende Vergabe der Räume sowie eine fehlende Qualifizierung öffentlicher Flächen keine Begegnungen der (zunehmend) heterogenen Anwohner*innen, sondern zurückgezogene, isolierte Lebensweisen beförderten.

»[Sie] schaffen ja keine Räume, in denen lebendig miteinander gelebt werden kann. Sondern die Familien oder Bewohner [...], die bleiben dann darin für sich und es wird eher auf Abgrenzung gesetzt und Schutzzonen und Privatsphären als jetzt irgendwie einen Gemeindesaal mit einem Kiosk [*Lachen*] oder so, Treffpunkt öffentlichen Lebens. Ich bin sehr gespannt, was für Läden in diese Ladenzeile sich rein- (.) trauen« (Interview 13, Bewohnerin Platensiedlung).

Positiv erwartet wird zudem, dass die neuen Wohnungen auch verstärkt jüngere Menschen in die Siedlung locken könnten. Gleichzeitig bilden die Aufwertung und der anvisierte Zuzug einer neuen, zahlungskräftigeren Klientel – ein Impetus, welcher der Nachverdichtung gelegentlich mitzuschwingen scheint – für manche Mieter*innen Grund zur Sorge. Sie befürchten, die Aufwertung des Stadtteils könnte langfristig doch zu einer

Anhebung der Mieten oder der Aufkündigung der Sozialbindungen im Stadtteil führen (siehe nächster Abschnitt 4.3).

Unklar und nicht öffentlich kommuniziert scheint außerdem, wann, auf welche Weise und mit welchen einhergehenden Veränderungen der südliche Teil der Platensiedlung modernisiert werden soll. Einem Ortsbeiratsmitglied zufolge wären dem Ortsbeirat noch keine Pläne seitens der ABG vorgelegt, sondern nur die Entscheidung mitgeteilt worden, dass eine Modernisierung perspektivisch kommen würde. Es bestünde jedoch die Möglichkeit, dass das Baufundament eventuell in zu schlechtem Zustand sei, um eine Aufstockung wie im oberen Teil überhaupt durchführen zu können.

4.3 Aufwertung und Verdrängung?

Im Rahmen der durchgeführten Erhebung sind keine Hinweise auf akute Verdrängungsprozesse von Mieterhaushalten bekannt geworden – was jedoch nicht bedeuten muss, dass diese im Stadtteil nicht trotzdem in einzelnen Fällen oder auch strukturell stattfinden. Mehrere Berichte von Gesprächspartner*innen offenbarten, dass vor allem unter Bewohner*innen der Platensiedlung Ängste und Unsicherheiten bestünden, ob ihre günstigen Mieten und Sozialbindungen auch weiterhin bzw. langfristig bestehen bleiben. Aktuellen Anlass zur Sorge gäben die beobachteten Aufwertungsprozesse im nördlichen Teil. Ängste um die Sicherheit des eigenen Wohnraums äußern auch etwa jugendliche Bewohner*innen, deren Befürchtungen im Rahmen der Veranstaltung »Wunschkonzert« des Jugendzentrums Ginnheim (Juli 2020) dokumentiert wurden. Dort wird ein*e Jugendliche*r aus der Platensiedlung zitiert, welche*r hofft, »dass wir nicht wegziehen müssen, weil unsere Eltern die Miete nicht mehr zahlen können«. Eine Bewohnerin der *Housing Area* berichtet, gerade das Wissen darum, dass ähnlich günstige Wohnungen bzw. Sozialwohnungen in vergleichbarer Lage nur äußerst schwer zu finden sind, würde in vielen Haushalten mit geringen Einkommen eine permanente Sorge um die Stabilität der eigenen Wohnsituation erzeugen. Bereits jetzt müssten viele Haushalte trotz der günstigen Mieten große Anstrengungen aufbringen, um ihre aktuellen Ausgaben decken zu können.

»Und jetzt ist ja die Situation so, dass man einfach nichts Billigeres mehr findet und deswegen bleiben muss und alles andere runterfährt, ne. Und das ist für viele hier, also wie viele hier doppelt arbeiten, nur damit sie ein bisschen Geld noch haben, wenn sie die Miete bezahlt haben« (Interview 17, Bewohnerin Steuben-Siedlung).

Weiter berichtete die Anwohnerin, dass ihres Erachtens jedoch nur wenige Nachbar*innen bereit wären, über finanzielle Engpässe offen zu sprechen; häufig äußerten sich diese eher in einem Rückzug ins Private – welcher als Folge sozialer Scham verstanden

werden kann. Angst vor Verdrängung oder zumindest vor weiteren negativen Konsequenzen schien auch im Umgang einzelner Gruppen von Mieter*innen mit akuten Beeinträchtigungen ihrer Wohnbedingungen zum Vorschein zu kommen. Diese Ängste wären, einer Interviewpartnerin zufolge, ein wichtiger Grund, weshalb sich Mieter*innen nicht mehrheitlich und deutlich aktiver gegen die zuvor beschriebenen Zustände im Wohnkomplex »Predigerseminar« gewehrt hätten. Eine andere Interviewte berichtet mit Blick auf die mit Legionellen und Blei verseuchten Wasserleitungen:

»Mit den Bewohnern dieser Wohnanlage dort, mit denen kann man es halt auch machen und sowas. Also andere soziale Schichten, die hätten da auf die Pauke gehauen ohne Ende mit allem Möglichen, aber die Bewohner dort, die wehren sich halt nicht richtig dagegen. Die haben halt auch Ängste. [...] Die Formulare waren quasi da, die hätten nur unterschreiben müssen, die haben so wahnsinnige Ängste diese Wohnung zu verlieren [...]. Also ich meine, Mietminderung wäre das mindeste gewesen, was man hätte beantragen können«.

Auch mit Blick auf die Nachverdichtung der Platensiedlung schildert der Bewohner und Geschäftsführer des DMB, dass bemerkenswert sei, wie wenig die Bestandsmieter*innen trotz großer Frustration gegen die negativen Auswirkungen der Nachverdichtung unternommen hätten. Gründe sieht er vor allem in fehlenden individuellen Ressourcen vieler Nachbar*innen. Darunter würden konkret finanzielle Mittel fallen, ein bestimmter Bildungsgrad, aber auch die Selbstverständlichkeit, juristische Mittel zu nutzen, um den eigenen Interessen und Rechten als Mieter*in Nachdruck zu verleihen. Zudem vermutet er, dass manche Bewohner*innen Konsequenzen der Vermieterin fürchten würden und entstandene Probleme teilweise nicht gegenüber der ABG artikulieren. Dabei hätten während der Nachverdichtung (professionell) eingereichte Beschwerden tatsächlich relativ schnelle Reaktionen durch die ABG bewirkt.

Am Gegenstand der Nachverdichtung scheinen sich eher grundlegende finanzielle Sorgen mancher Haushalte zu konkretisieren. Einem Presseinterview mit dem Geschäftsführer der ABG Frank Junker folgend würde die Nachverdichtung für solche Befürchtungen jedoch keinen Anlass bieten:

»Für die Mieter in der Platensiedlung ändert sich gar nichts, außer dass sie, wenn die Baumaßnahme abgeschlossen ist, in einer deutlich schöneren Siedlung leben werden als bisher. Es wird durch die Baumaßnahmen und den Einbau neuer Fenster keine Mieterhöhungen geben« (ABG 2021).

Dementgegen erwartet der Mieter und Geschäftsführer des Deutschen Mieterbundes (DMB), dass auch für die Bewohner*innen des alten Bestands zusätzliche Kosten, insbesondere Betriebskosten durch die notwendige Wartung der nun verbauten aufwendigeren Technik, entstehen. Wie ein Mitglied des Ortsbeirates erklärt, führe der Neubau auch zu einer Anhebung des Mietspiegels und ermögliche perspektivisch prinzipiell

auch die Anhebung der günstigen Bestandsmieten, soweit keine Sozialbindung vorliegt (Interview 17). Zusätzlich sei noch ungeklärt, ob Bewohner*innen zukünftig die Kosten für die neuen Tiefgaragenplätze selbst zu tragen hätten, welche immerhin auf 70 bis 85 Euro pro Monat geschätzt werden. Abgesehen von befürchteten Mietsteigerungen durch die Nachverdichtung sei jedoch auch die Frage zu stellen, wem die aktuellen Aufwertungsprozesse sowie die umfassende und erfreuliche Umgestaltung öffentlicher Räume im Zuge des *Grünen Y* tatsächlich zugutekommen würden, so der Gemeindepfarrer (Interview 6). Er spitzt zu, gerade die – und auch von ihm – als nachhaltig und positiv erachteten Umgestaltungen im Stadtteil, wie die Aufwertung von Grünflächen, Verkehrswegen und der optischen Erscheinung einzelner Quartiere, könnten in ihrer Kehrseite eine potentiell gesteigerte Verdrängungsgefahr für bereits ansässige Menschen bedeuten. Die Bedürfnisse der heutigen Anwohner*innen hätten bei der Entwicklung des *Grünen Y* bisher jedoch nicht im Mittelpunkt gestanden.

»Das Grüne Y ist am Ende nicht gemeint für die Platensiedlung, das ist gemeint als eine größere Idee zur Weiterentwicklung Frankfurts, die ist auch gut, kann man sagen, aus einer gewissen politisch-wirtschaftlichen Auffassung« (Interview 6, Gemeindepfarrer Ginnheim).

Die hier aufgeworfene Frage, inwieweit die Bedürfnisse der aktuellen Bevölkerung oder die einer potentiellen, anzulockenden Bewohnerschaft im Zentrum stehen, trifft den Kern der Problematik. Wie diese Frage beantwortet wird, entscheidet darüber, ob die Maßnahmen auf das Gelingen eines vielfältigen und gegenseitig wertschätzenden Zusammenlebens sehr heterogener Menschen im Stadtteil abzielen oder aber eine Verschärfung sozialstruktureller Segregation im Stadtteil zu erwarten ist (siehe dazu 5.5.1).

Neben der beabsichtigten baulichen Aufwertung des Quartiers wird von verschiedenen Seiten im Stadtteil ein verändertes Mischungsverhältnis an Haushaltsformen (verstärkt Alleinstehende und Paare ohne Kinder) sowie von Sozialwohnungen zu Wohnungen ohne Sozialbindung innerhalb der Platensiedlung angestrebt. Im neu entstandenen Wohnraum wird dies über einen geringeren Prozentsatz an sozial geförderten Wohnungen²⁴ sowie den kleineren Zuschnitt der neuen Wohnungen umgesetzt.

»Ich weiß nicht genau, wie die ABG, die die Nachverdichtung da macht, die Wohnungen da belegt, aber ich denke mal, man wird die Wohnungen da schon versuchen, eine gewisse Durchmischung da wieder reinzukriegen, Studenten vielleicht, junge Paare. Ja ich denke, da ist schon ja zu sehen, dass vor allem Familien da wohnen in Wohnungen« (Interview 23, Polizeihauptkommissar und Schutzmann vor Ort).

²⁴ 20 Prozent der neuen Wohnungen sind als Sozialwohnung, weitere 30 Prozent im Mittelstandsprogramm geplant (ABG 2021).

Im Planungsdezernat sowie seitens der ABG wird dies als notwendiger Schritt erachtet, um bestehende soziale Probleme im Stadtteil zu verringern. Auch zwei interviewte Mitglieder des Ortsbeirates sehen in einer Veränderung der Sozialstruktur perspektivisch auch für den südlichen Teil der Siedlung einen anzustrebenden Schritt. Ein verringerter Anteil von Sozialwohnungen dort, welcher beispielsweise über Fluktuation im Bestand sukzessive erreicht werden könnte, müsste aber im nördlichen Teil der Siedlung mit einer Umwandlung von freifinanzierten Wohnungen in Sozialwohnungen einhergehen, wenn man verhindern will, dass der Bestand an Sozialbindungen insgesamt sinkt. Konkrete Maßnahmen in diese Richtung sind aktuell aber nicht ersichtlich. Eine Mitarbeiterin eines Trägers der Jugendhilfe merkt an:

»Durchmischung ist natürlich immer eine schöne Sache, aber wir können nicht alle innerstädtischen Viertel verschönern und irgendwo die Menschen nach außen verdrängen [...]. Der Wohndruck steigt ja überall« (Interview 12).

4.4 Die zentrale Rolle der ABG Frankfurt Holding

»Durch die einheitliche Eigentümerstruktur der Platensiedlung in Händen der ABG Frankfurt Holding entfallen langwierige Abstimmungsprozesse und für die Siedlung kann ein homogenes Gesamtkonzept entwickelt werden« (Stadtplanungsamt 2021).

Da der ABG Holding als größter Vermieterin bei der Stadtteilentwicklung eine zentrale Lenkungsfunktion zukommt, wird ihre Rolle anhand der Berichte der Gesprächspartner*innen tiefergehend reflektiert. Bewohner*innen bewerten in mehreren Gesprächen positiv, dass notwendige Reparaturarbeiten durch die ABG meist zügig erledigt würden, sobald Mieter*innen eine Benachrichtigung aufgeben: »Wenn ich die ABG anrufe wegen irgendeiner Reparatur, geht das relativ fix« (Interview 16, Anwohnerin Franz-Werfel-Straße). Gleichzeitig berichten mehrere Mieter*innen jedoch, dass die Schwierigkeit oft genau darin bestünde, eine Ansprechpartner*in zu bekommen, da vor allem über die Service-Hotline meist niemand zu erreichen wäre.²⁵ Ein Mitglied des Ortsbeirates (Die Linke) erzählt, dass sich die ABG nach gemeinsamer Verständigung mit dem Ortsbeirat vor einigen Jahren bemüht gezeigt hätte, das Erscheinungsbild und die Funktionalität der Spielplätze zu verbessern und in deren Aufwertung investiert hätte. Finanzielle und infrastrukturelle Unterstützung seitens der Vermieterin haben auch die vergangenen Sommerfeste innerhalb der Platensiedlung bekommen. Zwei Mieterinnen erwähnen zudem, dass die ABG Personen beauftragt hätte, um bestehende Konflikte zwischen Mietparteien innerhalb ihres Wohnhauses zu schlichten. Die ABG würde in Fällen von Nachbarschaftskonflikten versuchen, zu Lösungen beizutragen, ge-

²⁵ Auch die Autoren der Studie konnten in etlichen Anläufen über die Nummer des zuständigen „Service Center Nord“ niemanden erreichen.

gebenenfalls auch durch Angebote zum Wohnungstausch. Auch während der Nachverdichtung hätte die ABG Mieter*innen Ersatzwohnungen (vorübergehend oder auch langfristig) angeboten, wenn diese aufgrund der Baustellenbelastung hätten ausziehen wollen. »Die Möglichkeit war da und wurde auch genutzt« (Interview 17, Anwohnerin Steuben-Siedlung).

Eine Mieterin an der Grenze zu Eschersheim schildert hingegen:

»Also ich habe gemerkt, dass oft die Leute, die da wohnen, meistens Probleme mit der Wohnungsbaugesellschaft ABG haben [...]. Unsere Wohnung ist von 1928, dass mal, dass die die Türen nicht modernisieren, obwohl das alles von der ABG ist in Ginnheim. Aber dass die auch unterschiedlich auf die Mieter reagieren und die zahlen, ja, zum Beispiel meine Nachbarn zahlen 1200 Euro warm für eine 4-Zimmer-Wohnung, die schimmelt, ja, das kann nicht sein. Aber weil die ihre Rechte nicht kennen, die kommen auch aus Ghana, die zahlen das einfach« (Bewohnerin Ginnheim).

Die Berichte verschiedener Mieter*innen hinterlassen den Eindruck, dass die ABG vor allem dann auf die Wünsche bzw. Einwände der Mieter*innen reagiert, wenn diese ihre Interessen (auch mit institutionellem oder professionellem) Nachdruck durchsetzen können. Ein Beispiel für dieses selektive Vorgehen sind fälschlich erhobene Mieterhöhungen aufgrund des Einbaus isolierverglaster Fenster.²⁶ Nachdem ein Mieter, der zugleich Geschäftsführer des DMBs ist, diese Mieterhöhung in seiner eigenen Wohnung als rechtlich nicht zulässig erkannte und seinem Widerspruch über eine Pressemeldung des DMB Nachdruck verlieh, hätte die ABG die Erhöhung zurückgezogen. Sie räumte daraufhin ein, die Erhöhung auch im Falle weiterer Mieter*innen zu prüfen, sofern sich diese bei ihnen aktiv melden würden. Eine grundsätzliche Prüfung oder Informierung aller betroffenen Mieter*innen hätte die ABG abgelehnt. Zudem wäre versucht worden, den Mieter*innen selbst Kosten für eine solche Überprüfung anzulasten, welche gemäß der Aussage des DMB Geschäftsführers ebenso wenig rechtmäßig gewesen wären (Interview 19). Nach dieser Schilderung ist davon auszugehen, dass Mieter*innen ohne entsprechende Fachkenntnisse beide Kostenfaktoren als legitim einstufen mussten. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund sozial benachteiligter Haushalte innerhalb der Platensiedlung erscheint dieses Vorgehen als problematisch.

Auch das Abstellen von Fahrrädern im Treppenhaus – welches offiziell untersagt ist – würde in manchen Häusern streng kontrolliert, in anderen jedoch dauerhaft geduldet. Mieter*innen führen das auf den Einflussbereich einzelner Bewohner*innen zurück. Die

²⁶ Ein Kriterium im Mietspiegel ermögliche die Erhöhung, sofern ein entscheidender Wert (abhängig vom Baujahr) der alten Fenster gegeben wäre. Im Falle des Interviewpartners und vermutlich in weiteren Wohnungen (unbekannter Zahl) war dieser nach dem Mietspiegel vorgesehene Wert nicht erreicht. Die Mieterhöhung betraf alle Wohnungen der Platensiedlung, wurde jedoch nur auf individuellen Nachdruck hin überprüft.

Forderung nach ausreichenden Fahrradstellplätzen vor den Häusern existiere zudem bereits seit Jahren (Interview 14).

Unzufriedenheit wird zudem darüber geäußert, dass kleinere Instandsetzungsmaßnahmen zwar durchgeführt, jedoch meist auf ein notwendiges Minimum beschränkt blieben. Anregungen und konstruktive Vorschläge der Anwohner*innen blieben ungehört (Interview 11, Anwohner Franz-Werfel-Straße). Eine Bewohnerin der Steuben-Siedlung berichtet etwa von einer Anfrage aus ihrem Wohnhaus, bei der die ABG gebeten wurde, ein kleines Geländer am Hauseingang (Kosten von 500 Euro) für eine gehbehinderte Nachbarin im Wohnhaus anzubringen (Interview 17). Die ABG hätte geantwortet, dies zu tun, jedoch nicht zu finanzieren, worauf die betroffene Frau aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen abgelehnt hätte (Bewohnerin Steuben-Siedlung). Für Frust im Umgang mit der Eigentümerin würde, so mehrere Interviewpartner*innen, auch ein teilweise wenig wertschätzender oder unhöflicher Umgangston seitens der zuständigen Servicestellen sorgen.

Zudem berichtet die Mieterin einer Wohnung ohne Sozialbindung, dass die ABG Modernisierungsarbeiten, welche im Unterschied zu Instandhaltungsmaßnahmen über dauerhafte Erhöhungen der Mietzinsen auf die Mieter*innen umgelegt werden können, konsequent durchführe. Den Nutzen dieser Maßnahmen in Relation zur dauerhaften Mieterhöhung betrachtet sie als zweifelhaft:

»Der Standard wird immer hochgeschraubt. Sie bekommen Hängeklo statt einem Standklo. Bei einem Hängeklo können sie pro Quadratmeter, ich weiß nicht was, 80 Cent oder so mehr nehmen. Das Hängeklo ist sozusagen ein besserer Standard, aber das zahlen sie ja dann auf 30 Jahre bei jeder Miete, verstehen Sie, ja weil das auf alle Quadratmeter angerechnet wird, nicht nur auf das Bad. Und so gibt es ganz ganz viele Sachen, ja die man verbessert [...] dafür kriegen Sie im Mietspiegel, können Sie mehr Miete nehmen [...]. Komfortsteigerung wird es genannt« (Interview 17, Mieterin Steuben-Siedlung).

Der bis 2007 aktive Quartiersmanager geht davon aus, dass die Bedürfnisse der Mieter*innen oft gar nicht zur ABG durchdringen würden:

»Die wissen gar nicht, was sie anrichten, indem sie ihre Leute, ihre Mieter nicht anhören [...]. Warum ist das so schwierig, einfach zu sagen, ›Ich bin der Vermieter, ich habe eine Verantwortung für meine Mieter und das sind jetzt nicht nur meine Kunden, ja, sondern ich bin auch ein Dienstleister und deshalb will ich die auch zufrieden stellen« (Interview 24).

Gerade vor dem Hintergrund der besonderen Situation innerhalb der *Housing Area* seien verbindliche Ansprechpartner*innen und ein Interesse für die Belange aller Mie-

ter*innen unabdingbar, so eine Anwohnerin (Interview 17). Eine offenere und wertschätzende Kommunikation gegenüber den Bewohner*innen könnte zudem eine positive Identifikation mit dem eigenen Wohnumfeld fördern. Aktuell scheint die Kommunikation der ABG für viele Interviewte dagegen eher durch Intransparenz geprägt. Dies äußert sich etwa in Bezug auf die tatsächlichen Einschränkungen infolge der Aufstockung (siehe 5.2), die Pläne zur Nachverdichtung des südlichen Siedlungsteils oder die Belegung der für das Siedlungsleben sehr relevanten neuen Ladenzeile.

Während die ABG ihren Einfluss und ihr Entscheidungsvermögen erkennbar nutzt, um beispielsweise das Nachverdichtungsprojekt voranzutreiben, werfen viele Interviewte die Frage auf, welche Rolle und Verantwortung der ABG als städtischer Wohnungsbau-gesellschaft auch im Sinne einer nachhaltigen und sozial gerechten Entwicklung der *Housing Area* zukommt. Vielen Mieter*innen ist unklar, weshalb die ABG nicht verstärkt positiv gestaltend in den Aufbau einer nachhaltigen Mieterstruktur eingreift. Damit ist nicht der Austausch der aktuellen gegen neue Bewohner*innen gemeint, sondern eine transparente und kooperative Weiterentwicklung der Siedlung auf Grundlage der Bedürfnisse der gegenwärtigen Bewohner*innen (siehe dazu Kapitel 6). Der stellvertretende Ortsbeiratsvorsteher und Vorsitzende des Vereins IDEAL mahnt an, dass ein solches, sozial motiviertes Handeln keine verpflichtende Aufgabe des Unternehmens sei und damit von Bewohner*innen nicht eingefordert werden könne (Interview 2). Diese Perspektive wird von den meisten anderen interviewten Personen nicht geteilt.

»Deswegen habe ich immer zu Herrn Junker gesagt, je mehr Sie da sozial aktiv werden, umso mehr haben Sie eine gute Mieterstruktur. Das spricht sich sofort rum [...]. Dann sind die Menschen dankbar, dann pflegen sie ihre Vorgärten wieder anders und, und, und. Und da will er halt nicht ran, er ist halt Geschäftsmann. Tja, das macht viel aus in dieser Siedlung [...]. Es wäre schön, wenn von der ABG auch der Gestaltungswille dafür da wäre, nicht nur Wohnungsvermieter zu sein, sondern mehr noch, einen sozialen Auftrag zu haben« (Interview 17, Mieterin sowie Mitglied des Ortsbeirates und der Stadtverordnetenversammlung für Die Grünen).

Interviewte sprechen der ABG eine Verantwortung für die Pflege und Förderung einer stabilen und sozial nachhaltigen Mieterstruktur zu, von welcher langfristig beide Seiten profitieren würden. Wichtige Schritte dorthin könnten in verbesserten Kommunikationsmöglichkeiten sowie einer deutlich verstärkten Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement im Stadtteil liegen.

»Obwohl jetzt die ABG teilstädtisch ist, städtische Firma eigentlich, versteht keiner es so recht, warum die nicht verpflichtend mit uns zusammenarbeiten, den Vorgänger [zum aktuellen Quartiermanager] haben sie nicht mal zu den Treffen eingeladen« (Interview 24, früherer Quartiersmanager, bis 2007).

Dieser bestehenden Praxis hält eine Mieterin und Mitglied des Ortsbeirats (Die Grünen) folgenden Vorschlag entgegen:

»Und deswegen, der Quartiersmanager muss sich ihn [den Geschäftsführer der ABG] zur Brust nehmen. Wenn er da in der ABG einen echten eigenen Ansprechpartner für die Siedlung hätte, der auch ein bisschen so mitdenkt, dann wäre es genial. Wenn der Quartiersmanager sozusagen von unten, von der Basis aus, die Sachen aufnimmt und dann bei der ABG einen guten Ansprechpartner hätte, dann wäre schon, wie man sagt, die halbe Miete da« (Interview 17).

Die Perspektive der ABG Holding in Hinblick auf die hier zitierten Vorwürfe sowie konstruktiven Vorschläge zur Verbesserung konnte im Rahmen dieser Studie bedauerlicherweise nicht erfasst werden, da das Unternehmen aus »zeitlichen Gründen« sowohl ein Gespräch als auch die Beantwortung einer schriftlichen Anfrage abgelehnt hat.

4.5 Der alte Konflikt um Schadstoffbelastungen in Wohnungen

Der folgende Abschnitt wirft ein kurzes Schlaglicht auf das insbesondere zwischen 1998 und 2002 sehr präzente Thema der schadstoffbelasteten Böden innerhalb der *Housing Area*. Auch wenn das Thema auf den ersten Blick verjährt zu sein scheint, stellte sich im Forschungsprozess heraus, dass es für ein Verständnis der Perspektiven vieler (noch in der Siedlung lebender) Bewohner*innen, aber auch der im Stadtteil bestehenden Institutionen, noch immer von Relevanz ist.

Gegenstand selbst war eine Giftstoffbelastung der Wohnungen innerhalb der *Housing Area* ausgehend von Ausdünstungen verwendeter Parkettkleber sowie giftigen Desinfektionsmittels der früheren Nutzer*innen. Da das Bestehen und das Ausmaß der Schadstoffbelastung den Gesprächspartner*innen zufolge nur zögerlich von Seiten der ABG sowie der städtischen Behörden anerkannt und aufgedeckt wurde, entfachte sich ein enormer Konflikt im Stadtteil. Zur Interessenvertretung der Mieter*innen gründete sich der Verein IDEAL.²⁷ Den Berichten zufolge hatte der Streit insgesamt zu einer starken Politisierung und zu einem Zusammenwachsen vieler engagierter Mieter*innen geführt. Gleichzeitig hätte die anhaltende Weigerung, die Böden flächendeckend auszutauschen, enorme Frustration erzeugt und viele Mieter*innen, auch aufgrund befürchteter gesundheitlicher Schäden, zum Auszug gedrängt. Eine Mieterin der Franz-Werfel-Straße berichtet, seit Beginn (1996) in der Siedlung zu leben und sich nach wie vor wohlfühlen. Viele ihrer Nachbar*innen von früher wären jedoch ausgezogen: »Alle, die es sich irgendwie leisten konnten, sind wieder ausgezogen [...] dann ist halt sehr viel übers Wohnungsamt nachgerückt« (Interview 16). Ein Anwohner äußert ferner, dass viele

²⁷ Kurz für: Interessengemeinschaft der ehemaligen amerikanischen Liegenschaften.

Sozialraumanalyse Ginnheim

»sozialstarke Persönlichkeiten« (Interview 11), die sich für den Stadtteil engagiert hätten, ausgezogen wären. Beide Aussagen schreiben dem Konflikt eine nachhaltige Veränderung und Schwächung der Mieterstruktur zu.

»Da bin ich auch nicht der Einzige, der solche Worte entgegengeschleudert bekommen hat, wie ›ja wenn es Ihnen nicht passt, suchen sie sich doch eine andere Wohnung«. Das ist kein sozialer Umgang mit Wohnungsmietern, das zieht sich eigentlich wie ein roter Faden auch heute noch durch, viele einzelne Mieter, die sich versuchen, gegen die ABG zu wehren, haben keine Chance, die prallen an dem System ABG einfach ab. Die haben eine Rechtsabteilung und die drohen sofort mit Klage, wenn irgendetwas nicht passt oder die Miete zurückgehalten wird, ich weiß es von Mitmietern hier in der Siedlung, weshalb sich wenige auch trauen, hier irgendetwas zu unternehmen, wenn irgendetwas nicht läuft« (Interview 11, Mieter Platensiedlung).

Dem Zitat folgend würden die früheren Verwerfungen durch eine ablehnende und repressive Haltung gegenüber den Mieter*innen bis heute Kontinuität aufweisen. Eine Bewohnerin Alt-Ginnheims appelliert, dass sich die damalige Handhabung konfliktiver Themen und die Haltung gegenüber den Bedürfnissen der Anwohner*innen nicht wiederholen dürfe:

»Was sollen sie machen, wenn sie wissen, die Wohnungen sind vergiftet, ihre Kinder haben Blutwerte wie schwere Raucher, ja da kann man ja nur fliehen. Das war ein ganz großer Fehler. Und daher, wenn da jetzt wieder neue Leute einziehen, das fände ich unheimlich wichtig, dass man da von Anfang an darauf achtet, dass die respektiert werden in ihren Bedürfnissen [...], dass man den Kontakt mit den dort schon Wohnenden, also ganz viel Wert darauf legt« (Bewohnerin Alt-Ginnheim).

Aufgrund der damals sehr verfahrenen Situation wäre auch das Quartiersmanagement zur Moderation zwischen den Konfliktparteien eingesetzt worden. In gewisser Weise stellt die Moderation zwischen Vermieterin und Mieter*innen damit eine kontinuierlich relevant gebliebene Aufgabe des Quartiersmanagements dar.

5 Zusammenleben und soziales Miteinander

Im Fokus dieses Kapitels stehen Erkenntnisse bezüglich des Zusammenlebens und der sozialen Interaktion im Stadtteil. Anhand verschiedener Aspekte wird dabei an bereits erläuterte Beobachtungen hinsichtlich der städtebaulichen Struktur des Stadtteils, der sozialstrukturellen Besonderheiten oder des Wohnraums angeknüpft.

5.1 Wege und Bewegungsmuster

Als unmittelbar von der städtebaulichen Trennung der einzelnen Quartiere beeinflusst zeigen sich die Bewegungsmuster der Bewohner*innen. Neben den einschneidenden großen Verkehrsachsen bewirkt auch die übrige Wegeführung (öffentliche Verkehrsmittel, Geh- und Radwege) sowie die geographische Ausrichtung einzelner Quartiere zur Innenstadt, dass die Bewohner*innen eines Stadtteils in ihrem Alltag nicht durch andere Quartiere geleitet werden. Insbesondere die Platensiedlung erweist sich trotz ihrer sehr zentralen Lage als relativ isoliert.

Dafür, dass die einzelnen Quartiere nur selten von Menschen von außerhalb der jeweiligen Siedlung frequentiert werden, zeigt sich vor allem der beschriebene Mangel an Infrastrukturen (Kapitel 2.4) als ursächlich. Zwischen *Housing Area*, Alt-Ginnheim und Ginnheimer Hang scheint gerade durch das Fehlen attraktiver Angebote, die einen lohnenswerten Weg darstellen, kaum Mobilität zu existieren. Die wenigen gastronomischen Angebote im Stadtteil werden zwar dankbar angenommen, stellen jedoch nur vereinzelt regelmäßige Ausflugziele dar. Sehr förderlich für den Austausch im Stadtteil zeigen sich hingegen institutionalisierte Einrichtungen wie das Nachbarschaftszentrum in Alt-Ginnheim, der Zirkus Zarakali und der Abenteuerspielplatz Colorado sowie die selbstorganisierten Kulturangebote, beispielsweise von SaloonY e.V., das Elterncafé in der Sancta Familia oder die Initiative Kirchplatzgärtchen. Diese scheinen mit spezifischen Angeboten stadtteilweites oder sogar stadtweites Publikum anzulocken.

Gerade Eltern und ihre Kinder sind zum Aufsuchen der Bildungseinrichtungen (Schulen, Kindertagesstätten) tendenziell dazu veranlasst, andere Quartiere des Stadtteils oder Nachbarstadtteile regelmäßig zu besuchen und dort in Kontakt zu anderen Bewohner*innen zu treten. Haushalten mit älteren Kindern oder ohne Kinder steht diese soziale Anbindung nicht zur Verfügung. Als Grund für den fehlenden Austausch beschreiben Bewohner*innen darüber hinaus auch gefühlte Unterschiede zwischen den Quartieren, im Sinne milieuspezifischer Eigenheiten. Diese basieren auch auf der Beobachtung der zuvor skizzierten sozialstrukturellen Unterschiede.

»Also jeder ist so in seiner Hood, es ist schon gespalten [...]. Man merkt schon den Unterschied von der Atmosphäre, ja, sobald man die Siedlung verlässt« (Interview 18, Bewohnerin Ginnheim).

»Es gibt sehr wenig Kontakt unter verschiedenen Milieus. Wenn hier jetzt zum Beispiel Weihnachtsmarkt ist, dann kommen andere Leute, als wenn wir auf dem Platz mit unseren Gärtnern [...], wenn wir Veranstaltungen machen, es kommen die, die ich dann beim Weihnachtsmarkt oder wenn hier mal ein Stadtfest ist, die kommen nicht zu uns [meint Ginnheimer Geschichtskreis sowie selbstinitiiertes Netzwerk Neue Nachbarschaft] und ja da gibt es eben doch so Milieus [...] das vermischt sich kaum« (Interview 9, Bewohnerin Alt-Ginnheim).

Die Zitate verdeutlichen die verbreitete Wahrnehmung, dass unterschiedliche Milieus im Stadtteil auch unterschiedliche Angebote und Orte aufsuchen würden. Neben fehlenden positiven Anreizen dafür, sich in spezifischen Quartieren aufzuhalten, berichten Bewohner*innen, dass bestimmte negativ besetzte Orte auch bewusst gemieden würden. Als Ursache zeigen sich dafür weniger persönliche Erfahrungen als vielmehr negativ besetzte Bilder eines Ortes. Diese Vorbehalte basieren – den Schilderungen von Bewohner*innen folgend – teilweise auch auf diskriminierenden, mitunter rassistischen Stigmata (siehe dazu auch 5.5.2).

Als letzter Punkt sei erwähnt, dass sich ein großer Teil der Bewohner*innen aus beruflichen Gründen, aber auch um fehlende Angebote vor Ort zu kompensieren, eher in Richtung des Nordwestzentrums, der Innenstadt oder nach Bockenheim orientiert.

5.2 Nachbarschaft

Trotz der fehlenden Attraktionen im öffentlichen Raum beschreiben Bewohner*innen der *Housing Area* ihr Wohnumfeld als lebendig. Dieser Eindruck scheint in großen Teilen darauf zurückzuführen zu sein, dass sich insbesondere Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum aufhalten und die Grün-, Frei- und Sportflächen zum Spielen oder Verweilen nutzen.

Übergreifend bezeichnen eigentlich alle Interviewten auch ihr soziales Wohnumfeld als weitestgehend gut oder zumindest akzeptabel. In den Berichten der Anwohner*innen zeigt sich meist wenig Euphorie, jedoch auch keine grundlegend ablehnende Haltung gegenüber ihrer Nachbarschaft. Über anhaltende oder strukturelle Konflikte zwischen Nachbar*innen wird nur vereinzelt berichtet, so in Bezug auf den Innenhof »Predigerseminar« in der Ginnheimer Landstraße:

»Da wohnen sehr viele Menschen auf einem sehr kleinen Raum und da ist eine generell angespanntere Lage. Hier hat man eher die Möglichkeit, sich mal aus dem Weg zu gehen« (Interview 16, Anwohnerin Platensiedlung).

Frust scheint gelegentlich durch die Wahrnehmung ignoranten Verhaltens und fehlender Verständigungsbereitschaft einzelner Nachbar*innen zu entstehen. Als Gründe werden beispielsweise Müll im öffentlichen Raum, die Parkplatzsituation oder eine egoistische Nutzung gemeinschaftlicher Infrastrukturen in den Siedlungshäusern genannt.

»Ich sage jetzt mal ein Beispiel: Wenn ich jetzt mich um meine Hausordnung kümmerere oder die Leute frage, warum sie mit dem Auto da draußen so, ich sage mal, ignorant stehen, also einfach schräg irgendwo in eine Parklücke reinzustellen, dass da zwei Autos reingehen. Da wird man angepöbelt: ›Bist du der Hausmeister hier?‹ Das war früher halt nicht so« (Interview 11, Bewohner Platensiedlung).

In Anbetracht der in der Siedlung vertretenen sozioökonomischen, kulturellen und sprachlichen Vielfalt erfordere es jedoch viel gegenseitige Rücksichtnahme und Verständigungsbereitschaft.

»Wir wohnen ja hier nicht auf einer Insel, sondern in einer sozialen Umgebung mit verschiedenen Nationalitäten und verschiedenen Ansichten« (Interview 11, Bewohner Platensiedlung).

Tatsächlich berichten viele der langjährigen Bewohner*innen der Platensiedlung, dass ein Zusammenhalt und Austausch zwischen den Bewohner*innen früher deutlich stärker ausgebildet und harmonischer gewesen wäre. Die Beobachtung begründet sich für betreffende Personen in einer anderen (sozialstrukturellen) Zusammensetzung der Bewohnerschaft. Zudem hätte das gemeinsame Projekt, gegen die Schadstoffbelastung der Wohnungen vorzugehen, zum damaligen Zeitpunkt gerade zwischen den involvierten Personen ein soziales Band geschaffen. Ein Anwohner und Mitbegründer des Vereins IDEAL sieht in diesem früheren, von ihm als »solidarisch« wahrgenommenen Siedlungsverständnis eine große Besonderheit der Platensiedlung. Wie bereits erwähnt führte jedoch genau dieser Konflikt auch letztlich zum Auszug vieler engagierter, gut vernetzter und ressourcenstarker Haushalte. Ihr Weggang habe damit auch langfristig Lücken im sozialen Netz der Bewohner*innen der Platensiedlung hinterlassen. Ein Bewohner verweist darauf, dass neben der gemeinsamen Betroffenheit der Schadstoffbelastung eine generell besondere Situation vorgelegen hätte: Alle damaligen Haushalte zogen zum nahezu gleichen Zeitpunkt ein und bauten sich kollektiv neue Existenzen auf. Diese besondere Situation hätte ebenfalls eine verbindende Wirkung entfaltet. Gleichzeitig betonen mehrere Bewohner*innen verschiedener Teile der *Housing Area*, dass es auch heute immer noch einige Wohnhäuser gäbe, in denen gemeinschaftliche und harmonische Gefüge zwischen neuen und langjährigen Bewohner*innen zusammengewachsen wären. Ihren Berichten ist zu entnehmen, dass diese Hausgemeinschaften äußerst unterschiedliche Milieus und Herkunftsländer umfassen. Gerade in den Fällen, wo funktionierende Hausgemeinschaften zu existieren scheinen, führen Mieter*innen diese als wichtigen Aspekt ihrer Wohn- und Lebensqualität an. Der interviewte Bewohner und

Landtagsabgeordnete merkt an: »Man muss vielleicht neue Kommunikationsräume schaffen, wo man die Leute wieder zusammenbringen kann« (Interview 15). Im Sinne einer aktivierenden Quartiersarbeit scheint diese Anregung ein zentraler Ansatz zu sein.

Auffällig im gesammelten Gesprächsmaterial ist, dass abgesehen von einzelnen Konflikten (beispielsweise um Müll oder die Parksituation) von keinen regelmäßigen unangenehmen oder negativen Erfahrungen im Wohnumfeld berichtet wird. Die Nachbar*innen werden gelegentlich als distanziert, mehrheitlich aber als höflich, nett oder hilfsbereit beschrieben. Diese Einschätzung trifft auf alle in der Studie vertretenen Teile Ginnheims zu. Eine Bewohnerin der Franz-Werfel-Straße und Mitglied des Ortsbeirates (Die Linke) bekräftigt: »Aber Probleme, dass mir jemand irgendwelche Frechheiten nachruft, gibt's hier nicht« (Interview 16). Ihren täglichen Eindrücken aus der Jugendhilfe folgend sagt eine Expertin mit Blick auf die Platensiedlung:

»Ich habe das Gefühl, es gibt ein relativ gutes Miteinander im Stadtteil. Also es gibt viele, die sich gegenseitig unterstützen, teilweise natürlich auch mit Verwandtschaftsverhältnissen [...], dort sind viele Familien sehr eng aneinander, das ist das, was mir erzählt wurde [...] so mit dem Kinderschutz was uns ja auch immer wichtig ist, wo man ja in den letzten Monaten schon teilweise Angst hatte, was mit den Kindern passiert, da war die Rückmeldung eher, da gucken auch andere Familien mit darauf. Das fand ich sehr schön zu hören natürlich und hoffe, dass das auch so stattfindet« (Interview 12).

Als vielleicht wichtigster Ausgangspunkt für soziale Kontakte innerhalb der *Housing Area* und Bindeglied zwischen verschiedensten Haushalten im Stadtteil erscheinen ihre Kinder. So unscheinbar das regelmäßige Aufeinandertreffen der Eltern auf den ersten Blick wirkt, die Bedeutung für den Aufbau sozialer Netze im Stadtteil scheint enorm und angesichts fehlender sonstiger Orte des Zusammenkommens nahezu alternativlos. Das Kinder- und Familienzentrum (KiFaZ) Morgenstern sowie Mütter von Kindern der Astrid-Lindgren-Schule haben das Potential dieser niedrigschwelligen Begegnungen erkannt und versuchen, Vernetzungsarbeit insbesondere zwischen Müttern im Stadtteil voranzutreiben. Um Gespräche zu fördern, schenken sie beispielsweise regelmäßig im Freien Tee oder Kaffee aus. Vor den Einrichtungen entstanden so bereits vielzählige Kontakte zwischen Müttern unterschiedlichster sozialstruktureller, nationaler und kultureller Herkunft. Eine ehrenamtlich engagierte und im Rahmen der Studie interviewte Mutter und Mitarbeiterin der Caritas veranstaltet zudem ein regelmäßig stattfindendes Elterncafé im katholischen Gemeindezentrum Sancta Familia. Ungeachtet der katholischen Örtlichkeit kämen Mütter anderer Glaubenszugehörigkeit, insbesondere muslimische, genauso aber konfessionslose Frauen.

»Aber klar hat man Berührungspunkte über Schule, über die Eltern, die man kennt, über Vereine, also die Kinder leben hier, man kann sich auch nicht und soll

sich auch nicht aus dem Weg gehen und das ist natürlich nochmal so ein Paradoxon, was man so sieht, dass da so eine indirekte Zweiklassengesellschaft [besteht]« (Interview 4, Mutter und Bewohnerin).

Das Zitat beschreibt anschaulich, wie über Kinder auch zwischen sozioökonomisch sehr unterschiedlichen Haushalten Verbindungen entstehen, die sich in ihren Alltagswelten trotz der räumlichen Nähe ansonsten kaum begegnen. Die Aussage bekräftigt zudem die Wahrnehmung relativ klar verlaufender sozialer Trennlinien im Stadtteil bzw. im Quartier ebenso wie das folgende Zitat:

»Wenn man jetzt in die Kurhessenstraße weiter reingeht, dann kommen ja die Häuser und dann wohnen da wirklich Ärzte, Richter, also ich habe die jetzt noch nie gesehen, vielleicht beim Elternabend einmal. Da lebt schon jeder so für sich meiner Meinung nach. Aber da, wo ich jetzt wohne, sind die eigentlich schon relativ offen. Weil gegenüber von uns sind auch Häuser, unterschiedliche Berufe, unterschiedlicher Herkunft« (Interview 18, Mutter und Bewohnerin Ginnheim).

Interessanterweise berichten langjährige Mieter*innen der Siedlung von einer besonders starken Bindewirkung der Kinder zur Zeit des Siedlungsbezuges, dass ihre sozialen Kontakte mit dem Aufwachsen der Kinder aber zunehmend abgenommen hätten. Sie empfinden dies jedoch als Anzeichen einer allgemein abnehmenden Kommunikation. Indessen zeigt sich, dass der Mechanismus für die Vernetzung von Eltern mit jüngeren Kindern immer noch genauso bedeutend ist. Vor dem Hintergrund des nach wie vor sehr hohen Anteils junger und kinderreicher Familien gewinnt das beschriebene Phänomen zusätzlich an Relevanz.

Über den Austausch mit weiteren Eltern hinaus werden in den Berichten der Bewohner*innen (auch außerhalb der Platensiedlung) eher vereinzelte Kontakte im Stadtteil ersichtlich, die meist auf ihr spezifisches Engagement zurückzuführen sind. Das entstandene Bild könnte dadurch verzerrt sein, dass ein Großteil der Gesprächspartner*innen durch ein berufliches oder privates Engagement überdurchschnittlich stark in den Stadtteil eingebunden ist und teilweise sehr hohe Bekanntheit im Stadtteil hat. Dies zeigt sich insbesondere bei politischen Akteuren, aber auch in Hinblick auf die Initiator*innen wichtiger Initiativen oder Institutionen. Aus Beschreibungen des allgemeinen Stadtlebens lässt sich hingegen auch oftmals auf weniger ausgeprägte nachbarschaftliche Bindungen schließen. Die Möglichkeiten, abseits von kinderbezogenen Gelegenheiten niedrigschwellig Kontakte zu neuen Bewohner*innen zu knüpfen, seien gering. Dass unverbindlicher Austausch trotz dicht bewohnter Siedlungen im gesamten Stadtteil jedoch selten ist, zeigt sich vor allem als Konsequenz der städtebaulich getrennten Quartiere, der fehlenden Infrastrukturen (siehe dazu Kapitel 6), aber auch allgemeiner gesellschaftlicher Verhältnisse. So vermutet eine Anwohnerin der Franz-Werfel-Straße

Sozialraumanalyse Ginnheim

in ihrer Nachbarschaft beispielsweise Haushalte, in denen zeitliche Ressourcen aufgrund mehrfacher, prekärer Beschäftigungsverhältnisse sehr knapp wären. Als weitere Ursache für fehlende nachbarschaftliche Bindungen sieht sie auch fehlendes Interesse oder anders gewichtete Prioritäten, die auch vor dem Hintergrund individueller Ressourcen und Lebensbedingungen verstanden werden müssten:

»Die Menschen haben hier zum Teil resigniert, also ich finde [...], also ich denke die sind froh, dass sie hier eine günstige Wohnung haben und fühlen sich einigermaßen wohl, engagieren sich in ihrem Umfeld aber auch nicht, weil sie genug zu tun haben« (Interview 16).

Eine andere Bewohnerin der Platensiedlung berichtet von Lebensweisen, die sie innerhalb einzelner Kulturkreise beobachten würde:

»Also nicht dieses stark nach außen und pluralistische, sondern eher in einen Schutzraum, zurückgezogene und subkulturbildende Zurückziehen, das erlebe ich hier auch. Also sprich, dass Frauen, Männer, Familien aus den verschiedenen Kulturkreisen eben auch in ihren Kulturkreisen bleiben« (Interview 13).

Angesichts der sozialstrukturellen Heterogenität, der Pluralität an Lebensweisen und kulturellen Vorstellungen sowie der hohen Dichte im Quartier Platensiedlung erscheinen Abgrenzungen und der Rückzug ins Private problematisch – gemeinschaftliche Interaktion und Verständigung indessen als besonders notwendig. Eine Anwohnerin der Steuben-Siedlung weist darauf hin: »Sich Begegnen muss gewollt sein, das passiert nicht einfach so« (Interview 17). Neben dem notwendigen Willen setzt Kommunikation Gelegenheiten voraus, die in spezifischen Angeboten, aber eben auch örtlichen Möglichkeitsräumen bestehen. Hier zeigt das gesammelte Material am deutlichsten Defizite des Stadtteils auf.

»Wenn man in den Adler geht zum Beispiel, das ist ja eher so dann intern, da trifft man ja keine fremden Menschen jetzt oder so und ja ansonsten halt mit Kindern auf dem Spielplatz irgendwie so oder in Parks, dann kann man schon mal jemanden treffen dann und ins Gespräch kommen, wenn man Kinder hat, aber ansonsten finde ich es echt auch schwierig, wo geht man dann hin und wo kann man auch Leute kennenlernen« (Interview).

Im gesamten Stadtteil scheint die Ausbildung nachbarschaftlicher Beziehungen negativ durch fehlende Begegnungsorte (siehe Kapitel 6.1) und Einladungen zum Verweilen im öffentlichen Raum beeinflusst. Angesichts dieser ohnehin schlechten Ausstattung mit gemeinschaftlich nutzbaren Infrastrukturen stellt sich der Abbau der früher so charak-

teristischen, öffentlichen Grillpavillons der *Housing Area* sowie das allgemeine Grillverbot²⁸ für fast alle Anwohner*innen als unverständlich und kontraproduktiv dar. Gerade durch Strukturen wie die Grillpavillons oder die Gemeinschaftsräume im Dachgeschoss einiger Häuser der Siedlung wäre das Entstehen nachbarschaftlicher Kontakte nahezu institutionalisiert gewesen – so ein Anwohner.

»Lasst uns mal im Sommer mit allen, die in dieser Nachbarschaft leben, mal zusammenkommen, da ist ja genug Grünanlage, aber man darf nicht mehr Grillen. Das ist ja auch Schwachsinn« (Interview 15, Anwohner Platensiedlung und Landtagsabgeordneter).

Gerade vor dem Hintergrund der beschriebenen Situation übernehmen viele der in die Studie über Interviews eingebundenen ehrenamtlichen Initiativen und professionellen Institutionen eine ganz wesentliche Funktion dafür, trotzdem nachbarschaftliche Kontakte zu initiieren und offene Angebote bereitzustellen.

5.3 Identifikation mit dem Stadtteil und seinen Quartieren

In starkem Zusammenhang mit der Bereitschaft, nachbarschaftliche Beziehungen aufzubauen, gemeinsam an der Bewältigung bestehender sozialer Probleme (Kapitel 6.5) im Stadtteil zu arbeiten oder sich ehrenamtlich zu engagieren, wird die Identifikation der Bewohner*innen mit ihrem Lebensraum betrachtet. Auch in diesem Punkt muss vorab einschränkend auf die besonderen Positionen der Schlüsselpersonen verwiesen werden, da Identifikation als mögliche Ursache, insbesondere aber auch als Resultat freiwilligen Engagements verstanden werden kann. Diese Annahme bestätigt sich in den Berichten der Interviewpartner*innen, welche sich in vielen, jedoch nicht allen Fällen mit ihrem jeweiligen Wohnumfeld identifizieren können. Teilweise offenbart sich in ihren Schilderungen jedoch auch eine darüberhinausgehende Motivation, die ortsunabhängig scheint und einer eher generellen Werteorientierung folgt. Fehlende Identifikation wäre den Berichten der Schlüsselpersonen folgend unter anderen Bewohner*innen jedoch stärker ausgeprägt. Während langjährige Bewohner*innen ein tendenziell starkes räumliches Zugehörigkeitsgefühl haben, scheinen unter jüngeren Bewohner*innen oftmals die fehlenden positiv oder mit Urbanität besetzten Orte Ursache für eher geringe Identifikationsmöglichkeiten zu sein. Übergreifend zeigt sich, dass Bindungs- oder Identifikationsmöglichkeiten eher zu einzelnen Quartieren Ginnheims bestehen, kaum jedoch zum gesamten Stadtteil.

Besonders deutlich wird, dass Bewohner*innen Alt-Ginnheims und der *Housing Area* das jeweils andere Quartier als generell unterschiedliches Wohnumfeld wahrnehmen, gegenüber dem eher Abgrenzungen erfolgen. Dabei ist von grundsätzlichen anderen

²⁸ An das allgemein verhängte Grillverbot auf öffentlichen Plätzen der Stadt Frankfurt geknüpft.

Strukturen oder Lebensweisen die Rede, wodurch Annäherung beider Teile erschwert bleiben dürfte.

»Die Stadt Frankfurt hat in den 90er Jahren beschlossen, dass die Platensiedlung Ginnheim ist und so wird das-, ich persönlich ganz subjektiv sage, die Platensiedlung ist nicht Ginnheim, das ist meine subjektive, mentale Einstellung« (Interview 5, Bewohnerin *Housing Area*).

Fehlende Identifikation mit dem Stadtteil scheint dabei von den räumlichen Trennungen, von sozialstrukturellen Unterschieden, aber auch von der disparat verlaufenen Historie einzelner Teile geprägt zu sein. Analog zur Wahrnehmung sozialstruktureller Trennlinien wird auch innerhalb der Platensiedlung der jeweilige (untere oder obere) Teil als persönliches Bezugsfeld und auch als Identifikationsort empfunden. Dies scheint an beiden Wohnorten in gleichem Maß gültig zu sein. In Berichten von Bewohner*innen des oberen Teils der Platensiedlung werden zudem noch eher Bezüge zu Ginnheim als Stadtteil oder zum benachbarten Dornbusch deutlich. Eine engagierte Bewohnerin und Gründerin von SaloonY e.V. sieht diese Trennung als problematisch an und setzt ihr Engagement auch bewusst für eine verbindende Wahrnehmung der Siedlung ein. Andere Bewohner*innen zeigen mehr oder weniger explizit Abgrenzungsverhalten gegenüber »sozial-schwachen«, in entgegengesetzter Richtung aber ebenso gegenüber privilegierteren Quartieren.

Auch Formen der Identifikation, die auf einem negativ besetzten Bild der Quartiere basieren, werden sichtbar. Zwei Interviewpartnerinnen berichten, dass die Vernachlässigung der Siedlung seitens der Vermieterin ein negatives Bild bei den Bewohner*innen und einen schlechteren Umgang mit dem Wohn- und öffentlichen Raum bewirke. Sie interpretieren beispielsweise Müllanhäufungen im öffentlichen Raum oder den unsachgemäßen Umgang mit Dingen als Konsequenz einer beobachteten Geringschätzung des eigenen Wohnumfeldes. Ein ähnliches Phänomen, welches sich vor allem unter Jugendlichen der Platensiedlung sowie nahe der U-Bahn-Station Ginnheim zu zeigen scheint, ist eine Identifikation mit dem Wohnumfeld, welche auf der Aneignung kursierender Stigmata (»das Ghetto« oder »die kriminellen Jugendlichen«) basiert. In Berichten verschiedener Interviewpartner*innen, aber auch medial (beispielsweise in selbstgedrehten Musikvideos) finden sich diese Aneignungs- und Identifikationsformen wieder.

Ein anderer Umgang mit diesen Zuschreibungen (siehe 5.5.2) zeigt sich darin, dass Menschen ganz bewusst in die Platensiedlung gezogen sind, um damit bestehende Stigmata und Vorurteile aufzubrechen. Aus einem solchen sozial und politisch geprägten Motiv zog beispielsweise der frühere Stadtverordnete Rudi Baumgärtner (SPD) in die Siedlung, dessen jahrzehntelanges Engagement auch heute noch viel Ansehen im Stadtteil genießt. Auch das Fotoprojekt mit Kindern und Jugendlichen »König von Ginnheim«

des vorhergehenden Quartiersmanagers stellte eine performative Aneignung »des Königlichen« und eine positive Umdeutung bestehender Bilder der Platensiedlung dar. Für ein aktives Aufbrechen der teilweise verhärtet wirkenden und auf Abgrenzung setzenden Zugehörigkeitsgefühle von Bewohner*innen einzelner Siedlungsteile setzen sich jedoch gerade die jungen, selbstorganisierten Initiativen im Stadtteil wie SaloonY e.V., das Elterncafé, der Zirkus Zarakali und Jamii e.V. ein. Eine Bewohnerin der Platensiedlung und Gründerin des Zirkus Zarakali kommentiert:

»Sichtbar wird das auch viel durch eine Arbeit, die zum Beispiel SaloonY oder insbesondere die Person G. gemacht hat, die maßgeblich für Inklusion und Zusammenwirken von vielen arbeitet und das macht auch noch eine, also formt glaube ich perspektivisch, langfristig könnte es eine Gemeinschaft formen, die sich darüber hinaus identifiziert, mit hier diesem Sozialraum und sich nicht weiterhin versteckt in ›wir sind die afghanischen, wir sind die pakistanischen und marokkanisch und eritreisch‹ und whatever else, wo die Menschen überall herkommen. Also diesen, diesen Moment von darüber hinaus, über meinen eigenen Tellerrand hinweg, erlebe ich eigentlich erst in allerjüngster Vergangenheit« (Interview 13).

Das Zitat verdeutlicht wie Initiativen, aktuell maßgeblich SaloonY e.V., über die Inklusion von Bewohner*innen hinaus, zu einer neuen und grundlegend einschließenden (nicht ausschließenden) Konzeption von Gemeinschaft beitragen können, die sich gerade aus der Heterogenität des Quartiers speist. Die Idee eines auf diese Weise neu gedachten »Wir«, im Sinne aller Bewohner*innen einer konkreten Nachbarschaft, scheint angesichts der skizzierten Ausgangslage der Platensiedlung großes Potential entfalten zu können. Ein stärkeres Zusammenwachsen des gesamten Stadtteils wird angesichts der aktuellen Wegführung, sozialstruktureller Disparitäten und mangelnder attraktiver Infrastrukturen und Begegnungsorte jedoch noch überwiegend als fernes Ziel erachtet.

»Ich weiß gar nicht, ob das Zusammenleben in Ginnheim jetzt so Ziel sein sollte, vielleicht sollte man einfach sagen, wir zerschneiden diesen Stadtteil nochmal, weil räumlich logisch, den Anbindungen, die es räumlich gibt, die laufen ja eigentlich in Richtung Eschersheim vom Dorf aus gesehen« (Interview 6, Gemeindepfarrer Ginnheim).

Entgegengesetzt könnte die Aussage ein Argument dafür sein, dass der Idee eines stärker zusammenwachsenden Stadtteils Ginnheim zunächst substanzielle Verbindungen und Überschneidungen städtebaulicher, kultureller und sozialer Art vorausgehen müssten.

5.4 Perspektiven von Jugendlichen

»Jugendliche sind halt auch immer die Vergessenen. Jugendliche stören immer, die machen Dreck, die sind laut, die sind kriminell oder das ist immer so dieser Ansatz, von denen Planung allgemein an Jugendliche herantritt« (Interview 12, Mitarbeiterin eines Trägers der Jugendhilfe).

Da aufgrund der Corona-Pandemie leider keine Gruppendiskussionen im Rahmen der Studie möglich waren, basieren die Argumente dieses Abschnitts hauptsächlich auf Aussagen von verschiedenen Expert*innen im Stadtteil, die ehrenamtlich oder professionell mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Da der Perspektive von Jugendlichen somit hier nur indirekt und vermittelt Raum gegeben werden kann, wären weitere Erhebungen, die etwa mit Jugendlichen kooperativ entwickelt und durchgeführt werden, sinnvoll und anzuraten.

Wie das Zitat andeutet, scheinen Jugendliche generell die gesellschaftliche Gruppe zu sein, die zwar einerseits sehr spezifische Bedürfnisse und Anforderungen an einen Stadtteil hat, andererseits in Planungs- und Gestaltungsprozessen oft außen vorgelassen wird. Dadurch stehen ihnen meist keine passenden Räume zur Verfügung, ihr Aufenthalt im öffentlichen Raum wird hingegen oft als störend empfunden. Im Fall Ginnheims, insbesondere mit Blick auf die Platensiedlung, scheint der Aufenthalt von Jugendlichen im öffentlichen Raum zusätzlich negativ konnotiert zu sein, beispielsweise mit Vandalismus oder Kriminalität. Vor allem lokale Medienberichte zeichnen hier ein teilweise sehr verkürztes, pauschalisierendes Bild des Stadtteils, meist in Bezug zur ansässigen Jugend (FNP 2018a, FNP 2018b). Viele Anwohner*innen betrachten das Thema jedoch deutlich differenzierter.

Das JUZ Ginnheim bemühte sich bereits in der Vergangenheit sehr aktiv die Perspektiven von Jugendlichen im Stadtteil einzufangen: in ihrer alltäglichen Arbeit, aber auch durch aufsuchende Gespräche. Der so entstandene Wissensfundus kann auch vom Quartiersmanagement genutzt werden. Eine Umfrage des JUZ im Rahmen des »Wunschkonzertes« (2020) warf einige Schlaglichter auf die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen aus der Platensiedlung. Das sich dabei ergebende Bild der Siedlung ist sowohl von eindeutig negativen als auch positiven Aspekten gezeichnet. Manche Jugendliche mit Migrationshintergrund beschreiben, eine Diskriminierung und Stigmatisierung aufgrund der eigenen bzw. der Herkunft ihrer Eltern zu spüren. Gleichzeitig berichten sie, innerhalb des Stadtteils Spannungen, Konflikte oder auch Aggression wahrzunehmen. Einige vermuten Kriminalität innerhalb der Siedlung, ein Jugendlicher bezeichnet die Siedlung als »asozial«. Die starke Polizeipräsenz der letzten Jahre wird in Teilen als positiv erachtet, teilweise aber als zusätzliche Beunruhigung empfunden. Gleichzeitig vermittelt die Umfrage, dass viele der Befragten positive Gefühle für ihren

Wohnort hegen: Sie beziehen sich darin auf die (kulturelle) Vielfalt unter den Bewohner*innen, auf die Lebendigkeit im Viertel und auf gegenseitige Toleranz. Einige Aussagen heben die Verlässlichkeit, den Zusammenhalt und die Familiarität zwischen Nachbar*innen hervor. Zudem wird der Wegfall der Schranke am Ende der Franz-Werfel-Straße von ihnen begrüßt, als störender Aspekt jedoch der anhaltende Baulärm der Nachverdichtung empfunden.

Die Trainer*innen des Sportvereins Budokwan e.V. können ergänzend berichten, dass Kinder und Jugendliche der Siedlung generell zu wenige Anlaufstellen im Stadtteil haben und (auch infolgedessen) viel Zeit zuhause verbringen – eine Tendenz, die sich gerade in der Pandemie deutlich verstärkt hätte.

Die Jugendzentren (JUZ Ginnheim und Jugendclub Stefan-Zweig-Straße) scheinen für die Bedürfnisse von Jugendlichen prinzipiell sehr gut aufgestellt zu sein – sowohl hinsichtlich des Konzepts, der Ausstattung und des erfahrenen Fachpersonals. Viele Jugendliche des Stadtteils scheinen dort einen zentralen Anlaufpunkt gefunden zu haben, der neben Aufenthaltsqualität auch sozialpädagogische Unterstützung in verschiedensten Lebenslagen bietet. Aus Berichten geht hervor, dass die beiden Einrichtungen gerade auch für sozial benachteiligte Jugendliche des Stadtteils ein umfassendes Angebot (sozialpädagogische Betreuung, warme Malzeiten, diverse Workshops zu Musik und anderen Themen, Möglichkeiten für Kraftsport, Hausaufgabenbetreuung, Bewerbungshilfe, Jugenddiskothek etc.) bereitstellen und in deren Alltag eine verlässliche Konstante sind.

Durch kulturelle Angebote versuchen selbstorganisierte Initiativen wie SaloonY e.V. (siehe Kapitel 8) zunehmend – wenn auch mit begrenzten ehrenamtlichen Mitteln –, die bestehenden Lücken im Angebot für Kinder und Jugendliche etwas zu füllen, beispielsweise über Workshops im Bereich Musik und Tanz. Auch gemeinsame Projekte des Zirkus Zarakali, SaloonY e.V., des Jugendzentrums, der Astrid-Lindgren-Schule sowie des Nachbarschaftszentrums konnten bisher zumindest temporär einige attraktive Angebote schaffen.

»Das sehe ich auch ganz klar, dass da zu wenig Angebote, sei es für Jugendliche oder auch kleinere Kinder da sind [...]. Aber so für Jugendliche ist es da echt schwer, was zu finden, sei es Verein oder ja irgendwie ein Treffpunkt« (Interview 23, Schutzmann vor Ort).

Die wenigen sportlichen Angebote, vor allem im Bereich der *Housing Area*, scheinen unter einer schlechten Ausstattung bzw. fehlenden adäquaten Trainingsräumen zu leiden. Dies bezieht sich auf die Fußballplätze in der Nähe der Bundesbank, die offenbar von kleineren Vereinen genutzt werden, den öffentlichen Basketballplatz und insbesondere den Kampfsportverein Budokwan e.V., welcher in der *Housing Area* und speziell der Platensiedlung als wichtigster Sportverein für Kinder und Jugendliche gilt. Mittler-

weile nicht mehr in der Platensiedlung existent ist der BMX- und Skateverein »Stahlfräse«. Ein vielseitiges Bewegungs- und Kulturprogramm für Kinder und Jugendliche bietet sicherlich der Zirkus Zarakali, auch in zentralster Lage der Platensiedlung. Das überregional außergewöhnliche Angebot scheint Berichten von Anwohner*innen zufolge allerdings nicht mehrheitlich²⁹ durch Kinder der umliegenden Wohngegend genutzt zu werden.

»Gerade Kultur ist eine Sache, die gibt es in Ginnheim eigentlich nicht. Gerade Quartiersmanagement versucht so ein bisschen da mal was zu bieten, SaloonY als Initiative macht viel, aber das sind ja auch die einzigen Punkte. Von städtischer Seite sind es wenig Angebote, die gemacht werden. Es gibt so ein paar Leuchtturmprojekte wie den Zirkus oder Colorado Spielplatz, die ja schon dann da sind. Wobei der Zirkus für unsere Kinder ein großes Hindernis darstellt, die gehen da nicht hin leider, was total schade ist« (Interview 12, Mitarbeiterin eines Trägers der Jugendhilfe).

Die Expertin spricht sich daher dafür aus, in Kooperationen zwischen verschiedenen Institutionen, bspw. zwischen der Astrid-Lindgren-Schule, dem Quartiersmanagement und dem Zirkus, zu überlegen, wie wieder verstärkt Kinder der Nachbarschaft angesprochen werden könnten. Für (ältere) Jugendliche der Platensiedlung scheinen jedoch kaum Angebote zu existieren. Gerade Angebote im Bereich Kraft- und Kampfsport, Tanzen sowie aktueller Jugend- und Musikkultur (Rap, HipHop, Graffiti) scheinen von Jugendlichen nachgefragt bzw. dankend angenommen und zahlreich frequentiert zu werden. SaloonY e.V. und das JUZ Ginnheim setzen dabei auch auf Kooperation mit Pädagog*innen und Künstler*innen von außerhalb, wodurch vielversprechende Projekte entstanden sind. Diese Herangehensweise sollte, dem bisherigen Zuspruch folgend, in jedem Fall weiter ausgebaut werden.

Der ehemalige Quartiersmanager (bis 2007) verweist darauf, dass die übrigen Sportflächen – welche im Rahmen des Projektes *Grünes Y* aufgewertet werden sollen – auch in selbstorganisierten Trainingsgruppen (Basketball, Fußball, zukünftig evtl. Kraftsport an Reckstangenanlage) genutzt werden könnten. Das Quartiersmanagement hätte bereits früher gute Erfahrungen damit gemacht, die Ausbildung von Übungsleitern zu unterstützen oder ihnen Trainingseinheiten zu vergüten.

Unter Jugendlichen sehr beliebt waren auch bisherige Feste im öffentlichen Raum, so auf der zentralen Wiese der Platensiedlung und im Innenhof des Wohnkomplexes Ginnheimer Landstraße. Generell kamen verschiedensten Berichten folgend die bisherigen Veranstaltungen im Stadtteil (beispielsweise Open Air Kino sowie Sommerfeste des

²⁹ Nach einer eigenen Erhebung des Zirkus Zarakali im Jahr 2017 lag der Anteil von Kindern aus Ginnheim und direkt angrenzenden Stadtteilen bei 40 Prozent.

Quartiersmanagements und JUZ, »Wunschkonzert« 2020, weitere Musikveranstaltungen) bei fast allen Altersgruppen sehr gut an. Die Veranstaltungen wurden auch unter Beteiligung der Jugendlichen konzipiert und umgesetzt, im Sinne von Auftritten (Rap, Singen, Tanz), aber auch von Schichten für Aufbau oder den Verkauf von Speisen. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Angebote auch einer zielgruppengerechten Ansprache und Ausgestaltung bedürfen. Soziale Trennlinien scheinen auch bei Jugendlichen in Bezug auf Veranstaltungen zu existieren.

Besondere Aufmerksamkeit im Rahmen des Quartiersmanagements wird sicherlich weiterhin den Perspektiven und Lebensrealitäten sozial benachteiligter Jugendlicher im Stadtteil gelten müssen. Im Gespräch beschreiben ehrenamtlich in Vereinen Aktive sowie professionelle Expert*innen, wie schwierig es sich gestaltet, gerade unter Bedingungen der Pandemie Kontakt aufrechtzuhalten:

»Und da hatten wir auch schon so das Gefühl, dass wir den Kontakt zu den Jugendlichen verlieren, dass es den Jugendlichen überhaupt nicht guttut nur draußen rumzuhängen, dann mit Leuten, die keinen guten Einfluss haben [...], die Struktur war weg« (Interview 22).

Auch die schulische Belastung habe in der aktuellen Situation deutlich zugenommen. Der Trainer von Budokwan e.V. berichtet, dass viele Kinder und Jugendliche durch die Pandemie zunehmend lethargische Verhaltensweisen zeigten, sich teilweise wenig bewegen würden und auch von Online-Trainingsstunden nur schwer zu erreichen wären. Mehrere Gesprächspartner*innen sind der Ansicht, dass sich eine gefühlte Perspektivlosigkeit einiger Jugendlicher im Stadtteil in Zeiten der Pandemie potenziere. Da viele Kinder und Jugendliche (gezwungenermaßen) aktuell sehr zurückgezogen leben würden, seien Einblicke in ihre Lebenswelt für Institutionen der Jugend- und Sozialarbeit im Moment enorm erschwert. Insgesamt besteht eine zentrale Herausforderung für die Jugend-, aber auch die Quartiersarbeit darin, Zugänge zu dieser bislang schwierig zu erreichenden Zielgruppe zu schaffen.

Gruppendynamiken von Jugendlichen insbesondere innerhalb der Platensiedlung werden von vielen Anwohner*innen als herausfordernd wahrgenommen. Ein Anwohner beschreibt, der Kontakt zu Jugendlichen aus sozial benachteiligten Elternhäusern sei oft sehr schwierig und für Leute ohne spezielle (»interkulturelle«) Kompetenzen und interaktives Geschick (durch fachliche Ausbildung aber auch eigene Lebenserfahrung) schwer zu leisten: »Quartiersmanager haben keinen Kontakt zu solchen Jugendlichen« (Interview 15). Das verweist auch auf die spezielle Funktion aufsuchender Jugendarbeit, die gleichzeitig als Bindeglied zwischen sozial benachteiligten Jugendlichen und existierenden Institutionen wirken kann. Um Kinder und Jugendliche verstärkt zu erreichen,

wäre es notwendig, geeignete Mittel zu finden, um bestehende Abgrenzungsmechanismen zu durchbrechen, die oftmals sehr spezifische charakterliche und persönliche Kompetenzen zu erfordern scheinen.

Mit Blick auf die Kinder der Siedlung Platenstraße schildern beide Trainer*innen des Vereins Budokwan e.V. besondere Förderbedarfe, die sich während ihrer wöchentlichen Trainingsstunden äußern. Im Verhalten der Kinder würden sich ein ungewöhnlich hohes Maß an Unausgeglichenheit und teilweise auch Aggression, gegenseitige Abgrenzungsmechanismen (dazu 5.5.3), aber in vielen Fällen auch sichtbare Defizite an persönlicher Zuwendung zeigen.

»Wir sehen einfach nur immer wenn die Kinder zu uns ins Training kommen, dass die teilweise erst mal richtig ausgepowert werden müssen, damit sie mal wieder, als wären sie die ganze Zeit sozusagen gefangen und jetzt müssen sie mal richtig raus [...]. Dass man den Kindern diese Liebe und diese Zusammengehörigkeit schenken muss, das ist auch wo ich immer sehr viel Angst habe, gerade in der heutigen Zeit, aber die Kinder, die hängen regelrecht am Cristobal³⁰ [...] die kommen, da wird gedrückt, wie so ein Affenbaby, das an seiner Mutter hängt, so hängen die Kinder an Cristobal* [...]. Man will den Kindern alles geben, aber man darf eigentlich nicht, weil es könnte auch falsch verstanden werden. Aber die Kinder, die fordern das regelrecht ein, die fordern das [...]. Wir sagen immer, bitte geht weg, bitte geht ein Stück zurück, nicht so nah, lasst den Cristobal* in Ruhe, aber kaum, dass wir es gesagt haben, hängen sie schon wieder an ihm dran. Weil sie einfach diese Wärme, dieses Gefühl zuhause nicht kriegen« (Interview 20, Trainerin Budokwan).

Die Trainerin verdeutlicht, dass die besonderen Bedarfe der Kinder sie vor Aufgaben stellen würden, die weit über die eines normalen Sporttrainings hinaus in eine sozialpädagogische Arbeit hinreichen. In Ginnheim wäre dieses Phänomen sehr viel stärker sichtbar als an anderen Trainingsorten:

»Das ist wirklich so krass, das habe ich noch nie erlebt, in Bad Homburg ist das auch, aber ganz gering, aber in Ginnheim ist es wirklich richtig, also sowas habe ich noch nicht erlebt« (Interview 20).

5.5 Soziale und sozialstrukturelle Probleme

Aus den bisherigen Abschnitten, insbesondere zu Sozialstruktur, Nachbarschaft und der Perspektive von Jugendlichen geht bereits hervor, dass in einigen Teilen des Stadtteils konzentriert sozial benachteiligte oder marginalisierte Haushalte leben, darunter Men-

³⁰ *Name geändert.

schen mit Fluchthintergrund, ressourcenschwache Haushalte, im Speziellen Alleinerziehende und Großfamilien sowie durch prekäre Beschäftigungsformen belastete Personen. Auf einige daraus resultierende soziale Herausforderungen und Problematiken wurde bereits verwiesen, wie etwa Sprachbarrieren zwischen Bewohner*innen im Stadtteil und gegenüber Ämtern und Behörden. Punktuelle Konzentrationen sozialbenachteiligter Haushalte, welche als homogene Bewohnerstruktur mit fehlender sozialer Durchmischung wahrgenommen werden, scheinen den Austausch unterschiedlicher Personengruppen zu erschweren und Abgrenzungsmechanismen zwischen Personen verschiedener Herkunftsländer, mit unterschiedlichen Religionen oder Kulturvorstellungen sowie mit unterschiedlich starken Ressourcenausstattungen zu befördern. Unter Kindern und Jugendlichen scheint die sozialräumliche Segregation teilweise mit fehlenden positiven Perspektiven (darunter auch schulische oder berufliche) und konfliktiven Verhaltensweisen in Verbindung zu stehen. Im folgenden Abschnitt sollen exemplarisch einige soziale Phänomene umrissen werden, die von den Interviewpartner*innen als besonders präsent oder problematisch wahrgenommen werden. Es wird danach gefragt, wie sich soziale Probleme äußern, aber auch danach, ob sich bestimmte Mechanismen als ursächlich oder auch als konservierend identifizieren lassen.

5.5.1 Soziale Benachteiligung und Segregation

Eine für den gesamten Stadtteil zutreffende und sehr prägnante Beobachtung stellen die geschilderten sozioökonomischen Disparitäten dar, die sich u.a. als Segregation sozial benachteiligter Gruppen äußern. Die Wahrnehmung dieser Trennlinien folgt in vielen Aspekten den sichtbaren baulichen Unterschieden sowie der Verteilung von gefördertem Wohnraum. Viele der im Folgenden beschriebenen Aspekte nehmen auf die Platensiedlung Bezug, lassen sich aber in einigen Punkten vermutlich ebenso auf den Wohnkomplex Ginnheimer Landstraße übertragen, den jedoch nur ein kleinerer Teil der Interviewpartner*innen besser zu kennen scheint.

Der Wohnblock Ginnheimer Landstraße ist baulich stark isoliert. Darüber hinaus scheinen die interviewten Privatpersonen, Initiativen oder Institutionen nur vereinzelt Kontakte zu Bewohner*innen des Wohnkomplexes zu haben. Mit Blick auf die Platensiedlung beschreiben Bewohner*innen eine weniger sichtbare Trennlinie der Siedlung in einen nördlichen und einen südlichen Teil. Die Analyse der Wegeführung und Bewegungsmuster im Stadtteil verdeutlicht aber ebenso eine manifeste Isolation des südlichen Siedlungsteils.

»Das sind alles in sich geschlossene Straßen in der Siedlung. Von daher glaube ich, dass gar nicht so viele Externe die Platensiedlung täglich oder wöchentlich erleben« (Interview 6, Gemeindepfarrer).

Sozialraumanalyse Ginnheim

»Und es ist auch wieder eine strukturelle, gemachte Situation dadurch, dass das bis vor wenigen Monaten Sackgasse war, hat da einfach niemand einen Grund gehabt, einen Fuß über die Franz-Werfel zu bewegen« (Interview 13, Bewohnerin Platenstraße).

Wie stark die wahrgenommene Spaltung und wie drastisch sich das Bild des südlichen Siedlungsteils für manche Bewohner*innen (unmittelbar) angrenzender Quartiere darstellt, verdeutlicht das Zitat einer Anwohnerin, die selbst im Stadtteil engagiert ist:

»Wir wohnen tatsächlich in so einer kleinen Blase, fast schon kann man sagen, mitten im Brennpunkt, die davon nicht betroffen sind, ne also zumindest nicht direkt von den Nachbarn, sondern tatsächlich nur, weil man über die Straße geht und dann es losgeht, also ich wohne nicht mittendrin« (Interview 4).

Auch die Bezeichnung »Brennpunkt« ist charakteristisch für die punktuelle Lokalisierung sozialer Probleme im Stadtteil und impliziert eine gefährdende Wirkung. Dass jedoch auch andere Quartiere als sozialstrukturell homogen und sozial abgeschieden erlebt werden, zeigt das Zitat einer Anwohnerin der Platensiedlung mit Blick nach Alt-Ginnheim bzw. ins benachbarte Dichterviertel (Stadtteil Dornbusch):

»Die Menschen sind halt in der Regel besser situiert, aber ob sie deswegen die besseren Menschen sind, das würde ich bezweifeln [...]. Also ich sag mal Dichterviertel, [...] das sind halt meiner Meinung nach relativ konservative Quartiere (.) und ja, sagen wir mal Dichterviertel und Franz-Werfel-Straße zusammenzubringen- [*Fragender Blick*] [...] die meisten sind da schon etwas anders drauf [...] da leben vor allem halt Bürgers und Leute, die etwas mehr Geld haben« (Interview 16).

Die Bewohnerin und Gründerin des Vereins SaloonY e.V. macht darauf aufmerksam, dass viele der beschriebenen Trennlinien seit Jahrzehnten – bedingt durch die historische Entwicklung des Stadtteils sowie politische Entscheidungen – fest als »mentale Grenzen« (Interview 5) verankert sind. Im Forschungsprozess haben sich zudem auch Mechanismen und Faktoren abgezeichnet, die zu einer Stabilisierung oder Reproduktion bestehender Disparitäten und der Segregation innerhalb des Stadtteils beizutragen scheinen. Eine ganz offensichtliche Trennung sozialstrukturell unterschiedlicher Bewohner*innen im Stadtteil erfolgt anhand der Aufteilung der Schulbezirke. Wie deutlich die Einzugsgebiete der Schulen mit den skizzierten sozialstrukturellen Grenzen übereinstimmen, veranschaulichen die folgenden beiden Zitate:

«In der Astrid-Lindgren-Schule sind es nur die Siedlungsblöcke³¹ und dann ist die Eichendorffstraße mit den schönen Bauten und das ist dann nicht mehr Astrid-

³¹ Die Interviewpartnerin ergänzte später, dass auch das Quartier zwischen Bundesbank und Miquelallee zum Einzugsgebiet gehöre, sozialstrukturell aber der Platensiedlung ähnlich wäre.

Lindgren-Schule. Die gehen tatsächlich über die große Eschersheimer Landstraße auf die Heinrich-Seligler-Schule. Auch das, finde ich, sagt ja schon manchmal was aus, wenn so Grenzen nach Häusern oder ja, nach Lebenssituationen im Endeffekt vergeben werden« (Interview).

»Also wenn man diesen Schulbezirk von der Astrid-Lindgren-Schule sieht, das hat ja eine sehr skurrile Form, ganz länglich gezogen durch die Platensiedlung« (Interview 6, Gemeindepfarrer).

Den Interviewten zufolge besuchen Kinder aus oftmals einkommensstärkeren Familien im direkt angrenzenden Dornbusch dadurch eine andere Schule. Dass trotz der offensichtlichen Problematik und deren Aufzeigen durch Fachpersonal weiterhin nichts an den Einzugsgebieten geändert würde, führen viele der Interviewpartner*innen auf den Einfluss politischer Kräfte im Stadtteil zurück:

»Durch kleine Maßnahmen hätte man eine wesentlich bessere soziale Durchmischung hergestellt, aber man hat sich irgendwie von konservativen Kräften bestimmen lassen« (Interview 6, Gemeindepfarrer).

Als Konsequenz dieser Segregation – so berichten Eltern, aber auch Fachpersonal – würden Familien versuchen, ihre Kinder – wenn irgendwie möglich – doch auf anderen Schulen unterzubringen. Eine Ortsbeirätin schildert, dass Familien – sofern ihnen möglich – sogar ihre Wohnentscheidungen nach den Einzugsgebieten der Schulen ausrichten würden. Dahinter stünde die Befürchtung, Kindern durch eine Schulbildung in einem sozial benachteiligten Umfeld Chancen zu verstellen. Eine Mutter berichtet:

»Meine Tochter besucht zum Beispiel jetzt die Einrichtung in der Platensiedlung. Aber ich merke das auch an den Schulen, dass die Mütter gekämpft haben, dass ihre Kinder, die in der Platensiedlung wohnen, in die Diesterwegschule kommen anstatt in die Astrid-Lindgren-Schule« (Interview 18).

Die Befürchtungen vieler, oft neu zugezogener Eltern würden zudem durch die bestehende Stigmatisierung der Platensiedlung beeinflusst.

»Dann sagte die Nachbarschaft: ›Auf keinen Fall in der Platenstraße, auf keinen Fall in der Astrid-Lindgren-Schule, tut alles damit euer Kind in die Diesterwegschule [...], tut alles damit das Kind dahin kommt [...] Weil das alles ganz schlimm ist. Dein Kind lernt kein Deutsch, da sind lauter Drogendealer« [...]. Also es wurde wirklich wie eine Generalansage« (Interview 5, Mutter und Bewohnerin).

In der Tat führe die hohe Konzentration von Kindern mit sprachlichen Defiziten³² und aus sozial benachteiligten Familien zu einer Ausgangslage, die schulische Leistungen der

³² Einer Bewohnerin und Ortsbeirätin zufolge hätte die Astrid-Lindgren-Schule zeitweise einen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund von 70 bis 90 Prozent gehabt.

Sozialraumanalyse Ginnheim

Kinder mitunter erschwert und große Herausforderungen an die pädagogische Arbeit stellt. Auch die Theater- und Zirkuspädagogin des Jugendzirkus Zarakali weiß aus gemeinsamen Projekten mit der Astrid-Lindgren-Schule, wie schwierig die Arbeit mit Kindern ohne eine gemeinsame stabile Sprachgrundlage ist:

»Wenn dann irgendwie 25 Kinder eben mit Altersgruppe fünf und sechs Jahre kommen, wo es teilweise einfach schwierig ist eine gemeinsame Sprache zu haben. Also das braucht Zeit, das braucht Monate und auch manchmal Jahre« (Interview 13).

Da Bildung natürlich nicht nur aus frontalem Unterricht, sondern auch aus interaktiven Momenten zwischen den Kindern besteht und Freundschaften häufig im Wohn- sowie Schulumfeld entstehen, liegt die konservierende Wirkung dieser gemachten Grenzziehung auf der Hand. Eine Mutter führt weiter an:

»Das sind nochmal Umstände [in Bildungseinrichtung der Platensiedlung], die vielleicht in anderen Einrichtungen vielleicht nicht so häufig aufkommen. Es ist ein offenes Konzept, hier sind sehr viele Kulturen zusammen, es ist teilweise schon ein Defizit an Deutsch vorhanden, das heißt Informationen gehen an den Eltern einfach vorbei, ohne dass man es mitbekommt. Es werden Angebote gemacht, die aber gar nicht angenommen werden, nicht aus Gleichgültigkeit, sondern teilweise auch aus Verständnisproblemen oder auch Missverständnissen« (Interview 4).

Ein Interviewpartner gab im Gespräch an, dass seine Kinder aufgrund des zu hohen Anteils an Kindern mit Migrationshintergrund in einen anderen Sportverein gewechselt wären. Die Aussage unterstreicht die Dynamik von Segregationsprozessen und macht die Strategien sichtbar, wie sich innerhalb des Stadtteils manche wohlhabenderen Haushalte von gesellschaftlich marginalisierten Gruppen abgrenzen. Insgesamt verdeutlicht die Thematik den wechselseitigen und sozial ungleichen Einfluss von Wohnort, individuellen Ressourcen, bestehenden Stigmata und Lebenschancen von Kindern. Viele Interviewte betrachten diese Segregation und die Formen der Ab- und Ausgrenzung als politisch gewollt. Insbesondere aus dem nahegelegenen Dichterviertel hatte es bereits bei Bezug der Siedlung Gegenwehr gegen die geplante Belegung der *Housing Area* mit einem hohen Anteil sozial geförderten Wohnraums gegeben. Zur Durchsetzung der – von Interviewten als »gut bürgerlich« und »konservativ« beschriebenen – Interessenlagen hatte sich damals sogar eine Bürgerinitiative gegründet, die ihre Arbeit auf öffentlichen Druck hin schließlich beigelegt hätte. Aber auch gegenwärtig wird davon ausgegangen, dass weiterhin politische Einflusskräfte auf die Aufrechterhaltung von segregierenden Mechanismen hinwirken.

»Da ist ganz klar und definiert und von CDU ganz stark darauf geachtet, dass die Astrid-Lindgren-Schule keine Klientel zieht ja eigentlich aus der direkten Nachbarschaft, nämlich dem Dichterviertel, sondern die gehen alle entweder auf die Wöhler bzw. Heinrich-Seliger oder runter ins- an den Grüneburgpark [...] also das ist gemacht, dass sich bestimmte Kinder nicht treffen« (Interview 13, Bewohnerin Platensiedlung).

Auch die endgültige Belegung der *Housing Area* wäre möglicherweise Resultat des politischen Drucks aus dem Dornbusch (in der 1990er Jahren), so ein aktuelles Ortsbeiratsmitglied (Die Grünen). Zumindest sei bis heute nicht klar, weshalb im nördlichen Teil des Gebiets – also am nahegelegensten Punkt zum Dichterviertel – der Anteil deutscher Bewohner*innen in Relation immer auffällig hoch gewesen sei (Interview 17). Eine Stellungnahme von politischer Seite oder der Vermieterin läge dazu nicht vor. Eine ungleiche Behandlung von ressourcenstärkeren und -schwächeren Haushalten stellt für eine Anwohnerin auch das bereits erwähnte Aussparen von Balkonen in den Sozialwohnungen der *Housing Area* dar:

»Dann hat man natürlich hier auch Unterschiede gemacht, hier an meinem Block da waren nirgendwo Balkone dran und da haben sie dann nur Balkone drangebracht an den Wohnungen, die sie sozusagen besser vermieten können« (Interview 17).

Soziale Benachteiligung lässt sich dadurch bereits äußerlich am Standard der Wohnungen ablesen. Ein weiteres Zeugnis ungleicher Behandlung seitens der Vermieterin ABG Holding wird im Umgang mit den früheren Grill-Pavillons gesehen. Während diese innerhalb der Platensiedlung komplett abgebaut wurden, verblieb lediglich ein Pavillon im Bereich der Steuben-Siedlung. Interviewpartner*innen führen den Abriss auf die Beobachtung von Vermüllung oder von Streit um die Nutzung zurück. In Folge der Beschwerden weniger Nachbar*innen hätte die ABG den gesamten Bestand der Pavillons mit einer Ausnahme direkt abgerissen. Der Abriss des verbliebenen Pavillons sei mit Hilfe einer Unterschriftensammlung und einer Gesprächsaufnahme mit der ABG verhindert worden. Erneut scheint sich zu zeigen, dass einige Mieter*innen ihre politischen oder institutionellen Ressourcen gegenüber der ABG nutzen können, weniger aktive Mieter*innen von den erwirkten Vorteilen jedoch ausgeschlossen bleiben. Auch wenn innerhalb der Siedlung ein allgemeines Grillverbot gilt, bewährt sich der verbliebene Pavillon als beliebter und einziger überdachter Ort des Zusammenkommens für verschiedenste Personengruppen (Familien, Jugendliche und nicht nur direkte Anwohner*innen).

5.5.2 Stigmatisierung und Angstbilder

In Bezug zur Aufteilung der Schulbezirke sowie zur Aneignung von bestehenden, negativen Zuschreibungen der Platensiedlung (»Ghetto«, »kriminell«, »gefährliche Gegend« etc.) durch Jugendliche wurde bereits auf das Problem von Stigmatisierungen verwiesen. Dieser Abschnitt fokussiert daher auf die Inhalte kursierender Stigmata und Angstbilder, Mechanismen ihrer (Re-)Produktion sowie auf verschiedene beobachtete Formen ihrer Rezeption.

Die während des Forschungsprozesses am deutlichsten erkennbare Form von Stigmatisierung³³ scheint sich vor allem auf das Merkmal »Bewohner*in der Platensiedlung« zu beziehen. Damit ist gemeint, dass allen Personen, die dieses aus unterschiedlichen Gründen bereits negativ konnotierte Merkmal (Stigma) aufweisen, bestimmte negative Eigenschaften zugeschrieben werden. Durch die Konstruktion der Platensiedlung »als homogenes Ganzes« werden alle »der Siedlung« zugesprochenen Eigenschaften auf jede*n einzelne*n Merkmalsträger*in übertragen und haften ihr*ihm an.

Im Folgenden sollen einige sehr präzise negative Eigenschaften genannt werden, die wiederholt mit der Platensiedlung bzw. ihren Bewohner*innen in Verbindung gebracht werden. Eine hartnäckig bestehende Zuschreibung – und so auch ein von zwei Mitgliedern des Ortsbeirates vorgebrachtes Argument – stellt der vermeintlich hohe Anteil an arbeitslosen Personen bzw. Haushalten innerhalb der Siedlung dar. Bemerkenswert ist an dieser Behauptung, dass nach Kenntnis der Autoren keine statistische Erhebung existiert, die dies belegt. Welche weiteren negativen Merkmale der Platensiedlung und ihren Bewohner*innen regelmäßig zugeschrieben werden, verdeutlicht das folgende Zitat:

»Wenn man sich in Frankfurt nicht auskennt und das überhaupt nicht einschätzen kann, dann wirkte das so, oh mein Gott, da brennen ja nachts die Mülltonnen. Und ich habe da nicht den Eindruck, ich würde da auch im Dunkeln durch die Straßen laufen. Es ist aber was, was bei den Kindern hängengeblieben ist. Ich weiß es nicht, ob es wirklich die Situation ist oder ob es die Ängste der Eltern sind und Vorurteile der Familien sind, also Kinder haben da schon Angst vor Menschen, die mit Drogen handeln, ihre Plätze damit auch besetzen also auf dem Spielplatz auch mit Drogen handeln oder Ähnliches, haben Angst vor Kinderklauern, wobei sich das durchzieht, das höre ich immer mal wieder, aber ich habe bisher nicht den Eindruck, dass sich das bestätigt. Auch ich habe nicht das Gefühl, dass da die Drogen

³³ Der Begriff des Stigmas bezieht sich ursprünglich auf eine Praxis im antiken Griechenland, nach der Sklaven oder Kriminelle mit einem Brandmal markiert wurden. Seit der Aufarbeitung durch Erving Goffman wird der Begriff jedoch weniger als Bezeichnung für eine optische Markierung, sondern für ein zugeschriebenes Merkmal verwendet, das aus sozialen Abwertungsprozessen resultiert. Ein solches Merkmal verweist nach Goffman meist auf eine „spoiled social identity“ (eine „verdorbene soziale Identität“), gegenüber der soziale Abgrenzungsmechanismen stattfinden (Bos et al. 2013).

direkt neben den Kindern verkauft werden« (Interview 12, Mitarbeiterin eines Trägers der Jugendhilfe).

Ein wiederkehrendes Bild besteht in der als unsicher dargestellten Situation der Siedlung bei Nacht. Ohne konkrete Gefahren zu benennen, scheinen hier oft diffuse Angstbilder vorhanden, die mit Dunkelheit, Kriminalität oder Aggression verbunden sind. Die bekannteste und auch medial am stärksten verhandelte Thematik, bei der immer wieder auf Stigmatisierungen zurückgegriffen wird, ist die der Jugend- und Drogenkriminalität innerhalb der Platensiedlung (siehe dazu 5.5.4). Klaus und Werse (2021) verweisen darauf, dass »fortan [...] jede*r, die*der sich im [öffentlichen] Raum aufhält (in diesem Fall insbesondere junge Männer), qua Lokalisierung verdächtig« ist. Berichtet wird zudem, dass unter einzelnen Nachbar*innen eine Angst vor »Kinderklauern« bzw. vor Kindesmissbrauch bestünde. Hier bleibt unklar, für wen genau und worin sich diese Sorge begründet. Von Vorbehalten, die mit bestimmten Zuschreibungen verbunden sind, wird zudem in Bezug auf die muslimische Gemeinde Ginnheims berichtet.

»Also ich bin praktisch auch für den muslimischen Teil hier im Stadtteil in Vertretung da, ja und versuche Vorurteile hier wegzubekommen und Dialog zu schaffen. Zum Beispiel die kleine Moschee die hier ist im Stadtteil, die teilweise einen sehr schlechten Ruf hat, was aber gar nicht stimmt, sondern auf die Fehler von zwei Leuten zurückgeht. Gegen diesen Ruf hat die Moschee leider nicht viel gemacht. Zum Beispiel ich habe ihnen mehrmals gesagt, ein Tag der offenen Tür oder ein Straßenfest [...], dass sowas vielleicht helfen würde, die Neugier zu befriedigen und ein harmonisches Zusammenleben zu fördern. Wenn man die Menschen nicht kennt, die Leute sehen dann nur Männer mit langen Kleidern und solchen Bärten« (Interview 3, Bewohnerin und Veranstalterin des Elterncafés).

Auch gegen ein Begegnungszentrum an der Ginnheimer Landstraße bestünden Vorbehalte, die sich auf diskriminierende Verallgemeinerungen stützten: Die Ansicht »da gehen nur die Russen hin« würde manche Senior*innen davon abhalten, dort stattfindende Veranstaltungen zu besuchen – so berichtet eine Bewohnerin Alt-Ginnheims. An diesem Beispiel zeigt sich, vergleichbar zur bereits beschriebenen schulischen Situation, dass ein einmal etabliertes Bild oftmals kaum hinterfragt wird, sondern bestimmte Verhaltensanpassungen zur Folge hat.

Eine andere, ebenfalls auf Stigmatisierungen basierende Handlungsempfehlung besteht in dem Gebot der »sozialen Durchmischung« der Platensiedlung, insofern die argumentativen Grundlagen für die Maßnahmen zur Aufwertung der Siedlung oft verallgemeinernden Zuschreibungen folgen.

Sozialraumanalyse Ginnheim

»Die Nachverdichtung soll die Platensiedlung sozial durchmischen, da sollen auch andere soziale Gruppen rein, ein Drittel ist gefördert. Es ist schon ein Ruf vorhanden über die Platensiedlung, aber mit den Studenten könnte das was bringen« (der Ortsbeiratsvorsteher in FR 2020).

»Der Ortsbeirat will uns weismachen, dass wir der ABG zu danken haben, dass wir jetzt ein besseres Viertel werden, die haben sozusagen die Drogendealer gesäubert und die bringen jetzt die guten Menschen und dass hier schon immer gute Menschen waren und dass es hier kaum Arbeitslose gibt« (Interview 5, Bewohnerin Platensiedlung).

Ein interviewtes Mitglied des Stadtteilarbeitskreises nimmt an, dass den im Präventionsrat geforderten oder umgesetzten Strategien gegen Kriminalität zwar tatsächliche Straftatbestände zugrunde lägen, manche Akteure die Platensiedlung jedoch auf diese einzelnen Vorfälle reduzieren würden (Interview 6).

Betrachtet man die Ursprünge und Mechanismen der bestehenden Angstbilder und Stigmata etwas genauer, fällt auf, dass erste Stigmatisierungen und Diskriminierungen bereits vor Bezug der Siedlung existiert haben und zwar in Form der Drohkulisse, welche durch die Bürgerinitiative des Dichterviertels gezeichnet wurde. Der erste Quartiersmanager erinnert:

»Asozialen-Viertel war damals in der Presse groß drin, dass die Angst hatten, dass die <Asozialen> sich dann über ihre Villen hermachen oder sonst was [...] ich habe aber auch niemand aus dem Dichterviertel eigentlich in der Platensiedlung jemals gesehen« (Interview 24).

Berichten der Gesprächspartner*innen zufolge würde diese Ablehnung bis heute immer wieder sichtbar und sich negativ auf die Beziehungen der Quartiere auswirken. Alle sichtbar werdenden Probleme im Quartier würden letztlich stets als Bestätigung bereits bestehender Zuschreibungen bzw. Stigmata ausgelegt. Als bedeutende Quelle verbreiteter Stigmata und Zuschreibungen zur Platensiedlung erscheint die mediale Berichterstattung.

»Drogendealer lassen Kinder für sich arbeiten« (FNP 2018a).

»Die Platensiedlung wird ein Problem bleiben« (FR 2020).

»»Ich schäme mich, hier zu wohnen«: So oft war die Polizei da, so oft hat es Ärger gegeben, nicht nur wegen der Drogen, sondern auch wegen Aggressionen und Gewalt, wegen brennender Mülleimer und Angriffen auf Feuerwehrleute. Trotzdem ist alles immer schlimmer geworden« (FAZ 2018a).

»Ich mach euch kalt!« – Die Platensiedlung verkommt zum Ghetto. Gewalt und Drogenhandel prägen den sozialen Brennpunkt« (FAZ 2018b).

Der frühere Quartiersmanager (bis 2007) verweist exemplarisch auf den Besuch eines Fernsehteams eines großen privaten Senders, welches innerhalb der Siedlung drehte. Sie baten offenbar Jugendliche, sich gegen Geld in bedrohlich wirkender Manier für Kameraaufnahmen zu positionieren (Interview 24). Die Mitarbeiterin eines Trägers der Jugendhilfe bemerkt darüber hinaus:

»Wenn man nur rein diese Artikel liest, dann ist das ein ganz schlimmer Stadtteil [...] Ich glaube, da muss man gucken, dass man das auch wieder positiver greifen kann. Und gerade dann auch mal eher über die Initiativen, die was machen. Und das passiert ja auch schon teilweise [...]. Natürlich ist die negative Schlagzeile ›Es brennt‹ natürlich immer größer als ›Wir machen jetzt ein Fest‹« (Interview 12).

Die Aussage verweist auf die Notwendigkeit, aber auch die Schwierigkeit, mit positiven Ereignissen gegen mediale Schreckensszenarien anzukommen. So scheint ein pessimistisches und von Abwertung geprägtes Bild immer noch grundlegend für einen Großteil der Berichterstattung zu sein.

»Das sind Tatsachen, die auch stimmen. Genau und Ausschreitungen an Silvester und an Halloween, das war ja auch so ein Thema [...]. Ja, aber ich finde, dass Ginnheim schon auch viel mehr hat. Also es gibt einen großen Zusammenhalt auch unter den Leuten, auch ein friedliches Zusammensein und tolle Menschen auch – dass es auch familiär ist. Also ich muss ganz ehrlich sagen, unsere Arbeit wurde noch nie wirklich positiv fokussiert. Oder gut klar, wenn wir irgendwie Projekte hatten und dann kam die Presse vorbei, dann gab's natürlich auch Berichte, aber eigentlich so diese ganzen Institutionen, die hier sind, finde ich eigentlich nicht so präsent in den Medien« (Interview 22).

»Konservative Kräfte haben ziemlich ausschließlich die Platensiedlung als Problemgebiet auf dem Schirm. Während man auch sagen könnte, naja die vitalsten Energien, die es [...] in Ginnheim gibt, sind wahrscheinlich dort gesammelt. Die Leute, die ihre Existenz gründen und erfinden müssen, die leben ja eigentlich in der Platensiedlung« (Interview 6, Gemeindepfarrer).

Ohne die Existenz bestimmter Ereignisse – wie beispielsweise die brennenden Mülltonnen an Silvester 2017, den Angriff auf einen Linienbus mit Steinen an Halloween 2018 oder den Cannabishandel – in Abrede zu stellen, verdeutlicht das Gesprächsmaterial, dass tradierte Stigmatisierungen mitunter starken Einfluss auf die Rezeption dieser Ereignisse haben und den Blick auf ihren eigentlichen Gehalt – oder darüber hinaus – versperren. Eine Bewohnerin bemerkt, dass insbesondere von Seiten des neuen Quartiersmanagements ein kritischer Blick auf die kontinuierlich bestehenden Zuschreibungen

Sozialraumanalyse Ginnheim

der Siedlung gefragt wäre. Gerade im Vergleich zu anderen Stadtteilen seien viele medial verhandelte Probleme absolut nichts Ungewöhnliches für eine Großstadt wie Frankfurt (Interview 17).

Der interviewte Landtagsabgeordnete (SPD) betrachtet auch die Kommunikationsdefizite sowie den fehlenden physischen Austausch zwischen Alt-Ginnheim und der *Housing Area* als Ursache für Vorurteile.

»Und die sprechen natürlich diese Alt-Ginnheimer und die Stammtisch-Bürger, die haben dann mit anderen Bewohnern im Stadtteil wenig zu tun und andere werden in ihren Wohnquartieren nur als Brennpunkt, sozialschwach und so gesehen« (Interview 15).

Stigmatisierungen der Siedlung bzw. ihrer Bewohner*innen zeigen sich insgesamt als eng mit anderen Mechanismen verbunden, welche soziale Trennlinien reproduzieren; darunter die beschriebene Aufteilung von Schulbezirken oder die punktuelle Konzentration von sozial gefördertem Wohnraum in Verbindung mit der städtebaulichen Isolation der Platensiedlung. Zwei weitere Aspekte benennt das folgende Zitat:

»Es gibt die einen Leute, die sagen, ich ziehe wegen dem Ruf nicht hin und die anderen und gerade auch Jugendliche neigen dann dazu, dann bestätige ich jetzt diesen Ruf, dann verhalte ich mich auch so. Selbsterfüllende Prophezeiung ist da irgendwo drinnen« (Interview 12, Mitarbeiterin eines Trägers der Jugendhilfe).

Der vermeintliche Ursprung des Stigmas wird demgemäß erst durch die Stigmatisierung selbst hervorgebracht und das zugeschriebene Verhalten zumindest vereinzelt erst durch die Stigmatisierung induziert. Dass die Betonung bei der Wahrnehmung problematischen Verhaltens auf vereinzelt liegt, bekräftigt der erste Quartiersmanager:

»Das sind wirklich ein paar Familien, die problematisch sind, oder ein paar einzelne Personen, geht man drei Eingänge weiter, sind das ganz normale Familien, ganz normale Leute, die arbeiten gehen oder Rentner oder sonst was« (Interview 24).

Ein solches, deutlich differenzierteres Bild bestätigte sich auch in den übrigen geführten Interviews sowohl von Seiten der Bewohner*innen als auch von Seiten zuständiger Institutionen wie der Polizei:

»Ja na klar, also gerade die Menschen, die von außerhalb kommen, die haben dann das Bild aus der Zeitung oder wie auch immer, so sprechen die dann auch darüber. Die Menschen, die in der Platensiedlung leben, ich glaube, die können das schon differenziert betrachten, die wissen schon ganz genau damit und damit haben wir Probleme und das ist völliger Quatsch, was da geschrieben wird« (Interview 23, Polizeihauptkommissar und Schutzmann vor Ort).

Trotzdem wissen auch Bewohner*innen und Engagierte um die Relevanz und Folgen der Stigmatisierung der Siedlung und versuchen, dieser eine Innenperspektive entgegenzusetzen. Darunter fällt die bewusste Umzugsentscheidung von prominenteren Personen in die südliche Platensiedlung, um ein politisches Zeichen zu setzen und der Stigmatisierung entgegenzuwirken. Hier wurde bereits auf den SPD-Politiker Rudi Baumgärtner verwiesen:

»Meine Frau wollte damals hierherziehen. Sie sagte: ›Man redet nicht über die Leute, man lebt mit ihnen zusammen‹« (Baumgärtner in FNP 2018a).

Aktiv gegen Vorurteile und Ängste zu werden, stellt auch für die bereits zitierte Mutter, Mitarbeiterin der Caritas und Organisatorin des Elterncafés eine wesentliche Aufgabe ihres Engagements dar:

»Und das wissen viele nicht, die sind dann auch erstmal baff [...] viele haben ein ganz anderes Bild und ich versuche dieses Bild zu verbessern, dass das Klima auch hier dann besser zusammenkommt. Auch die Arbeit in der Sancta Familia, es ist meine Absicht zu zeigen, dass wir Muslime und andere Glaubensrichtungen sich gegenseitig kennenlernen müssen, zusammenarbeiten können und zusammen Gutes machen können anstatt sich gegenseitig aus dem Weg zu gehen« (Interview 3).

Ebenso kann auch auf die meist ehrenamtlichen, jüngeren Initiativen im Stadtteil aufmerksam gemacht werden, die in ausdauernder Arbeit sukzessive neue Verbindungen im Stadtteil verankern und auch medial bereits positive Gegenerzählungen setzen können.

5.5.3 Kulturelle Differenzen und Vielfalt

Die insbesondere in der Platensiedlung von Bewohner*innen wahrgenommenen sprachlichen, aber auch kulturellen Unterschiede werden einerseits als bereichernde Vielfalt, andererseits in ihrer Konzentration auch als große Herausforderung verstanden. Diese Wahrnehmung geht sowohl aus Gesprächen mit Bewohner*innen als auch aus Berichten ansässiger Institutionen hervor. Auch ein beobachteter Abgrenzungsmechanismus unter Kindern und Jugendlichen (vgl. Kapitel 6.3) scheint auf die Wahrnehmung nationaler und kultureller Unterschiede zurückzuführen zu sein. So berichtet der Haupttrainer von Budokwan e.V. über starkes Abgrenzungsverhalten unter Kindern und Jugendlichen im Quartier aufgrund gefühlter nationaler, religiöser oder kultureller Zugehörigkeiten. Diese würden meist dem familiären Umfeld entstammen.

»Wenn die spielen Weltmeisterschaft Fußball, zu 90 Prozent sind die Kinder gegen Deutschland und wenn du ihn fragst, woher du kommst, dann sagt er, ich bin marokkanisch oder türkisch. Und wenn du fragst, wer hat einen deutschen Ausweis,

Sozialraumanalyse Ginnheim

alle machen die Hände hoch. Und wenn du fragst, wer hat einen marokkanischen Ausweis, niemand macht mehr die Hände hoch« (Interview 20, Trainer Budokwan).

Da er selbst über Migrationserfahrung verfüge, habe er als Trainer der Kinder auch ein Gespür für die Herausforderungen vieler migrierter Familien sowie für die Verständigung zwischen verschiedenen religiösen und kulturellen Hintergründen im Stadtteil. Kinder hätten Schwierigkeiten, sich mit ihrem aktuellen Lebensraum zu identifizieren und würden diesen teilweise auch ablehnen, was sich beispielsweise in Vandalismus ausdrücken könne.

In anderen Fällen führen Mieter*innen vereinzelte nachbarschaftliche Konflikte auf kulturelle Differenzen zurück. Genauer betrachtet scheinen die geschilderten Konflikte meist auf ein unterschiedliches Nutzungsverhalten von gemeinsamen Räumen, egoistische Handlungsweisen oder auf diskriminierende Zuschreibungen und kulturelle Klischees einzelner Personen zurückzuführen zu sein. Gerade sprachliche Barrieren scheinen Nachbarschaftsstreitigkeiten dabei zusätzlich verhärten zu können. In seltenen Fällen, so berichten Mieter*innen (Interview 18) sowie der Schutzmann vor Ort (Interview 23), wäre dann professionelle Vermittlungsarbeit gefordert.

Ebenso scheinen prekäre Lebensverhältnisse und damit einhergehende Ängste einiger Bewohner*innen auch ein gewisses Potential für nachbarschaftliche Konflikte in sich zu tragen. Die Mitarbeiterin eines Trägers der Jugendhilfe resümiert:

»Es ist auch nicht so, dass ich sagen würde, es brennt total, aber es schwelt schon untendrunter. Natürlich, Existenzängste machen, dass man schneller Ellenbogen ausklappt und weniger guckt nach links und rechts, ist auch verständlich« (Interview 12).

Gleichzeitig wurde in nahezu allen Gesprächen mit Anwohner*innen darauf verwiesen, dass trotz aufkommender Konflikte die Mehrheit der nachbarschaftlichen Beziehungen herkunfts- und kulturübergreifend in allen Quartieren des Stadtteils friedlich und respektvoll verläuft.

»Ansonsten wohnen eigentlich die Leute hier alle, alle Gruppen miteinander in Frieden, das kann man wohl sagen« (Interview 8, Bewohnerin Alt-Ginnheim, Seniorenklub).

5.5.4 Jugend- und Drogenkriminalität

Jugend- und Drogenkriminalität wurde bereits als Inhalt bestehender Stigmata und Klischees erwähnt. Im Interesse dieses Abschnittes steht, wie sie im Stadtteil und vor allem in Bezug zur Platensiedlung wahrgenommen und verhandelt werden. Aus polizeilicher Sicht fasst der Schutzmann vor Ort die Situation zusammen:

»Alt-Ginnheim ist nicht sonderlich auffällig. Platensiedlung speziell ist halt damals die Thematik gewesen, dass wir halt sehr viel mit Betäubungsmittelkriminalität zu tun hatten, Ruhestörung, klar auch körperlicher Gewalt, dass uns Menschen mitgeteilt haben, sie trauen sich nicht mehr so recht in die Platensiedlung rein, Kollegen sind angegriffen worden bei Einsätzen und das Ganze in Summe hat halt dazu geführt, dass wir uns entschieden haben, da bestimmte Konzepte zu fahren« (Interview 23).

Aus der polizeilichen Einschätzung der lokalen Situation gehen im Interview verschiedene Thematiken hervor. Ursächlich für die auch aktuell noch starke polizeiliche Präsenz seien insbesondere vermehrte Vorfälle in Zusammenhang mit Betäubungsmitteln sowie körperlicher Gewalt, Ruhestörung oder anderweitig aggressivem Verhalten gewesen. Insgesamt unterscheiden die meisten Gesprächspartner*innen zwischen klein- und schwerwiegender Kriminalität, wobei letztere als selten eingeschätzt wird. Während das mediale Bild die sechs aufgedeckten Drogenfunde fokussiert, welche Wohnungskündigungen durch die ABG nach sich zogen (Klaus/Werse 2021), beziehen sich Berichte der Gesprächspartner*innen überwiegend auf das Dealen mit Cannabis im öffentlichen Raum. Gedealt würde in der Hauptsache von Jugendlichen ab 15 Jahren oder jungen Erwachsenen. Teilweise würden auch Kinder von Älteren als Kurier*innen oder Aufpasser*innen eingesetzt.

»Die wollen einfach Geld verdienen, die müssen das nicht machen, die wollen einfach ein dickes Auto fahren, Sozialstatus aufbessern. Die denken nicht viel nach [...]. Das ist einfach bei denen einfach dieses ›Mir ist alles egal, ich habe keine Ausbildung‹, je nachdem wie alt die sind« (Bewohnerin Ginnheim).

Als Hauptmotivation zum Dealen vermuten die Interviewten finanzielle Motive, weniger aus absoluter Not heraus, sondern um sich auch materielle Wünsche erfüllen zu können. Auch eine bestimmte Attitüde und imponierende soziale Rolle gingen damit einher. Diese würden gerade durch ältere Dealer*innen stimuliert.

»Die bieten dann Möglichkeiten, dass sie für sie arbeiten. Die holen halt große Bündel von Geld raus und wenn die sehen, ja, wieso muss ich jetzt eine Ausbildung machen oder Stress machen und arbeiten, wenn ich da solche Möglichkeiten habe« (Interview 15, Anwohner und Landtagsabgeordneter).

Ein weiteres Hauptmotiv wird in der fehlenden Attraktivität anderer Lebensmodelle und dem Mangel an Perspektiven für Jugendliche gesehen. Ein Handel mit härteren Drogen wird nur von wenigen Interviewten thematisiert und bei jungen Erwachsenen vermutet, die eher außerhalb der Siedlung leben würden. Der erste Quartiersmanager sagt mit Bezug zur medial dargestellten Situation im Quartier:

»Wenn ein paar Jungs Shit dealen in einer Ecke, ist es gleich eine Drogenszene [...]. Dann kamen die an und dann haben wir uns da unterhalten, das sind ganz nette Kerle, die dealen halt mit Shit, ja und die kommen an und riechen nach Shit und solche Augen, das ist schwer, nicht zu sehen, ja, aber das sind keine böartigen Herrschaften« (Interview 24, früherer Quartiersmanager).

Zwar gäbe es auch gravierende Fälle, jedoch würden sich diese auf eine kleine Personenzahl beschränken. Eine Anwohnerin und Mitglied des Ortsbeirates (Die Linke) merkt an, man dürfe in der Diskussion um die Platensiedlung nicht vergessen, »wir sind in einer Großstadt, wo wird denn nicht gedealt?« (Interview 16).

Über Drogen hinaus betrachten die Gesprächspartner*innen Aggressionen und Sachbeschädigungen von Jugendlichen als gelegentlich relevante Problematiken im Siedlungskontext. Die zitierten Schlagzeilen haben bereits auf die medial verwerteten Ereignisse an Silvester und Halloween der vergangenen Jahre Bezug genommen. Neben Sachbeschädigungen wurden dabei in einem Fall Polizeibeamte durch Jugendliche angegriffen sowie ein Zivilist durch einen Steinwurf verletzt. Abgesehen von diesen »Großereignissen« scheinen in der Siedlung eher kleinere verbale (selten körperliche) Auseinandersetzungen vorzukommen, gelegentlich ebenso Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum oder am Eigentum von Nachbar*innen. Auch in den Gebäuden der Schule und Kita sind Beschädigungen entstanden. Der Trainer von Budokwan e.V. beschreibt, dass sich in den Sachbeschädigungen oft fehlendes Zugehörigkeitsgefühl, aber auch starke Aggressionen von Kindern und Jugendlichen ausdrücken würden.

Als zentrale Gründe für die beschriebene Häufung strafrechtlicher Handlungen und konflikträchtigen Verhaltens werden in den geführten Gesprächen insbesondere die über lange Zeiträume fehlende Beachtung der Lebensrealitäten und Bedürfnisse von Bewohner*innen, aber auch die abgeschiedene Lage der Platensiedlung verantwortlich gemacht. Insbesondere die Thematik von Drogen- und Jugendkriminalität wäre vor allem im Zuge der verkündeten Pläne zur Nachverdichtung in den Fokus der städtischen Ämter sowie der ABG gerückt.

Insgesamt scheint unter allen Interviewten Einigkeit darüber zu herrschen, dass kriminelles Handeln in den letzten zwei bis drei Jahren sichtlich abgenommen habe. Erklärt wird der Rückgang sichtbarer Kriminalität vor allem mit der höheren Polizeipräsenz, wozu beispielsweise verstärkte Kontrollen im öffentlichen Raum und Hausdurchsuchungen zählen. Zugleich sind viele Interviewte der Ansicht, dass restriktive und repressive Maßnahmen das Problem nicht in Gänze greifen könnten. Die polizeilichen Maßnahmen würden weder die Ursache für den Drogenhandel noch für vorhandene Aggressionen adressieren. Deshalb besteht unter den Interviewten weitgehende Einigkeit darüber, dass die präventive Jugend- und Sozialarbeit weiter gestärkt werden müsse. Dem interviewten Schutzmann vor Ort zufolge sei dies als zweiter, nun aber notwendiger Schritt zu verstehen:

»Wir sind natürlich dafür da, präventiv und repressiv da tätig zu werden, vor allem da erstmal wieder das Ganze zurückzudrängen und runterzufahren und jetzt ist es mittlerweile so, dass die Gegebenheiten so sind, dass man da auch wieder reingehen kann seitens der Vereine, anderer Strukturen und versuchen muss, da halt was aufzubauen, ja« (Interview 23, Schutzmann vor Ort).

Zur aktuellen Strategie präventiver Arbeit im Stadtteil gehören als fest institutionalisierte Teile der Ginnheimer Regionalrat – als lokaler Ableger des stadtweiten Präventionsrates – sowie die Funktion des »Schutzmanns vor Ort«. Die Schutzperson soll als feste*r Ansprechpartner*in und bekanntes Gesicht in den Stadtteilen Vertrauen aufbauen und als Bindeglied zwischen Bürger*innen, Polizei, den ansässigen Institutionen, aber auch Gewerbetreibenden oder Stadtteilgremien (Ortsbeirat, Stadtteilarbeitskreis, Regionalrat) fungieren. Dazu gehören beispielsweise Sprechstunden für Bürger*innen, Nachsorge nach Straftaten sowie eine persönliche Erreichbarkeit in polizeilichen Fragen sowie angrenzenden Sachgebieten. Wahrgenommen würden diese Angebote bislang vor allem von Senior*innen (Interview 23).

Mit Fokus auf die präventive Jugend- und Sozialarbeit scheint jedoch vornehmlich das Jugendzentrum Ginnheim zu arbeiten. Die regulären Angebote des Jugendzentrums (Ginnheimer Landstraße) sowie des Jugendclubs (Stefan-Zweig-Straße) sind mit regelmäßiger pädagogischer Betreuung, Hausaufgabenhilfe, Bewerbungstrainings und weiteren Angeboten als dauerhafte Präventionsarbeit zu verstehen. Daneben umfasst ihr Arbeitsspektrum auch gelegentliche Formen aufsuchender Jugendarbeit, teilweise auch weit außerhalb der Öffnungszeiten. Die aufsuchende Arbeit im Stadtteil scheint die Möglichkeiten des Teams dabei jedoch sowohl aufgrund ungenügender personeller Kapazitäten als auch aufgrund spezieller fachlicher und praktischer Anforderungen teilweise zu übersteigen. Eine Interviewpartner*in berichtet, dass eine in Teilen unrealistische Erwartungshaltung an die dortigen Mitarbeiter*innen herangetragen würde:

»So Jugendzentrum geh mal hin und erledige das Problem mal bitteschön in einem Monat oder zwei. Das war so der Anspruch, der an sie herangetragen wurde, das war auch unerfüllbar letzten Endes. Die mussten ja diese aufsuchende Arbeit auch erstmal aufbauen« (Interview 22).

Viele Bewohner*innen sehen in der aktiven, aufsuchenden Jugendarbeit eine Schlüsselrolle, um die skizzierten Probleme nachhaltig zu adressieren. Aktuell wären Erfahrungen aufsuchender Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Stadtteil bereits sehr positiv. Dennoch müsste sie eben als langfristig angelegt verstanden werden und bräuchte immer auch Zeit, um stabile und vertrauensvolle Beziehungen in den Stadtteil hinein aufbauen zu können.

»Weil ich auch zum Teil die Jugendlichen kenne, dem ein oder anderen konnte ich vielleicht helfen, aber sie brauchen dringend Hilfen, face to face. Wenn sie allein

sind, dann sind sie wie Lamm, man kann mit denen über alles reden und man kann Vertrauen aufbauen. Aber wenn sie als Gruppe da sind, dann kommt ihr Mackerverhalten und auch Halbstarkheit auch zutage und dann kommen sie natürlich auf den ein oder anderen dummen Gedanken« (Interview 15, Bewohner und Landtagsabgeordneter der SPD).

Gleichzeitig wird diese Aufgabe als Herausforderung betrachtet, die sowohl fachlich, aber insbesondere auch persönlich spezielle Kompetenzen für den Umgang mit sozial benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen erfordert. Mehrere Akteure aus politischen Gremien und Institutionen im Stadtteil plädieren deshalb für den Einsatz von professionell ausgebildeten Streetworker*innen. Die Forderung besteht im Stadtteil wohl bereits seit Wiedereinführung des Quartiersmanagements, hätte jedoch in der Stadtverordnetenversammlung keine Zustimmung gefunden und wäre folglich auch vom Sozialdezernat aus Finanzierungsgründen abgelehnt worden. Der Grund bestünde letztlich darin, dass alle nach der Schlüsselvergabe vorhandenen Stellen für die Jugendarbeit des Stadtteils bereits vergeben wären.

»Stadtteilmanager ist gut, aber wenn wir zwei starke Sozialarbeiter haben, Streetworker, die dann auch ständig auf der Straße unterwegs sind und auch Jugendliche auffangen können, auch mit denen reden können und auch Kontakte zur Familie haben können, sie können ja auch eine Scharnierfunktion zwischen Familien und Jugendlichen und zwischen Jugendlichen und Ausbildungsplatz und Schule und Jugendzentrum sein. Aber leider das hat nicht geklappt« (Interview 15, Bewohner und Landtagsabgeordneter der SPD).

Auch das Quartiersmanagement ist natürlich als Teil präventiver Stadtteilarbeit zu verstehen. Wie aus Erzählungen des ersten Quartiersmanagers und von Bewohner*innen deutlich wird, übernahm ersterer früher auch verstärkt vermittelnde oder aufsuchende Gesprächsarbeiten. Dabei muss jedoch einerseits beachtet werden, dass das heutige Quartiersmanagement nicht mehr auf die Platensiedlung begrenzt ist, sondern auf den gesamten Stadtteil ausgeweitet wurde. Andererseits sollten weder der Arbeitsauftrag noch die benötigten Qualifikationen von Quartiersmanagement und aufsuchender Jugend- und Sozialarbeit verwechselt werden. Eine Bewohnerin der Platensiedlung erläutert, dass ein wesentlicher Teil der angestrebten Lösungsstrategien darin bestehen müsse, vermehrte Angebote an Kinder, Jugendliche und Erwachsene im Stadtteil zu machen. Nur so könnten individuelle Perspektiven auch erweitert und mit positiven Erlebnissen besetzt werden.

»Das möchte ich nicht sozusagen ausblenden, dass es Konflikte, Konfliktpotentiale gibt, aber ich möchte dem entgegenstellen, dass es auch keine Gegenangebote gab und immer noch nicht wirklich gibt. Das ist eine ganz wichtige Frage« (Interview 5, Anwohnerin und Gründerin von SaloonY e.V.).

Auch der erste Quartiersmanager hält Angebote aus dem Stadtteil für eine sehr zentrale Maßnahme. Dafür ist sicherlich relevant, stärker nach den Interessen und Bedürfnissen genau der Zielgruppen zu fragen, die bislang oft nur im Kontext von Kriminalität oder Perspektivlosigkeit betrachtet werden. Bisherige Angebote und Kooperationen des Jugendzentrums, gerade aber auch jüngerer Initiativen wie SaloonY e.V. oder Jamii e.V., scheinen hier progressive und kreative Wege einzuschlagen. Die bestehenden und weitere Initiativen in dieser Stoßrichtung zu fördern, erscheint auch im Sinne des Quartiersmanagements zentral.

Für die präventiv wirkende Arbeit mit Kindern existiert mit dem Abenteuerspielplatz Coloradopark bereits ein sehr positives Beispiel:

»Es kommen halt auch Familienhelfer*innen teilweise mit Familien hierher und versuchen die dann hier einzugliedern, quasi, dass die so ein bisschen Kontakt zu anderen kriegen und auch die Kinder dann [...]. Ich glaube, das war der Ursprungsgedanke auch vom Jugendamt, warum die gesagt haben, die wollen diese Plätze haben in Frankfurt, um eben nicht die behüteten, also natürlich auch, ne die können ja natürlich auch hierher kommen, aber nicht nur diese behüteten Familien aufzufangen, die müssen ja in diesem Sinne nicht aufgefangen werden [...] und die Kinder, die auf sich alleine gestellt sind, und irgendwo rumhängen oder so, dass wir dann halt wirklich auffangen und betreuen können« (Interview 7, Mitarbeiterin Colorado Park).

Der Abenteuerspielplatz ermöglicht damit bereits eine kreative, positiv besetzte Form des Aufeinandertreffens sozialstrukturell heterogener Gruppen von Bewohner*innen. Ebenso grundlegend erscheint es vor dem Hintergrund dieses Abschnitts, physische Hindernisse aber auch soziale Mechanismen abzubauen, die bislang immer noch zur Isolierung bestimmter Gruppen von Bewohner*innen und Quartiere im Stadtteil beitragen. Der frühere Quartiersmanager resümiert:

»Das muss ein Stadtteil lösen, also das müssen die Aktiven und die Institutionen und Quartiersmanagement, Jugendhaus, Politik zusammen, also das ist ganz wichtig, wirklich sich Gedanken machen, wie gehen wir da perspektivisch auch längerfristig ran. Nicht jetzt, das muss ruhig sein und es darf nichts passieren, sondern was müssen wir tun, um die nächsten drei, vier Jahre da einigermaßen Ruhe reinzukriegen und auch eine Perspektive für die Familien und Jugendlichen zu schaffen« (Interview 24).

6 Bedürfnisse und Wünsche

In den vorherigen Kapiteln wurden bereits an einigen Stellen städtebauliche und infrastrukturelle Defizite sowie deren Einfluss auf das soziale Gefüge des Stadtteils herausgearbeitet. Dieses Kapitel wird gebündelt und so konkret wie möglich darstellen, welche Wünsche und Bedürfnisse der Bewohner*innen sich diesbezüglich im Forschungsprozess offenbarten. Dabei wurden Bedürfnisse und Wünsche in einigen Gesprächen sehr konkret, in anderen eher unspezifisch formuliert. Eine wichtige Einschränkung bezüglich der Fähigkeit, Bedürfnisse und Wünsche auch artikulieren zu können, drückt sich im folgenden Zitat einer Trainerin des Vereins Budokwan e.V. aus:

»Ich kann mir ja nur was wünschen, wenn ich weiß, dass es sowas gibt. Und weil sie das so nicht anders kennen, weil sie vielleicht dort geboren sind und das nur so immer sehen, dann ist es schwer zu sagen, ich wünsch mir das oder das« (Interview 20).

Konkrete Wünsche und Bedürfnisse hervorzubringen, erfordert somit, diese gedanklich fassen zu können, was meist auf Basis von Vergleichswerten und bisherigen Erfahrungen geschieht. Zum anderen erfordert es ausreichende Gelegenheit zur Artikulation der Wünsche. Die Studie darf zudem nicht als abschließende Erhebung der Wünsche aller Personengruppen im Stadtteil missverstanden werden. Hingegen kann sie wichtige Eckpfeiler skizzieren und aufzeigen, wo Nacherhebungen für konkrete Projekte oder mit bestimmten Personengruppen sinnvoll erscheinen.

6.1 Begegnungsorte

Als am weitesten verbreiteter – hinsichtlich der einzelnen Quartiere, aber auch unterschiedlicher Personengruppen – und meistgenannter Bedarf stellten sich im Forschungsprozess soziale Begegnungsorte heraus. In dieser unspezifischen Form kann darunter ein einladender Ort verstanden werden, an welchem sich Personengruppen oder mehrere Einzelpersonen unverbindlich aufhalten können und die Möglichkeit besteht, Gespräche und Kontakte zueinander aufzubauen. Angesichts der beschriebenen sozialstrukturellen und kulturellen Unterschiede sowie der Trennung einzelner Quartiere erscheint die Förderung sozialer Begegnungsräume auch aus Sicht dieser Studie als elementar, um aktuelle und zukünftige Bewohner*innen näher zusammenwachsen zu lassen.

Paradoxerweise waren mit den Grillplätzen und den Gemeinschaftsräumen in einigen Wohnhäusern gerade in der Platensiedlung von Anfang an Versammlungspunkte angelegt.

»Und so ein Grillplatz ist halt auch ein sozialer Treffpunkt, was unbedingt zuträglich ist für die Siedlung, und dass macht das dann halt auch möglich, dass man da Geburtstagsfeiern feiert oder Familienfeste oder Sonstiges« (Interview 12, Mitarbeitern eines Trägers der Jugendhilfe).

Der Abriss nahezu aller Pavillons, um Reinigungskosten zu sparen, vereinzelt Beschwerden über Ruhestörungen zu entsprechen oder vermeintlichen Nutzungskonflikten aus dem Weg zu gehen, erscheint hingegen rabiatisch, pessimistisch und fast allen interviewten Bewohner*innen unverständlich. Ein erster, konkret geäußelter Wunsch besteht damit in überdachten Treffpunkten im öffentlichen Raum der *Housing Area*.

»[Wenn man] Zusammenhalt haben will, muss ich auch bestimmte Dinge in Kauf nehmen und die eben auch zusätzlich investieren« (Interview 11, Anwohner Plattsiedlung).

Über diese hinaus fordert ein Großteil der Gesprächspartner*innen bereits seit vielen Jahren einen zentralen und fest angelegten Begegnungsort. Dieser wurde Berichten zufolge im Sinne des Stadtteilarbeitskreises und gemeinsam mit vorhergehenden Quartiersmanagern angestrebt. Obwohl bereits zwischenzeitlich konkretere Vorschläge – auch hinsichtlich eines möglichen Standortes – existierten, scheinen die Planungen seitens des Ortsbeirats und der ABG, als Eigentümerin der Flächen, nicht weitergeführt worden zu sein.

Für den angestrebten Begegnungsort äußern Bewohner*innen und Aktive im Stadtteil verschiedene grundlegende Anforderungen und Nutzungskonzepte. Gerade deren Vereinbarkeit solle jedoch charakteristisch für den Ort selbst sein, so die überwiegende Meinung der Interviewten. Grundlegend müsse es sich um einen fest gebauten Ort handeln, der zu jeder Jahreszeit von einer größeren Gruppe von Personen unbürokratisch genutzt werden könne. Von besonderer Relevanz erscheint eine zentrale Lage und hohe Sichtbarkeit des Gebäudes sowie eine ansprechende und zugänglich erscheinende Gestaltung: »Ein Ort, wo man hängenbleibt und sich auch gut aufgehoben fühlt« (Interview 6, Gemeindepfarrer). Der Raum sollte für privat oder gemeinschaftlich organisierte Treffen von Bewohner*innen – beispielsweise für Feste, Koch- oder Spielabende – eine gewisse Gemütlichkeit und freundliche Atmosphäre bieten, trotzdem aber auch für kleinere sportliche Aktivitäten – beispielsweise Yoga, Gymnastik, Tanz – sowie für Workshops und kleine Kulturveranstaltungen ansprechend sein.

»Dass wirklich jeder mal die Möglichkeit hat, mal reinzugehen und sei es eine sportliche Aktivität oder nur so gemeinsamer Austausch oder auch für Ältere, es muss nah sein und auch für jeden erreichbar und gemütlich« (Interview 3, Bewohnerin und Gründerin des Elterncafés).

»Wir haben viele Wohnungen, aber irgendwie nicht genug Kapazitäten für ehrenamtliche Tätigkeiten. Es würde schon genügen, wenn wir einen Raum, also einen weiteren Raum zur Verfügung gestellt bekämen, wäre schon ok, für die Erwachsenen« (Interview 5, Bewohnerin).

In den Gesprächen kommt immer zum Vorschein, dass ein Grundproblem vieler ehrenamtlicher Initiativen im Stadtteil darin besteht, passende Räume zu finden und diese auch zur Verfügung gestellt zu bekommen. Dazu sollte angemerkt werden, dass die von aktiven Bewohner*innen geäußerten Nutzungswünsche in Hinblick auf Platzbedarf oder Anforderungen an die Ausstattung meist sehr flexibel und moderat erschienen. Der Gemeindepfarrer der Bethlehemgemeinde spricht sich dafür aus, einen solchen Ort direkt in der Funktion eines Gemeindezentrums zu denken, welches für alle Konfessionen und säkularen Gruppen einen Begegnungsraum darstellt und die Mitte des Stadtteils markiert. Wie in der bisherigen Analyse deutlich wurde, reagiert dieser Vorschlag damit auf die sozialstrukturellen Befunde, aber auch auf die identifizierten städtebaulichen Defizite im Stadtteil.

Die Gründerin des Nachbarschaftszentrums Ginnheim bekräftigt die Relevanz eines solchen Ortes innerhalb der *Housing Area*. Ein ganz zentral im Quartier gelegener Begegnungsort wäre auch im Sinne des Quartiersmanagements ein geeigneter Ausgangspunkt, um niedrigschwellig Nähe zu Bewohner*innen zu schaffen und deren Bedürfnisse im Blick zu behalten. In Alt-Ginnheim würde das NBZ diese Funktion bereits in Teilen erfüllen, wäre aber für die *Housing Area* schlicht zu weit entfernt.

Als Standort für einen Begegnungsort wird wiederholt auf die nun im Rahmen des *Grünen Y* umgestaltete Grünfläche zwischen Astrid-Lindgren-Schule und Zirkus Zarakali verwiesen: »Das ist ja eine zentrale postmoderne Leere« (Interview 6, Gemeindepfarrer). Die Vorstellung der Pläne des *Grünen Y* zeigt, dass auf diesem Gelände aktuell weder ein befestigter noch ein überdachter Versammlungsort berücksichtigt ist. Das Grünflächenamt verweist darauf, die falsche Ansprechpartnerin für eine befestigte Bebauung zu sein. Der ABG³⁴ wiederum, so vermutet der stellvertretende Ortsbeiratsvorsteher, stünden keine Finanzierungsmöglichkeiten für Bestreben von einzelnen Initiativen oder Bewohner*innen im Stadtteil zur Verfügung. Die skizzierten Ideen sind jedoch nicht auf eine Nutzung durch einzelne Initiativen, sondern explizit auf die gesamte Bewohnerschaft ausgerichtet. Ein Mitglied des Ortsbeirates und der Stadtverordnetenversammlung (Die Grünen) erklärt, die ABG wäre auch Eigentümerin der stadtweiten Saalbauten, die insgesamt »in den roten Zahlen« (Interview 17) wären und würde daher keine weiteren Bürgerhäuser errichten wollen. Die von den Gesprächspartner*innen beschriebenen Vorstellungen scheinen jedoch weitestgehend auf sehr viel bescheideneren Konstruktionen zu basieren. Vor dem Hintergrund der in dieser Studie zusammengetragenen Erkenntnisse wäre der Aufbau eines zentralen und adäquaten Begegnungsortes im

³⁴ Die ABG stand im Rahmen dieser Studie für kein Gespräch zur Verfügung.

Sozialraumanalyse Ginnheim

Sinne einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements sowie des nachbarschaftlichen Zusammenhalts jedoch äußerst zielführend. Denkbar wäre daher zukünftig, in einem ersten Schritt Finanzierungs- und Umsetzungsmöglichkeiten für ein solches Projekt unter Einbezug der ABG, der Initiativen im Stadtteil sowie interessierter Einzelpersonen gemeinsam auszuloten.

Da eine solche Diskussion bisher nicht stattfindet, zeigen sich die Bewohner*innen einer Umsetzung gegenüber eher pessimistisch. Viele Menschen im Quartier richten ihren Blick deshalb aktuell vor allem auf die noch zu belegende Ladenzeile im Erdgeschoss der nachverdichteten Häuser in der Platenstraße. Hier könne zwar wahrscheinlich kein Ort gemäß der beschriebenen Konzeption entstehen, dafür aber ein sichtbares Quartiersbüro mit zusätzlichem Veranstaltungsraum.

»Wenn sie schon nachverdichten und den Stadtteil vollstopfen mit Menschen, müsste die ABG auch dafür sorgen, dass die Menschen, die dann dort hinziehen und dort auch leben, sich dann auch irgendwo treffen können« (Interview, Bewohnerin Ginnheim).

Der stellvertretende Ortsbeiratsvorsteher und Vorsitzende des Vereins IDEAL verweist dagegen auf das bestehende Nachbarschaftsbüro (NBB) in der Franz-Werfel-Straße. Dieses würde neben dem bisherigen Quartiersmanagement sowie dem Verein IDEAL den Bewohner*innen der *Housing Area* zur Nutzung offenstehen und könnte außerhalb der Pandemie auch genutzt werden (Interview 2). Die bisherigen Nutzungen scheinen jedoch auf sehr wenige und kleine Nutzergruppen beschränkt zu sein.

»Ja, wo ist denn das Büro? In der letzten Ecke, wo es keiner findet. Und deswegen hieß es auch, wir kriegen in der Sudermannstraße irgendwo Räumlichkeiten. Wann und wo genau ist ungewiss« (Interview 16, Anwohnerin Platensiedlung, im Ortsbeirat für Die Linke).

Die Interviewten beschreiben das NBB nahezu einstimmig als nicht sichtbar und vielen Nachbar*innen unbekannt. Bereits aufgrund der Größe und des Zuschnitts der früheren Wohnräume zeigt sich das Nachbarschaftsbüro für viele gewünschte Nutzungsvorhaben ungeeignet. Der verfügbare Raum besteht letztlich nur aus einer kleinen Küche und einem Wohnzimmer. Selbst wenn Bewohner*innen das NBB bereits kennen würden, wären ihnen zudem die Nutzungskonditionen und -möglichkeiten in aller Regel nicht bekannt. Aus Sicht der zusammengetragenen Aussagen stellt das Nachbarschaftsbüro somit keine echte Alternative zum konstatierten Bedürfnis nach einem befestigten Begegnungsort dar. Eine wiederholt betonte Forderung der Bewohner*innen in Bezug auf verfügbare Räume besteht darin, dass deren Nutzungskonditionen transparent und niedrigschwellig sein müssten, da andernfalls potentielle Nutzer*innen abgeschreckt und ausgeschlossen blieben. In mehreren Fällen plädieren Interviewte deshalb für eine von Bewohner*innen und Initiativen selbstverwaltete Nutzung – ehrenamtliche Bereitschaft

zur Beteiligung und Verantwortungsübernahme bestünde, so die Einschätzung, dafür in ausreichendem Maße.

6.1.1 Belebung des öffentlichen Raums

»Konkreter Bedarf ist halt, es fehlt halt gewisse Urbanität in manchen Bereichen des Stadtteils« (Interview 15, Bewohner und Landtagsabgeordneter).

Auch wenn das Bedürfnis nach Urbanität sowie der Belebung des öffentlichen Raumes tatsächlich eher unspezifisch ist, wird es von nahezu allen Interviewten aus allen Quartieren des Stadtteils zum Ausdruck gebracht. »Urbanes Leben« fassen Interviewte beispielsweise als ein bestimmtes Dienstleistungs- und Warenangebot, durch Passant*innen belebte Plätze und Straßen, die Möglichkeit zum Verweilen und Flanieren im öffentlichen Raum sowie ein bestimmtes Lebensgefühl. Zwar bietet Ginnheim und gerade die Platensiedlung viel freie Fläche sowie in Teilen einen alten Baumbestand, jedoch ist die meiste Fläche zum Verweilen nicht hinreichend qualifiziert und dahingehend unattraktiv.

»Dann sehe ich ab und zu mal auf dieser großen Wiese eine Familie, die dann Tisch und Stühle aufstellt und dann Picknick machen und dann sind sie wahrscheinlich auch untereinander, weil eine andere Familie wird sich ja jetzt nicht dazusetzen« (Interview 20, Trainerin Budokwan).

Fehlende Sitzgelegenheiten sowie fehlende windstille und überdachte, einladend konzipierte und begrünte Orte zeichnen das Stadtbild. Große Hoffnung besteht, dass im Rahmen des *Grünen Y* vermehrt attraktive Orte im öffentlichen Raum entstehen werden. Bisläng fänden sich kaum Plätze im Stadtteil, an denen sich Menschen aufhalten und welche Interaktionen begünstigen würden. Als positive Ausnahme oder »kleine öffentliche Oase« (Interview 21, Gründerin Initiative Kirchplatzgärtchen) ist der mittlerweile begrünte Kirchplatz in Alt-Ginnheim zu nennen. Zur Belebung zielführend und als temporäre Möglichkeit, Begegnungen anzustoßen, haben sich die regelmäßigen Treffen einzelner Initiativen sowie Veranstaltungen im öffentlichen Raum erwiesen (Stadtteil-, Hof- oder Sommerfeste, Open Air Kino oder Musikveranstaltungen).

»Sowas müsste ab und zu mal sein, dass man sich unverbindlich auf der Gasse trifft [...]. Wo man vielleicht auch nochmal Leute kennenlernt. Ich denke, dass man auch ganz unverbindliche, niedrighschwellige Angebote machen muss, damit die Leute, die entweder selbst schon was machen oder gerne was machen wollen, rauskommen und versuchen, sich zu verbreitern und dass Leute, die das sehen, sich angesprochen fühlen und sagen ›ah jetzt gucke ich mal‹« (Interview 16, Bewohnerin Platensiedlung).

»Dieses Fest war immer ganz wichtig. Um was mit Nachbarn zu machen, um mal zusammenzukommen, sich auszutauschen, einfach um mal in Dialog zu treten und um mal Stimmen einzufangen [...], wie sie das, wie sie diese Situation da oben, diese prekäre Situation da oben auch wahrnehmen« (Interview 22).

6.1.2 Gastronomie

»Dieses um die Ecke mal in die Kneipe gehen, das vermisse ich natürlich schon. Der Adler ist zwar schön im Sommer draußen sitzen, aber das war eine andere Sache« (Interview 9, Bewohnerin Alt-Ginnheim).

»Es gibt kaum Cafés, wo man sich treffen kann und auch sich austauschen kann, es sind nur Bäckereien, wenn dann. Es gibt keine Orte, wo sich alle treffen können« (Interview 11, Bewohner Platenstraße).

Die Gastronomie wird an dieser Stelle gesondert hervorgehoben, da ihr im Vergleich zu anderen kommerziellen Dienstleistungen eine Sonderstellung zukommt. Aus den Berichten vieler interviewter Bewohner*innen geht hervor, dass mit dem Besuch von gastronomischen Betrieben tendenziell viel Lebensqualität verbunden und ihnen die Möglichkeit zugesprochen wird, Begegnung und Interaktion auf eine ungezwungene Weise zu begünstigen. In diesem Sinne sind sie auch als soziale »Türöffner« zu verstehen und bewirken zudem eine Belebung des öffentlichen Raums.

»Man trifft eher Leute in einem Café, als dass man die Leute nach sich zuhause einlädt« (Interview 17, Bewohnerin Steuben-Siedlung).

Am häufigsten beklagt werden fehlende Cafés und Kneipen bzw. Bars. Gerade diesen Betrieben wird ein hohes Potential zur Belebung des Stadtteils zugesprochen. Bis auf vereinzelte Ausnahmen (Café Diplomat, Zum Adler) – die dankbar angenommen würden – finden sich nach Ansicht der Gesprächspartner*innen nahezu keine Angebote im gesamten Stadtteil. Noch eher sind Restaurants zu finden, die jedoch meist zielgruppenspezifisch oder nur von Bewohner*innen Alt-Ginnheims aufgesucht würden sowie angebotsbedingt finanziell voraussetzungsreicher sind.

Insgesamt gibt es also großen Bedarf an diversen Gastronomien, die für unterschiedliche Altersgruppen attraktiv sind. Auch hinsichtlich der Ansiedlung von gastronomischen Betrieben richten die Blicke im Stadtteil aktuell vor allem auf die neue Ladenzeile der Platenstraße, zu deren Belegung die ABG bisher jedoch noch keine öffentliche Auskunft gibt. Laut stellvertretendem Ortsbeiratsvorsteher fanden aber erste Gespräche mit der ABG statt, die zeitnah weitergeführt werden sollen. Ein Mitglied des Ortsbeirates und der Stadtverordnetenversammlung (Die Grünen) ist der Ansicht, die ABG hätte durchaus Möglichkeiten, einem vielversprechenden und bewohnernahen Konzept dabei finanziell entgegenzukommen (Interview 17). Dem entgegnet ein anderes

Mitglied des Ortsbeirates, dass die Direktive der Stadt (Planungsamt bzw. Magistrat) zur Nachverdichtung solche Kooperationen nicht vorschreiben würde. Es gäbe somit keine Einmischung ins operative Geschäft der ABG. Interessierte müssten sich mit einem fertigen Konzept bei der ABG bewerben. So wäre prinzipiell einiges möglich, sofern der Bedarf und soziale Sinnhaftigkeit nachvollziehbar wären. Jedoch müsse der Betrieb eben wirtschaftlich genug sein, um die geforderte Miete zu zahlen. Die Frage der Positionierung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft ABG innerhalb der zukünftigen Siedlungsentwicklung erscheint somit als weichenstellend.

»Also diese Improvisations- und diese Ideenvielfalt auch irgendwie mit einem Laden was zu machen, die wäre hier schon da, das Potential wäre sicher da, nur ob das mit den Ladenräumlichkeiten und den Mieten möglich ist, das steht glaube ich ganz schön in den Sternen« (Interview 17, Mitglied Ortsbeirat für Die Grünen).

Unter Bewohner*innen und engagierten Personen im Stadtteil existiert eine Vielzahl an Vorschlägen: darunter insbesondere ein Cafébetrieb mit breiter Außenterrasse, optional in Kombination mit einer Eisdiele, einem Waschsalon oder Barbetrieb in den frühen Abendstunden. Insgesamt erscheint dabei wichtig, die unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten und Konsumbedürfnisse im Quartier abzuwägen, um dahingehende Ausschlüsse zu vermeiden. Bei der Vergabe könnte der soziale Zweck deshalb ein zentrales Kriterium darstellen, welcher einer wirtschaftlichen Nutzung nicht im Wege stehen muss.

Gerade angesichts des bislang eher unwirtlichen Umfelds wäre jedoch eine kreative konzeptionelle Gesamtvorstellung notwendig. Mehrere Bewohner*innen bekräftigen, dass keine gesichtslose Unternehmenskette die Räume bekommen dürfe. Gerade ein individuelles Konzept, welches nah an den Ideen und Wünschen der Bewohner*innen im Wohnumfeld ausgerichtet sei, würde neue positive Identifikationsmöglichkeiten eröffnen und könne so gleichzeitig eine ausreichende Nachfrage sichern. Würde ein attraktives Angebot gelingen, könnte dieses auch als verbindende Attraktion zwischen Alt-Ginnheim und der Platensiedlung fungieren.

6.2 Soziale Infrastrukturen für Jugendliche

Wie dargestellt (Kapitel 5.4) existiert an beiden Enden des Stadtteils ein jeweils gut ausgestattetes und frequentiertes Jugendzentrum. Zugleich geben die geführten Interviews Hinweise darauf, dass die Jugendzentren offenbar nicht für alle Jugendlichen im Stadtteil ein (regelmäßiges) Anlaufzentrum darstellen.

»Also das Jugendzentrum ist nicht so für die gesamte Jugend hier im Viertel [...]. Ich denke, dass es viele Jugendliche gäbe, die nicht in ein Jugendzentrum gehen, aber trotzdem gerne einen Treffpunkt hätten« (Interview, Bewohnerin Ginnheim).

Auch vor dem Hintergrund der skizzierten sozialstrukturellen und räumlichen Disparitäten des Stadtteils erscheint es nicht ungewöhnlich, dass zwei Jugendhäuser nicht den ganzen Bedarf und die Wünsche aller Jugendlichen im Stadtteil abdecken können. Eine frühere Umfrage unter Jugendlichen hatte ergeben, dass insgesamt zu wenig Aufenthaltsorte im Stadtteil existieren. Diese Aussage sollte nicht als Kritik an bestehenden Einrichtungen, sondern als Bedarf an zusätzlichen und ergänzenden Anlaufpunkten verstanden werden. Zudem kann sie als Konsequenz der fehlenden urbanen Infrastruktur (kommerzielle wie nicht-kommerzielle) und geringen Anziehungskraft öffentlicher Orte im Stadtteil gedeutet werden. Denn über feste Institutionen wie die Jugendzentren hinaus spielt die selbstständige Aneignung und selbstbestimmte Nutzung von Rückzugsorten und Freiräumen, an denen sie nicht unter Beobachtung stehen, eine wichtige Rolle für Jugendliche. Dadurch entsteht jedoch meist eine gewisse Reibung mit den Bedürfnissen (Ruhe, Sauberkeit, Kontrolle etc.) anderer Gruppen.

»Das ist super schwierig, weil die brauchen Platz [...]. Und das ist glaube ich auch ganz normal, dass Jugendliche sich verborgene Ecken suchen, wo sie nicht gesehen werden« (Interview 12, Mitarbeiterin Jugendhilfe).

Dieser Prozess erfordert ebenso Vertrauen und Toleranz der Anwohner*innen wie eine gewisse Rücksichtnahme und Verantwortung der Jugendlichen gegenüber ihrem Wohnumfeld. Die Bereitschaft für solche gegenseitigen Zugeständnisse scheint jedoch gesunken zu sein. Argumentationen würden dabei oft auf Vorfälle in Zusammenhang mit Sachbeschädigung oder Drogendelikten rekurrieren (siehe dazu auch Kapitel 6.5).

»Junge Menschen wollen sich treffen und wollen sich für sich treffen und was die da machen, jeder, der jung war, kann sich erinnern, man hat sich zusammengeschockt, man hat gequatscht, man hat getrunken, man weiß nicht was, man muss nicht gleich ausufernd aber sich treffen auf den Bänken, mit auf der Banklehne sitzen, warum auch immer in dem Alter. [...] das wird wenn das ein paar Tage hintereinander geht und laut ist nachts um 11 von irgendwelchen Leuten und dann werden Bänke abgebaut und so Geschichten, um diesem Ärger zu entgehen und das ist eigentlich ganz blöd, weil man kann eigentlich mit diesen Gruppen reden« (Interview 17, Anwohnerin Steuben-Siedlung).

Hier scheint von der zukünftigen Quartiersarbeit verstärkte Vermittlungsarbeit gefragt zu sein. Die Anwohnerin berichtet weiter, dass der erste Quartiersmanager solche Gespräche aktiv gesucht habe und damit oft für beide Parteien zufriedenstellende Kompromisse erzielt habe. Ganz konkret zeige sich jedoch auch unter Jugendlichen der Wunsch nach einem attraktiven Café sowohl innerhalb der Platensiedlung als auch in Alt-Ginnheim, wie verschiedene Interviewpartner*innen berichten. Darüber hinaus existiere der Bedarf an überdachten Aufenthaltsmöglichkeiten sowie verbesserten Sportflächen.

»Ein ›Unterstand‹ [Gänsefüßchen angedeutet] für Jugendliche und junge Erwachsene wäre schon mal ein Fortschritt, damit sie sich nicht mitten auf der Straße treffen müssen, wo dann jede*r Autofahrer*in: ›Wieso steht ihr mir im Wege?‹« (Interview 16, Bewohnerin Platensiedlung).

Das sogenannte »Wunschkonzert« (2020) des Jugendzentrums hat zudem folgende weiteren Infrastrukturwünsche von Jugendlichen offenbart: eine Eisdiele, Pizzeria, ein Käfig zum Kicken, mehr Begegnungsorte, insgesamt mehr Geschäfte und Läden sowie eine einladende Optik ihres Wohnortes Platensiedlung. Der frühere Quartiersmanager zeigt zudem auf, dass aktuell ungenutzte oder als vermeintliche »Unorte« wahrgenommene Flächen ohne größeren finanziellen Aufwand qualifiziert werden könnten. Gerade für Jugendliche im Stadtteil stellen die verschiedenen Flächen unterhalb der Hochstraße Rosa-Luxemburg bereits jetzt Anziehungspunkte dar:

»Unter der Rosa-Luxemburg diese Räume, die könnte man so toll nutzen, für Kunstprojekte, für Sportprojekte, da könnte man wirklich tolle Räume schaffen, ja, das ist so verlorener Raum, überdachter, verlorener Raum [...] mit ganz einfachen Mitteln, Basketballkörbe, Rollschuhbahn könnte man hinhauen, ohne viel Geld« (Interview 24, früherer Quartiersmanager).

6.3 Soziale Infrastrukturen für Kinder

In Bezug auf wichtige Infrastrukturen für Kinder wurden der Abenteuerspielplatz Colorado Park sowie der Kinder- und Jugendzirkus Zarakali bereits als außergewöhnliche und kreative Angebote im Stadtteil herausgestellt. Neben vielfältigen Spiel- und Sportmöglichkeiten bieten beide Institutionen auch attraktive pädagogische Ansätze, die sie stadtweit beliebt machen. Auch der Jugendclub Stefan Zweig eröffnet für Kinder des Stadtteils wichtige sozialpädagogische Angebote. In allen drei Fällen scheint wichtig, die Bekanntheit im Stadtteil aufrechtzuerhalten bzw. zu fördern und damit sicherzustellen, dass gerade Kinder aus einem sozial benachteiligten Umfeld von existierenden Angeboten erreicht werden.

Zusätzlichen Bedarf ergeben die geführten Gespräche hinsichtlich der Ausstattung und Qualifizierung bestehender Spielgelegenheiten im öffentlichen Raum. Im Zuge des *Grünen Y* wurde für die zentrale Grünfläche am Zirkus Zarakali eine moderne Spielfläche angekündigt. Da Spielflächen in der Regel jedoch im direkten Wohnumfeld genutzt werden, ist ihr Bedarf im gesamten Stadtteil zu decken. Die Situation der Spielgelegenheiten im Innenhof Ginnheimer Straße beschreibt eine Interviewpartnerin:

»Also da wurde auch schon öfter versucht, Konflikte zu klären oder eine Lösung zu finden, aber es ist sehr, sehr schwierig, weil das sehr in die Wohnungen reinhallt, wenn da unten Kinder rennen oder mit dem Ball spielen. Es ist nicht dafür ausgelegt, dass da unten sich überhaupt Kinder aufhalten. Ich weiß nicht, ob du

den Spielplatz gesehen hast, das ist schon traurig. Das tut schon weh und keiner macht was. Das ist schon seit Jahren so« (Interview 22).

Ein aus der Platensiedlung sowie insbesondere aus dem Wohnkomplex Ginnheimer Landstraße geschildertes Problem sind Konflikte aufgrund der Lautstärke spielender Kinder bzw. der Reaktionen von Anwohner*innen. Auch hier erscheinen verstärkt Vermittlungsarbeit, eventuell aber auch alternative Spielmöglichkeiten notwendig.

Gerade die Grün- und Freiflächen bieten für Kinder ein potentiell attraktives Wohnumfeld, deren Fortbestand erstrebenswert erscheint. Neben den Spielflächen selbst bemängeln Bewohner*innen fehlende oder unattraktive Sitzgelegenheiten für Eltern. Im Sinne von Begegnungsräumen erscheinen diese jedoch relevant. Zur Gewährleistung von Spielmöglichkeiten im öffentlichen Raum als auch von sicheren Schulwegen müsste Anwohner*innen zufolge auch die Verkehrsführung stärker in den Blick genommen werden. Einige genannte Straßen im Stadtteil werden besonders für Kinder als Gefahrenquelle betrachtet.

6.4 Weitere soziale Infrastrukturen

Neben dem Bedarf an zusätzlichen Räumen (insb. Kapitel 6.1) zeigt sich die Frage nach dem Zugang zu bestehenden Räumen und Nutzungsmöglichkeiten als ebenso zentral. Aktuell würde der fehlende Zugang zu passenden Räumen selbstorganisierte Angebote von Initiativen und Bewohner*innen (beispielsweise Yoga, Eltern-Kind-Sport, Gymnastik) stark einschränken oder ganz unterbinden. Unverständnis und Frust erregt diese Situation vor allem angesichts der bereits bestehenden Kapazitäten, insbesondere der zwei existierenden Sporthallen im Umkreis der *Housing Area*. Bewohner*innen berichten, weder die Sporthalle neben der Astrid-Lindgren-Schule nach Schulschluss noch die des Sportvereins Makkabi e.V. mitnutzen zu können.

Die unbefriedigende Raumsituation wird vor allem am Beispiel des Sportvereins Budokwan e.V. sichtbar. Obwohl Budokwan e.V. der bedeutendste Sportverein der Platensiedlung ist und faktisch einen zentralen Beitrag zur präventiven Kinder- und Jugendarbeit leistet, berichten die Trainer*innen von einer zermürbenden Raumsituation. Außerhalb der Pandemie trainiert der Verein in der Aula der Astrid-Lindgren-Schule. Neben den für Budokwan e.V. hohen Mietkosten (600-800 Euro pro Monat) bedeutet dies für die Trainer*innen, vor und nach jedem Training ca. 100 Kampfsportmatten auslegen bzw. stapeln zu müssen. Die Sporthalle steht dem Verein zum Training jedoch nicht zur Verfügung. Bewohner*innen und Engagierte fordern deshalb, dass gerade ehrenamtliche sowie sozial ausgerichtete Angebote im Stadtteil mehr Unterstützung von bestehenden Institutionen erfahren – wozu auch eine kostenlose Nutzung verfügbarer Räume gehöre. Die Vermittlungsarbeit des Quartiersmanagements erscheint an dieser Stelle ein Lösungsansatz.

Der evangelische Gemeindepfarrer verweist darauf, dass auch die muslimischen Bewohner*innen die Möglichkeit bekommen müssten, eine ausreichend große und adäquate Moschee im Stadtteil zu bauen. Wünschenswert wäre für ihn jedoch in erster Linie ein umfassender Gemeindebau, indem verschiedene Konfessionen und säkulare Zwecke vereint werden.

»Das ist politisch gerade, teilweise aus nachvollziehbaren, teilweise aus bedenklischen Gründen nicht so en vogue, aber es wäre wegweisend« (Interview 6, Gemeindepfarrer).

6.5 Kultur- und Freizeitangebote

Viele der Gesprächspartner*innen sehen einen hohen zusätzlichen Bedarf an Kulturveranstaltungen verschiedenster Art. Dies bestätigen nahezu alle interviewten Initiativen und Institutionen aus ihren Kontakten in den Stadtteil hinein. Auch wenn einzelne Veranstaltungen nicht immer direkt angenommen würden, müssten Angebote wiederholt und niedrigschwellig an Bewohner*innen herangetragen werden:

»Ich glaube, dass man immer wieder die Tür offenhalten muss und die nicht zumachen darf. Ich merke es ja selber: Man hat Ansprüche an eine Veranstaltung, man hätte gerne so und so viel Gäste und das und das und am Ende läuft es ganz anders und man ist dann unzufrieden, weil seine Ansprüche und man sieht aber gar nicht, was ansonsten stattgefunden hat während dieser Veranstaltung [...]. Ich glaube, man muss da nach dem Positiven schauen und natürlich muss man vieles ausprobieren« (Interview 12, Mitarbeiterin eines Trägers der Jugendhilfe).

Die Expertin sieht auch im Kulturbereich für Kinder und Familien Defizite. Gerade kulturelle Infrastrukturen wie Kino, Theater oder Ausstellungsräume wären im Stadtteil nicht zu finden, »wo Kinder auch nochmal anderes lernen oder anderes zu sehen kriegen, sich selber bilden können« (Interview 12). Generell müssten mehr offene Angebote vor Ort gemacht werden, da gerade sozial benachteiligte Haushalte – und speziell Kinder – oftmals nur Angebote ihres direkten Wohnumfelds wahrnehmen könnten.

»Es gibt viele Menschen, die dort leben und die viel, viel Zeit dort verbringen, also die nicht rauskommen aus diesem. Das sind ja keine Menschen, die sagen dann, ja gut ich gehe am Museumsufer spazieren und gucke mir drei Ausstellungen an. Das werden da wenig Menschen machen, deswegen müssen die Ausstellungen dort hinkommen« (Interview 12).

Die Erfahrung interviewter Initiativen und Institutionen zeigt, dass offene und sichtbare Veranstaltungen im Stadtteil (beispielsweise Open Air Kino, Flohmarkt, auf aktuelle Jugendkultur ausgerichtete Veranstaltungen in der Platensiedlung, Hoffeste) nahezu durchweg anziehend wirken und auch Leute ansprechen, welche in die organisierenden

Strukturen bislang nicht eingebunden sind. Durch die bestehenden Initiativen und Institutionen scheint das hier konstatierte Defizit größerer Infrastrukturen auch in Teilen aufgefangen zu werden.

Institutionen wie das Nachbarschaftszentrum (NBZ) in Alt-Ginnheim haben sich durch ihr seit vielen Jahren beständiges und vielfältiges Kulturangebot einen renommierten Stand unter vielen Bewohner*innen erarbeitet. Auch weitere zielgruppenspezifische Angebote finden sich im Stadtteil, wie beispielsweise für geschichtsinteressierte Personen, für kulturinteressierte Senior*innen oder für Urban Gardening und ökologische Bildungsprojekte. Gerade bei jungen Initiativen wie SaloonY e.V., dem Elterncafé oder Jamii e.V wird im Rahmen der Interviews zudem ersichtlich, dass diese die beschriebenen sozialen Trennlinien (wie Quartier, Einkommen, Nationalität, Religion, Bildung oder kulturelle Hintergründe) durchkreuzen können. Die Gründerin von SaloonY e.V. beschreibt, dass die Interessen der Bewohner*innen vor Ort letztlich auch die Gestalt der Initiative selbst bestimmen. Aktuell scheinen gerade neue Kooperationen im Bereich Musik- und Jugendkultur das bisherige Angebot noch stärker für Jugendliche zu öffnen.

»Ich halte das Thema HipHop und sozusagen Jugendkultur für sehr, sehr zielführend, weil es dieses breite, also diese schwierig zu erreichende Gruppe nochmal, da immer wieder dranzubleiben« (Interview 5, Gründerin SaloonY e.V.).

Insgesamt zeigt sich, dass Infrastrukturen im Kulturbereich (ähnlich wie im Bereich Sport) begrenzt sind, die Defizite jedoch in Teilen durch die vielseitigen Angebote ehrenamtlichen Engagements und institutionalisierter Einrichtungen kompensiert werden. Damit verbunden ist die Frage ausreichender räumlicher, personeller und finanzieller Ressourcen. Viele Interviews mit engagierten Personen zeigen jedoch auch, dass bereits aktuell fruchtbare Kooperationen zwischen professionellen und ehrenamtlichen Kräften im Stadtteil zustande kommen. Gute Vernetzungsarbeit, eine zielgerichtete Bündelung bestehender Ressourcen sowie projektorientierte finanzielle Förderungen haben sich für den Stadtteil bereits als gewinnbringend erwiesen.

6.6 Zugang zu Informationen

Zusätzlichen Bedarf offenbaren die Interviews zudem bei der Verteilung von Informationen im Stadtteil. Insbesondere für kürzlich zugezogene, fremdsprachige oder ressourcenschwächere Haushalte wären wichtige Informationen oft nicht bekannt. Das würde beispielsweise soziale Beratungs- und Hilfsangebote, aber auch Kulturveranstaltungen betreffen. Die Mitarbeiterin eines Trägers der Jugendhilfe berichtet, dass Informationsverteilung gerade dann zum Problem würde, wenn Haushalte nicht an Kinder- oder Jugendeinrichtungen im Stadtteil angegliedert sind. Diese könnten erfahrungsgemäß »einiges auffangen, aber auch nicht alles auffangen« (Interview 12).

»Gerade die Alleinerziehenden, Alten mit vielleicht Migrationsbiografie sind Menschen, die wahrscheinlich schwer zu erreichen sind« (Interview 12). Ein Problem wäre zudem, dass sich die Sozialrathäuser der Stadt auf wenige Standorte verteilen und Ginnheim dem Sozialrathaus Nord zugeteilt ist, welches nahe dem Campus Riedberg und damit äußerst weit entfernt liegt. Das Sozialrathaus Dornbusch liegt vor der Haustür, wäre aber nicht zuständig. Diese Situation würde dazu führen, dass auch im Stadtteil oft fachlich kompetente oder zumindest grundlegende Beratungsarbeit notwendig wäre.

Aus den Gesprächen mit Institutionen und Bewohner*innen wird deutlich, dass Einrichtungen der Sozial- und Jugendhilfe manchmal auch langjährigen Nachbar*innen noch unbekannt geblieben sind. Abseits der engagierten Personen selbst scheinen auch die politischen und bürgerschaftlichen Gremien vielen Bewohner*innen unbekannt zu sein. »Viele wissen nicht, dass es überhaupt Gremien gibt« (Interview 15, Bewohner und Landtagsabgeordneter). Gleiches betrifft die Einrichtung des Quartiersmanagements, so die Einschätzung mehrerer Interviewter. Konkret formulieren Personen deshalb die Vorschläge, an einem leicht verständlichen, übersichtlichen Informationsportal weiterzuarbeiten, Informationstafeln und Beschilderungen im öffentlichen Raum anzubringen und einen zentralen und sichtbaren Ort als Sitz des Quartiersmanagements auszuwählen.

7 Engagement

In den bisherigen Kapiteln wurden Berichte und Beobachtungen zusammengetragen, aus denen hervorging, dass in einigen Gebieten des Stadtteils gehäuft Menschen leben, die von sozialer Benachteiligung betroffen sind, dass segregierte Lebensformen, teilweise auch soziale Spannungen wahrgenommen werden. Zugleich stellt die große Anzahl engagierter Personen eine auffällige Besonderheit Ginnheims dar. Prinzipiell können darunter alle Personen gefasst werden, die sich beruflich in Institutionen, vor allem aber ehrenamtlich als Einzelpersonen oder innerhalb von Initiativen für die Entwicklung des Stadtteils, den sozialen Zusammenhalt oder eine spezifische Zielgruppe einsetzen und Angebote eröffnen.

»Ich habe ja wirklich auch in anderen Stadtteilen gewohnt, ich sehe schon den Unterschied in Ginnheim, dass echt Ginnheim sehr aktiv ist, also was das ehrenamtliche -, ja, was da Ehrenamtliches besteht« (Interview 18, Bewohnerin und Mutter).

»Dass sich doch viele Leute immer noch einen Kopf machen, wie geht es hier weiter [...]. Wo ich schon mitkriege, viele wollen was machen, ja« (Interview 24, erster Quartiersmanager).

Die deutliche Wahrnehmung des bestehenden Engagements scheint angesichts der eigenen Einbindung der meisten Interviewten in eine oder mehrere ehrenamtliche Tätigkeiten nicht verwunderlich. Gleichzeitig zeigen die Berichte aus den sozialen Bezugsfeldern der Gesprächspartner*innen, dass ein sehr viel größerer Personenkreis (als der in der Studie vertretene) zu den engagierten Personen im Stadtteil gerechnet werden kann.

Bewohner*innen engagieren sich im Stadtteil über die ehrenamtliche Unterstützung bestehender Institutionen, beispielsweise im Elternbeirat einer Kindertagesstätte, im Förderverein der Astrid-Lindgren-Schule, als »Lese-Oma« im Kindergarten, als »Sauberkeitsengel« bei der Säuberung von Grünflächen oder in der Unterstützung von Trägern zur Hilfe von geflüchteten Menschen. Einzelpersonen (beispielsweise der stellvertretende Ortsbeiratsvorsteher oder der interviewte Landtagsabgeordnete der SPD) treten auch als Moderator*innen in Konflikten auf oder werden für Hilfestellungen gezielt aufgesucht. Einige Personen setzten dabei bewusst persönliche Ressourcen, eigene Migrationserfahrungen, Fremdsprachenkenntnisse, interkulturelle Kompetenzen, ihre öffentliche Bekanntheit im Stadtteil oder bestehende private oder persönliche Kontakte ein.

»Mir war das auch sehr wichtig, dass ich in der Schule weiter präsent bin, weil die ja auch so einen gewissen Ruf hat, dass sie einen sehr hohen Ausländeranteil hat,

ich bin selber auch Ausländer, ich habe auch Migrationshintergrund und wir haben ganz gezielt die Marie³⁵ nicht in eine private Schule gegeben [...]. Aber mir war das wichtig, dass so Schlüsselfamilien einfach wertvoll sind für so eine Schule, die engagiert sind, vielleicht mal so ein bisschen das Klischee aufbrechen und sagen, dass nicht alle gleich sind [...] das sind alles tolle Kinder und auch bei den Eltern, dass man da nochmal einen Blick hat, wo rührt vielleicht da ein bisschen Frust auf und woher kommt diese Stimmung auch und da habe ich mich auch im Elternbeirat verpflichten lassen und auch im Förderverein« (Interview 4, Mutter und Bewohnerin).

Engagement wird also auch bewusst eingesetzt, um sozialstrukturelle Probleme aktiv zu adressieren und mit dem eigenen Wirken gegen bestehende Stigmata anzugehen. Zudem ist die Vielzahl an selbstorganisierten Initiativen im Stadtteil sowie die Diversität ihrer Themenfelder außergewöhnlich.

7.1 Initiativen im Stadtteil

Die existierenden Initiativen im Stadtteil beruhen auf sehr unterschiedlichen Organisationsformen. Während viele in Vereinsform und teilweise bereits seit mehreren Jahrzehnten bestehen, existieren auch informellere Organisationsformen. Die Kommunikation der Gruppen erfolgt in vielen Fällen über den Betrieb von Homepages und Newslettern oder Social-Media-Kanälen, teilweise sogar über eigens eingerichtete Informationsportale (SaloonY e.V.). Andere kommunizieren über Emailverteiler, gedruckte Programmhefte oder Chatgruppen (Eltern-Lounge).

Äußerst vielfältig sind die unterschiedlichen thematischen Schwerpunkte der Ginnheimer Initiativen. Die größte Anzahl vertretener Initiativen lässt sich unter dem breiten Themenfeld Kulturarbeit fassen. Schwerpunkte bilden dabei unter anderem Musik – von HipHop (SaloonY e.V. und JUZ) bis Shanty-Chor (Seniorenklub) –, Filmvorführungen, Tanz oder Graffiti, Fotografie, Austausch über moderne Kunst, Geschichtsarbeit mit eigener Ausstellungskonzeption (Geschichtskreis), aber auch *Natural Hair Care* für Black und Women of Colour (Jamii e.V.) oder performative Stadtteilrundgänge (beispielsweise »Nächster Halt G-Town«). Im Bereich vorwiegend sozial oder politisch motivierter Projekte finden sich selbstorganisierte Hilfsangebote für Geflüchtete (Eltern-Lounge), Gruppen und *Safe Spaces* zum Austausch über Rassismuserfahrungen und Empowerment-Strategien (Jamii e.V.), aber auch ökumenische Nachbarschaftshilfe (Soziale Kontakte Ginnheim) sowie die parteipolitischen Ortsvereine. Andere Initiativen fokussieren auf ökologische Themen wie Urban Gardening (Initiative Kirchplatzgärtchen), Umweltbildungsangebote oder ein geplantes integratives Begrünungsprojekt. Konkret auf Vernetzung und interkulturellen Austausch wirken auch veranstaltete

³⁵ Name geändert.

Sprach- und Elterncafés hin. Als weiteres großes Themenfeld ergibt sich Sport und Bewegung, im Sinne von Turn- und Fußballvereinen, Gruppenwanderungen, Zirkus-Training (Zarakali) oder Taekwondo (Budokwan e.V.).

Auch ein expliziter Quartiers- oder Siedlungsbezug ist für die Arbeit mancher Initiativen richtungsweisend. Wie bereits im Namen des Vereins IDEAL³⁶ deutlich wird, stand die Interessenvertretung der Bewohner*innen gegenüber den Vermieter*innen und städtischen Ämtern im Vordergrund. Ebenso weist die Kulturarbeit von SaloonY e.V. mit ihrem Fokus auf die Platensiedlung einen konkreten Ortsbezug auf.

In vielen Initiativen, aber auch in den festen und langjährigen Institutionen des Stadtteils vermischen sich ganz verschiedene Tätigkeitsfelder und Wirkungsweisen. Oftmals sind gerade die »Nebeneffekte« der eigentlichen Aufgabenbeschreibung von großer Bedeutung für die Quartiersentwicklung, wie etwa am Beispiel des KiFaZ Morgenstern deutlich wird, vor dessen Gebäude das Elterncafé ins Leben gerufen wurde:

»Das KiFaZ Morgenstern, muss ich schon sagen, hat immer einen Ursprung in vielen Bewegungen gehabt, ne also wenn man sein Kind hier hat und irgendwie hier im Elterncafé engagiert war, hat man erstmal Berührungspunkte, die hatte ich davor auch nicht. Ich hatte davor keine Berührungspunkte mit Menschen, ich muss ehrlich sagen, ich habe das erste Mal Menschen aus Pakistan, aus Afghanistan so hautnah erleben dürfen, davor hatte ich keine Berührungspunkte zu solchen Kulturkreisen gehabt« (Interview 4, engagierte Mutter und Bewohnerin).

Ebenso beschreiben die Übungsleiter*innen von Budokwan e.V., dass ihre faktische Aufgabe aus weit mehr als dem sportlichen Training besteht:

»Speziell wie wir diesen Sport betreiben, wir betreiben das so wie eine Familie und aus diesem Grund sind wir ganz viel involviert in die Sozialarbeit in Ginnheim und auch ganz viel durch die Familien, die nicht so viele Möglichkeiten, ökonomische Möglichkeiten haben [...] Unsere Arbeit ist fast nur zu 50 Prozent Sport, die anderen 50 Prozent ist soziale« (Interview 20).

Neben dem physischen Training stünden gerade die Ausbildung psychischer Stabilität, aber auch sozialer und freundschaftlicher Werte im Vordergrund. Auch die Gründerin von SaloonY e.V. begreift Kultur als Vehikel, um Verbindungen innerhalb der heterogenen Bewohnerschaft aufzubauen: »Das ist meine persönliche Überzeugung, dass niedrigschwellige Kultur verbindet und Berührungspunkte abbaut« (Interview 5).

Genauso vielfältig wie die thematischen Schwerpunkte der einzelnen Initiativen und Vereine sind die von ihnen genutzten Formate. Darunter finden sich Workshops, Straßenfotografie mit Jugendlichen, Vorführungen, Lesungen, Kochabende, kleinere und

³⁶ Interessengemeinschaft der ehemaligen amerikanischen Liegenschaft. Seit Übernahme der Aufgaben durch die „Aktive Nachbarschaft“ betreibt IDEAL selbst keine aktive Vereinsarbeit mehr.

größere öffentliche Feste, Gesprächsrunden bei Kaffee und Tee, gemeinsames Singen, Printmedien, Gottesdienste, gemeinsame Ausstellungsbesuche sowie verschiedenste Kooperationen mit Institutionen (z.B. Historisches Museum), Fachleuten (z.B. Medienpädagog*innen), Künstler*innen und Engagierten von außerhalb:

»Wir sind für alle offen, die irgendwie mit Kreativität oder niedrigschwelliger Kultur, Soziokultur sage ich mal, beschäftigt sind. Egal woher ihr kommt, ob ihr aus der Stadt kommt oder aus Hessen oder bundesweit, für uns ist nur wichtig, wenn wir Partner werden wollen, dass es einen Mehrwert physisch ganz konkret für den Ort Platensiedlung gibt« (Interview 5, Gründerin SaloonY e.V.).

An Zielgruppen werden alle Altersgruppen abgedeckt, da die Angebote vom KiFaZ für Kleinkinder bis hin zum Seniorenklub reichen. Viele Einrichtungen und Initiativen richten sich dabei ganz bewusst an verschiedene Altersgruppen, um nicht nur unterschiedliche Milieus, sondern auch Generationen zusammenzubringen, so beispielsweise der Anspruch des Nachbarschaftszentrums (NBZ). Während einige Initiativen ganz bestimmte Zielgruppen mit ihren Angeboten erreichen, etwa geschichtsinteressierte Personen (Geschichtskreis), junge Mütter (Eltern-Lounge) oder afrodiasporische Frauen und Women of Colour (Jamii e.V.), entwickeln sich Zielgruppen und Mitglieder mancher Gruppen auch kontinuierlich weiter. Budokwan e.V., Zarakali oder der Abenteuerspielplatz begleiten Kinder oft über viele Jahre, bis diese Jugendliche oder junge Erwachsene geworden sind.

Sehr unterschiedlich sind auch die Finanzierungsquellen der Angebote im Stadtteil. Teilweise erhalten Initiativen und Vereine regelmäßige Fördergelder (beispielsweise des Jugend- und Sozialamts oder des Sportamts), teilweise Unterstützungen über Projektpässe des Quartiersmanagements. Andere finanzieren sich größtenteils durch eigenständig beantragte Projektförderungen aus Mitteln von Bund, Land oder der Stadt Frankfurt. Bemerkenswert ist zudem, dass viele mittlerweile fest institutionalisierte Einrichtungen des Stadtteils (z.B. das Nachbarschaftszentrum, das KiFaZ Morgenstern, der Zirkus Zarakali oder der Abenteuerspielplatz) ursprünglich als kleine progressive Initiativen gestartet sind.

7.2 Soziale Reichweite des Engagements

Vor dem Hintergrund der sozialräumlichen Disparitäten im Stadtteil einerseits und des vielfältigen Engagements andererseits erscheinen zwei Fragen von Interesse: Zum einen, wie sich das Engagement im Stadtteil räumlich verteilt und zum anderen, wer vom Wirken der Initiativen erreicht wird.

»Es sind halt sehr viele Bildungsbürger*innen dabei [unter den Aktiven]« (Interview 16, Bewohnerin und Mitglied im Ortsbeirat).

Mehrere Interviewte äußern die Annahme, dass sich das Engagement trotz seiner Vielfältigkeit in der Hauptsache auf bestimmte Quartiere und bestimmte Milieus im Stadtteil zurückführen lasse. Gebiete mit einer höheren Konzentration an ressourcenschwächeren Personen (wie den südlichen Teil der Platensiedlung oder den Wohnkomplex Ginnheimer Straße) wären unterrepräsentiert und sozial benachteiligte Personen würden weniger partizipieren. In einer groben Tendenz lässt sich diese Vermutung auch anhand des Gesprächsmaterials bestätigen. Neben den bereits beschriebenen segregierend wirkenden Mechanismen im Stadtteil scheint bei bestehenden Initiativen jedoch auch ihre inhaltliche Ausrichtung für die Partizipationsbereitschaft weiterer Bewohner*innen entscheidend. Die Beteiligung könnte dennoch weniger örtlich als vielmehr durch eine bestimmte individuelle Ressourcenausstattung bedingt sein. Ähnlich verhält es sich mit der Reichweite der einzelnen Initiativen, also der Frage, wer von gestellten Angeboten erreicht wird, auch ohne selbst bereits aktiv mitzuwirken. In verschiedenen Kontexten wird die Frage gestellt, ob auch sozial benachteiligte Gruppen vom vorhandenen Engagement profitieren – oder anders formuliert, welche Wirkung das Engagement im Stadtteil entfalten kann und inwieweit es zu Beteiligung einlädt.

»Es bemühen sich unglaublich viele Institutionen irgendwie um Leute, die sich selbst nicht als Träger dieser Prozesse sehen« (Interview 6, Gemeindepfarrer).

Wie bekannt die Angebote unter weniger involvierten Personen im Stadtteil tatsächlich sind, lässt sich auf Grundlage der vorliegenden Daten schwer sagen. Existierende Beispiele sprechen dafür, dass strukturelle Barrieren in der Tat eine Rolle dabei spielen, dass sozial benachteiligte Personengruppen von bestimmten Angeboten nicht erreicht werden. Eine Gründerin des Zirkus Zarakali erklärt etwa, dass sie gezielt wöchentlich einen offenen Trainingstag anbietet, um Kindern ohne formelle Hürden die Möglichkeit zum Kennenlernen oder auch zur regelmäßigen Nutzung des Angebots bieten zu können. Trotzdem würden für Kinder des direkt angrenzenden Wohngebiets oft Hürden verbleiben:

»Und dann kommt wahrscheinlich dann dazu eben auch noch, dass Familien aus der Platensiedlung oder einige Familien aus der Platensiedlung nicht 100 Prozent damit beschäftigt sind, wie das Wohl ihrer Jüngsten [...] zu optimieren wäre, sprich, entweder finden die Kinder allein hier rein, aber da ist die Sorge nicht so groß von Seiten der Eltern, nicht von allen, die hier wohnen, aber von manchen, denen ist es recht egal, wo der oder die den Nachmittag verbringt oder so. Sprich, an vier Tagen in der Woche wäre das aber unbedingt mit dem Einverständnis der Eltern verknüpft, dass die hier landen, weil das per Anmeldung sozusagen organisiert ist und nur an einem Tag ist das so niedrigschwellig, dass man halt nur noch eine Uhr haben muss« (Interview 13, Zirkus Zarakali).

Dementgegen finden sich im Gesprächsmaterial aber auch Indizien dafür, dass es Initiativen dennoch gelingt, einen sehr diversen Personenkreis mit ihren Angeboten zu erreichen, diesen sogar zu eigenem Engagement zu motivieren und damit die vermuteten Grenzen ihrer Wirkungsweise zu verlassen. Ob eine solche breite Wirkungsweise in den Stadtteil hinein gelingt, hängt somit – trotz bestehender struktureller Barrieren – auch von individuellen Faktoren einzelner Initiativen und Angebote ab.

Der Gemeindepfarrer verweist darauf, dass verschiedene Institutionen, worunter beispielsweise die evangelische Kirche, aber auch politische Parteien fallen, innerhalb der Platensiedlung keine (organisierte) Anhängerschaft und wenig Rückhalt hätten. Dies hätte zwar einerseits mit sozioökonomischen bzw. milieuspezifischen Faktoren zu tun, andererseits jedoch schlichtweg damit, dass Bewohner*innen verstärkt anderen Religionen angehören würden. Auch Initiativen aus Alt-Ginnheim scheinen in die Platensiedlung hinein wenig Reichweite zu haben und in Teilen auch bestimmte Milieus nicht zu verlassen. Dem entgegen weist gerade das Nachbarschaftszentrum (NBZ) eine breite Ausstrahlungskraft in verschiedene Milieus und Altersgruppen hinein auf.

Ein erstaunliches Positivbeispiel stellt auch der Kampfsportverein Budokwan e.V. dar, da seine Bekanntheit und die Nachfrage nach seinen Angeboten über milieu- oder schichtspezifische Grenzen hinweg im gesamten Quartier Platenstraße groß sind. Nach eigener Aussage würden 90 Prozent der insgesamt 180 Mitglieder aus der Platensiedlung kommen. Eine Mutter erzählt, dass nahezu aus jeder Familie im Quartier mindestens ein Kind den Verein durchlaufen würde. Eine ähnliche Bekanntheit, Nachfrage und heterogene Zielgruppe scheint auch der Colorado Park sowie der Chor Frankfurter Spatzen (ehemals: Ginnheimer Spatzen) aufzuweisen.

Ein weiteres Beispiel dafür, dass durch eine flexible Programmausrichtung und die zielgerichtete, ausdauernde Ansprache verschiedener Gruppen von Bewohner*innen eine große Reichweite in das gesamte Quartier hinein gelingen kann, ist SaloonY e.V.:

»Also wen wir erreichen, das ist wirklich sehr heterogen [...]. 2020 bei dem Kino, das war sehr gemischtes Publikum, das ist sozusagen meine Idealvorstellung, dass da Leute kommen, also Familien, es kamen Familien aus der Franz-Werfel-Straße [...] und es kamen genauso alte Menschen aus dem Dichterviertel [...] und es kamen auch junge Menschen aus der Stadt, also genauso wie ich es mir vorstelle. Ich möchte nicht die eine Zielgruppe, weil sie es brauchen, sondern es geht wirklich um diese Durchmischung« (Interview 5, Gründerin SaloonY e.V.).

Der beschriebenen Veranstaltung ist offenbar der schwierige Spagat gelungen, ein kulturelles Angebot zu machen, welches verschiedene soziale Gruppen und Milieus gleichzeitig anspricht. Die Gründerin verweist jedoch darauf, dass solche Erfolge ein kontinuierliches Angebot voraussetzen würden. Zudem dürfe nicht vom ersten Kontakt an ein unmittelbares eigenes Engagement der Leute erwartet werden. SaloonY e.V. richtet

seine thematischen Inhalte mitunter ganz gezielt auf die Interessen der Bewohner*innen aus, die von bisherigen Angeboten bislang noch nicht erreicht werden. Gerade Jugend- und Musikkultur nehmen deshalb einen zunehmend wichtigeren Stellenwert der Arbeit ein. Als Schlüssel für die erstaunlich flexible Programmausrichtung erweisen sich stadt- und überregionale Kooperationen. Ein ähnliches Erfolgsrezept beschreibt auch der interviewte Bewohner und Landtagsabgeordnete (SPD):

»Oder ich habe eine Tagung organisiert mit Jugendlichen zum Thema ›Kunst, Kultur, Kommerz‹, waren 120 Jugendlichen da, die waren nicht alle von guten Elternhäusern. Es ist eine politische Veranstaltung ja, mit Polizei, mit Graffiti-Künstlern, mit Rappern, mit bekannten Rappern. Viele wollen ja auch irgendwelche Verträge abschließen, was weiß ich, mit Rechtsanwälten, die sich damit befassen haben. Die Jugendlichen sagen: ›Ja, da muss ich hin, ich mache ja auch Musik.‹ Dann kamen sie und haben mit Arbeitsgruppen diskutiert. Aber man muss Themen finden, die bis jetzt andere noch nicht gemacht haben, um das Interesse der Jugendlichen zu wecken« (Interview 15).

Als bewährte Möglichkeit, Zugang zu neuen Zielgruppen sowie Austausch und Vernetzung der Bewohner*innen zu schaffen, schildern mehrere Initiativen die Strategie, in den (bislang meist unbelebten) öffentlichen Raum vorzudringen und offene Gelegenheiten zu etablieren. Neben großen Veranstaltungen, wie Hof- und Quartiersfesten oder Tagungen und Konzerten, verdeutlichen dies auch weniger aufwendige Interventionen in den öffentlichen Raum, wie etwa der Ausschank von Tee vor dem KiFaZ Morgenstern. Ganz zentral, um auch schwieriger zu erreichende Gruppen anzusprechen, sei sowohl die Form als auch Kontinuität der Ansprache bestimmter Zielgruppen, betont die Gründerin von SaloonY e.V.:

»Da steckt dahinter richtig viel Arbeit, zum einen und zum anderen, das ist sozusagen, das musst du, also Ziel, das passiert nicht von alleine, sondern das passiert auf mehreren Ebenen dieser Öffentlichkeitsarbeit. Angefangen mit diesen vielen Whatsapp-Gruppen, da geht es über, bei solchen Events drucken wir mindestens 1000 Flyer und wir gehen an alle Briefkästen. Weil prozentual sind es immer noch wenig, aber weißt du, wenn ich 10 Leute da erreicht habe, dann habe ich schon viel erreicht [...] wir haben immer bei der Franz-Werfel-Straße und bei der Brücke angefangen und die Leute wissen das auch. Das sind auch die Leute, die ich auch sehr gut bei Normalbetrieb auch vor der Schule in der Platenstraße auch erreiche und die ich höchstpersönlich da- [...] sie persönlich angesprochen, Flyer gegeben habe, erklärt habe« (Interview 5).

Eine Anwohnerin kommentiert:

»Sichtbar wird das auch viel durch eine Arbeit, die zum Beispiel SaloonY oder insbesondere die Person G. gemacht hat, die maßgeblich für Inklusion und Zusammenwirken von vielen arbeitet« (Interview 13).

Diese Befunde widersprechen der pessimistischen Haltung, dass sich auch im ehrenamtlichen Engagement konstatierte Grenzen zwischen nördlicher und südlicher Platensiedlung nicht überwinden lassen. Zwar scheint auch SaloonY e.V. aus einer kleinen Gruppe befreundeter Nachbar*innen heraus entstanden zu sein, jedoch hat sich die Initiative gezielt in andere Teile und Milieus der Siedlung vorgearbeitet. Die Gründerin ärgert sich deshalb über eine diskursive Aufrechterhaltung von Grenzen:

»Wir sind nicht die andere oder diese Platensiedlung, wir sind Platensiedlung. Und diese Spaltung sozusagen, das ist ein Gift, was seit Jahrzehnten da läuft« (Interview 5).

Ohne bestehende Unterschiede zu verkennen, die räumlich und sozialstrukturell bestehen, zeigt sich, dass die Arbeit einiger Initiativen bereits aktuell verbindende Wirkung entfaltet.

7.3 Vernetzung

Die bereits in vorherigen Zusammenhängen herausgearbeitete Relevanz von Vernetzung – sowohl über sozialstrukturelle als auch räumliche Trennlinien hinweg – kann ebenso auf bestehende Institutionen und Initiativen übertragen werden. Als verbindendes Gremium nahezu aller Institutionen und Initiativen fungiert der Stadtteilarbeitskreis. Neben einem regelmäßigen persönlichen Austausch entstehen hier Kooperationsideen sowie ein Raum für Diskussionen und gemeinsame Positionen zur Stadtteilentwicklung. Dennoch wird eine verstärkte Vernetzung im Sinne eines Austauschs vorhandener Kapazitäten (beispielsweise Fachwissen, Kontakte, verfügbare Räume) und eine Überwindung der räumlich doch oftmals getrennt erscheinenden Einflussgebiete (gerade zwischen der Platensiedlung und Alt-Ginnheim) von allen Initiativen für notwendig erachtet. Als positive Beispiele für die bisherige Zusammenarbeit und Vernetzung werden u.a. folgende Punkte genannt: Zum einen belegt das Gesprächsmaterial, dass bisherige Kulturprojekte nachweislich zu neuen und nachhaltig bestehenden Bekanntschaften im Stadtteil geführt haben. Insbesondere öffentliche Veranstaltungen wie Stadtteilstefen hätten neue Kontakte und Austausch zwischen bereits aktiven, aber auch weiteren Bewohner*innen bewirkt. Interviewte berichten, dass persönliche Kontakte zu gut vernetzten Personen zentral für ihre eigene verstärkte Einbindung in den Stadtteil waren, da diesen oft weitere Kontakte oder Einladungen zu Initiativen oder Gremien gefolgt seien. So erzählt ein Mitglied des jungen Vereins Jamii e.V., den ehemaligen Quartiersmanager sowie den stellvertretenden Ortsbeiratsvorsteher und die Gründerin des Vereins SaloonY e.V. direkt auf einem Stadtteilstefen kennengelernt zu haben. Durch

nachfolgenden Austausch entstand so die Möglichkeit, mit dem frisch gegründeten Verein auch die Räume des Nachbarschaftsbüros als Anlaufstelle nutzen zu können. Sowohl das Nachbarschaftsbüro (NBB) als auch das KiFaZ Morgenstern stellen ihre Räume bereits regelmäßig oder projektbezogen den ehrenamtlich arbeitenden Initiativen zur Nutzung zur Verfügung.

Schon länger aktive Personen haben sich wichtige Netzwerke zu Institutionen, Initiativen und anderen Aktiven im Stadtteil aufgebaut sowie Fachwissen angeeignet. Diese Kontakte und dieses Wissen werden offenbar bereits sehr erfolgreich geteilt, um andere Personen und neue Initiativen in ihrem Engagement zu unterstützen (z.B. durch Einführung in Stadtteilgremien, Hilfe bei Förderanträgen, Ansprechpartner*innen bei städtischen Institutionen). Darüber hinaus zeigen sich bestimmte Personen als Multiplikator*innen (darunter auch Interviewpartner*innen), die in einzelne Quartiere oder Personengruppen hinein eine große Reichweite haben. Initiativen wie SaloonY e.V., die Eltern-Lounge oder das Elterncafé (Sancta Familia) nutzen diese Kanäle ganz bewusst, um bestimmte Zielgruppen zu erreichen. Die Multiplikator*innen greifen dabei auf ihren persönlichen, kulturellen oder örtlichen Zugang zu Personengruppen sowie auch spezifische Sprachkenntnisse zurück.

»Azra³⁷ ist eine wichtige Multiplikatorin, sie kommt aus der Türkei, sie ist Muslimin und sie weiß-, sie hat ein gutes Händchen Informationen zu vermitteln« (Interview 5, Gründerin SaloonY e.V.).

Ebenso können bestimmte Institutionen als Multiplikator*innen wirken, wie eine nach Alt-Ginnheim zugezogene Bewohnerin berichtet, die mittlerweile im Ginnheimer Geschichtskreis sowie im Netzwerk Neue Nachbarschaft aktiv ist: »Ich bin gleich ins Nachbarschaftszentrum und das hat mir geholfen hier anzukommen« (Interview 9). Als erfolgreiche Vernetzungsstrategie kann auch die Außenkommunikation verschiedener Initiativen und Institutionen bezeichnet werden, welche sehr aktiv und mit hohen Reichweiten über Social-Media-Kanäle (Instagram, Facebook) sowie Messenger oder die Nachbarschaftsplattform »nebenan.de« agieren und dadurch auch bestimmte Zielgruppen erschließen. Die Nachbarschaftsplattform »nebenan.de« dient der Verständigung von Bewohner*innen einzelner Stadtteile oder Quartiere, um Kontakte aufzubauen, gemeinsame Aktivitäten zu planen, Verkaufsangebote und Leihgaben sowie Ankündigungen von Veranstaltungen zu platzieren. Ginnheim wird in der App mit 733 angemeldeten Nutzer*innen als besonders aktiver Stadtteil ausgewiesen und auch unter vielen Interviewten scheint das Angebot bekannt zu sein. Analog, aber ebenso erfolgreich, kommuniziert der Abenteuerspielplatz über Postkarten, mehrere Plakatstände und Wegepefeile im Stadtteil sowie das Nachbarschaftszentrum über gedruckte Programmhefte. Insgesamt erweist es sich für die Initiativen und Institutionen als sinnvoll,

³⁷ *Name geändert.

die verwendeten Medien in Hinblick auf die Zielgruppen anzupassen. Auf die Relevanz direkter, verbaler Kommunikation gegenüber einzelnen Zielgruppen wurde bereits verwiesen.

Jedoch weist die Vernetzung sowohl bezüglich der Kooperation zwischen Institutionen als auch hinsichtlich der Bekanntheit existierender Angebote innerhalb unterschiedlicher Gruppen von Bewohner*innen noch Potentiale zum Ausbau auf:

»Eigentlich ist es ja vorhanden und man könnte es vielmehr nutzen. Es ist eine Kita, dann kommen die zwei Schulen, dann kommt wieder das Familienzentrum, dann kommt der Zarakali, also es ist ja wirklich so eine Meile an Bildungseinrichtungen, aber der Kontakt zwischendrin fehlt und sie werden nicht genutzt, also sie werden von den Kindern nicht so angenommen und da müsste man gucken, wie man das noch mehr hinkriegt« (Interview 12).

Gerade in der bereits beschriebenen Raumproblematik (beispielsweise für Budokwan e.V., selbstorganisierte Sport- und Gymnastikgruppen, SaloonY e.V.) könnte eine optimierte Koordination klare Verbesserungen erreichen. Einzelne Berichte zeigen auch, dass mögliche Raumnutzungen durch ehrenamtliche Projekte an bürokratischen Hürden, aber auch mangelnder Unterstützungsbereitschaft einzelner Institutionen gescheitert wären (vertiefend Kapitel 7.5). Mehrere Gesprächspartner*innen schildern zudem eine Wahrnehmung von Konkurrenz zwischen einzelnen Aktiven, aber auch zwischen Institutionen und Initiativen. Daraus abgeleitet äußern ebenfalls mehrere Personen den Wunsch, dass sich Institutionen und Initiativen zukünftig noch mehr als Partner*innen in einer gemeinsamen Aufgabe betrachten, die ihre Ressourcen und Möglichkeiten zur Verfügung stellen und mehr Vertrauen zu anderen engagierten Personen fassen. Zur Förderung der Vernetzung und Koordination bestehender Angebote sowie deren hinreichender Bekanntmachung erachten viele Interviewte zudem den Aufbau einer stadtteilweiten gemeinsamen digitalen Plattform für notwendig. Eine selbst aktive Bewohnerin erzählt:

»Oder auch, dass viele nicht wissen, dass Feste organisiert werden in Ginnheim, das wussten ja auch viele nicht und dann haben drei Feste zur gleichen Zeit stattgefunden. Und ich bin zufällig, wollte ich zu meiner Mutter und dann habe ich zufällig dieses Fest gesehen« (Interview 18).

Bereits im letzten Jahr gab es erste Anläufe, eine solche Plattform (»ginnheim.org«) ins Leben zu rufen, welche aber bislang noch nicht fertiggestellt und mit Inhalten befüllt worden ist. Mit dem vorherigen Quartiersmanager wurde dazu bereits eine AG gegründet, deren Arbeitsprozess wiederaufgenommen werden könnte. Den Interviewten folgend sollte eine übersichtliche und ansprechend gestaltete Homepage Institutionen, Vereinen, aber auch Kultur- und Konsumorten die Möglichkeit zur Vorstellung ihrer

Angebote bieten. Gleichzeitig wäre es wünschenswert, wenn diese einen Austausch ermöglichen würde und sich für verschiedene Anliegen zielgerichtet Ansprechpartner*innen ausfindig machen ließen. Auch im Sinne eines Guides für fremdsprachige oder neu zugezogene Bewohner*innen erscheint ein digitaler Informationsort hilfreich. Für den Bereich der Platensiedlung hat sich bereits SaloonY e.V. zum Ziel gesetzt, eine digitale Plattform nach Vorbild des vereinseigenen Portals zu initiieren. Um Synergien zu nutzen, könnte dieses potentiell auch vom Stadtteilarbeitskreis als Arbeitsplattform genutzt werden, so die interviewte Gründerin SaloonYs e.V. (Interview 5).

7.4 Der Stadtteilarbeitskreis (SAK)

Auf Ebene des Stadtteils zeigen sich drei relevante Gremien: Der Stadtteilarbeitskreis als Zusammenschluss von Initiativen und Institutionen, der Regionalrat als Ableger des stadtweiten Präventionsrates sowie der Ortsbeirat als gemeinsame politische Vertretung der Stadtteile Ginnheim, Dornbusch und Eschersheim. In Bezug auf die Perspektiven der hier interviewten Personen und Initiativen erscheinen gerade der Stadtteilarbeitskreis sowie der Ortsbeirat (dazu auch Kapitel 7.5) als besonders relevant. Allerdings ist selbst einigen im Stadtteil sehr engagierten Personen teilweise unklar, welches Gremium für welche Anliegen zuständig ist; ein Befund der sicherlich erst recht für weniger aktive Bewohner*innen im Stadtteil gilt. Im folgenden Abschnitt sollen bündig einige relevante Erkenntnisse zur Wahrnehmung beider Gremien unter aktiven Bewohner*innen dargestellt werden.

Der Ginnheimer Stadtteilarbeitskreis (SAK) bestand schon vor der Einführung des ersten Quartiersmanagements (2002), fungiert seitdem aber als das zentrale Gremium für dessen Arbeit im Stadtteil (vgl. Magistrat der Stadt Frankfurt 2018). Mit Einführung des Stadtteilarbeitskreises wäre ursprünglich auch die Idee verbunden gewesen, über die entsprechenden Institutionen vor Ort auch die jeweils übergeordneten Dezernate bzw. deren Themenfelder einzubinden – so ein Interviewpartner. Während der Stadtteilarbeitskreis in seinem Ursprung nicht für »normale Bürger*innen«, sondern vor allem für Institutionen und Träger im Stadtteil gedacht gewesen sei, öffnete dieser sich praktisch jedoch zunehmend für lokale Initiativen und aktive Einzelpersonen. Nach Weggang des ersten Quartiersmanagements verblieb der SAK als dauerhafter Ort zur Vernetzung von Institutionen und Initiativen sowie zur gemeinsamen und kooperativen Arbeit an relevanten oder konfliktbehafteten Themen im Stadtteil.

»Wir haben dann vernetzt geguckt, was ist das Ergebnis wo Stadtteilarbeitskreis, wo kann es denn in welche Richtung weitergehen und da haben wir uns super gut ergänzt« (Interview 10, frühere Leitung des SAK).

Bis heute stellt der SAK damit letztlich das zentrale Forum für aktive Personen und Institutionen sowie für inhaltliche und thematische Auseinandersetzungen im Stadtteil

dar. Die ehemalige Leitung des Stadtteilarbeitskreises (und Gründerin des NBZ) betrachtet das Gremium als »Klammer«, die den Stadtteil in seiner Diversität zusammenhalten kann. Trotzdem konstatiert sie, alle Initiativen hätten natürlich auch eigene Interessen und Tätigkeitsfelder und würden daher leider noch zu oft koexistieren.

»Den gibt's [meint SAK], aber er hat nicht mehr die Verbindung zur Politik, das war mal-, das war anders. Da waren wirklich Stadtverordnete, die Ortsbeiräte, die Institutionen, Vertreter von den Initiativen, ja das muss ich sagen, neben Griesheim einer der breit aufgestellten Stadtteilarbeitskreise, die ich kenne. Wo wirklich viel diskutiert wurde und wo im Sinne des Stadtteils ganz viel entschieden wurde, wo alle mitgegangen sind, parteiübergreifend, institutionsübergreifend, ja wo sehr viel um Sachen gerungen wurde, aber auch sehr viel erreicht wurde« (Interview 24, erster Quartiersmanager).

Aktuell fehlt dem Stadtteilarbeitskreis eine Leitung. Zwischenzeitlich sind früher vertreten gewesene Institutionen oder auch der Ortsvorstand nicht mehr zu den Sitzungen gekommen. Berichte der Gesprächspartner*innen zeugen zudem von Spannungen hinsichtlich des Verhältnisses von Stadtteilarbeitskreis und Ortsbeirat (dazu auch 7.5). Mehrere interviewte Mitglieder des Stadtteilarbeitskreises kritisieren etwa, dass die Kommunikation des Ortsbeirates gegenüber dem SAK in den letzten Jahren nicht ausreichend oder intransparent gewesen sei. Unmut erzeugte auch die ausgebliebene Einladung des vorherigen Quartiersmanagers zu Sitzungen des Ortsbeirates. Von Seiten des Ortsbeirates hätte man sich hingegen zu stark in seiner Arbeitsweise kritisiert gesehen. Zusammenfassend scheint sich damit in der Tat ein angespanntes Verhältnis beider Gremien aufgebaut zu haben, für dessen Abbau eine dauerhafte personelle Schnittstelle zuträglich erscheint. Der stellvertretende Ortsbeiratsvorsteher stellt im Gespräch klar, dass er den SAK für eine wichtige Institution hält und dessen Arbeit positiv bewertet (Interview 2).

7.5 Unzureichende Unterstützung für soziales Engagement

»Gerade diesen Schatz an Menschen, die Interesse haben, was zu machen, die ja auch ehrenamtlich ganz viel da reinbuttern, das muss man auch halten und die darf man glaube ich nicht verschrecken, weil sonst haben wir da auf Dauer auch ein Problem« (Interview 11, Bewohner Platensiedlung).

Im Verlauf dieses Kapitels wurde deutlich, dass im Stadtteil viele Menschen leben, die sich aktiv für verschiedenste Belange einsetzen und dafür (ehrenamtliche) Arbeit leisten. Sowohl kreative und vielfältige Angebote zu generieren, damit eine bestimmte Reichweite zu erzielen und weitere Unterstützer*innen zu finden, wird als lohnenswerte, aber auch ressourcenintensive Arbeit beschrieben: »Das [die Beteiligung] haben wir

wirklich wie einen Eimer mit Regenwasser, Tropfen für Tropfen sozusagen gesammelt« (Interview 5, Gründerin SaloonY e.V.). Engagement und Bereitschaft sind dabei auf Zuspruch und Unterstützung angewiesen, welche sie – in der Wahrnehmung vieler Interviewter – im Stadtteil jedoch nicht immer erfahren würden. Da gerade die Aktivierung weiterer Personen sowie die Förderung von bestehendem Engagement ein Kernelement des Quartiersmanagements darstellt, sollen einige zentrale Beobachtungen und Aussagen in diesem Zusammenhang erläutert werden.

Ein bereits erwähntes Problem mehrerer Initiativen stellt die Suche nach geeigneten Räumen dar. So berichtet die Klimawerkstatt Ginnheim, die Suche nun aufgegeben zu haben, da sich im Rahmen ihres möglichen (und ausreichend erscheinenden) Budgets kein Raum im gesamten Stadtteil hätte finden lassen, obwohl gleichzeitig sehr viel Leerstand existiere. Zudem wurde bereits auf die unzulängliche Raumsituation des Sportvereins Budokwan e.V. aufmerksam gemacht. Die Trainer*innen sind im Gespräch sichtlich zermürbt von der dauerhaft schwierigen Situation und fühlen sich in ihrem Engagement von der Astrid-Lindgren-Schule im Stich gelassen und »immer als etwas Störendes« (Interview 20). Da gerade Budokwan e.V. als sehr bedeutender Verein für sozial benachteiligte Kinder im Stadtteil herausgestellt wurde, erscheint die aktuelle Situation umso unverständlicher. Die Trainer*innen bemerken, dass Sportvereine wie der TSV Ginnheim, welche gerade an sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche wenig Angebote richten würden, hingegen sehr viel besser aufgestellt seien und mehr Unterstützung erfahren würden. Der Haupttrainer hätte bereits oft den Gedanken gehegt:

»Dass ich weggehe von Astrid-Lindgren-Schule, woanders hin, aber ich kann das nicht, weil ich weiß, dass 70 Prozent dieser Kinder, die würden nicht mehr trainieren, die Eltern sind nicht bereit, die Kinder zu fahren [...] diese Kinder kommen zu uns, weil da gibt es keinen anderen Platz, zu dem sie gehen können, so dramatisch ist das« (Interview 20).

Zwar hätten der vorherige als auch der stellvertretende Ortsbeiratsvorsteher sowie der interviewte Landtagsabgeordnete (SPD) Kontakt aufgenommen und dem Verein Unterstützung signalisiert, jedoch wäre daraus bislang keine Änderung der problematischen Raumsituation hervorgegangen. Auch weitere engagierte Personen berichteten, sich in Bezug auf die Nutzung von Räumen und Infrastrukturen immer als »Bittstellerinnen« degradiert zu sehen, auch wenn sie sozial motivierte Zielsetzungen verfolgen würden (Interview 5, Gründerin SaloonY e.V.).

Die Wahrnehmung unzureichender Unterstützung und Wertschätzung ihrer Anliegen äußerten zudem mehrere Personen in Bezug auf den Ortsbeirat. Diese Einschätzung widerspricht der ausdrücklichen Bekundung des stellvertretenden Ortsbeiratsvorstehers, nach welcher der institutionelle Aufbau im Stadtteil so gestaltet sei, dass Einzelpersonen und Initiativen sich mit ihren Anliegen jederzeit an den Ortsbeirat wenden könnten. Es

gäbe sogar vor jeder Ortsbeiratssitzung eine institutionalisierte Sprechstunde für Bürger*innen (Interview 2). Die gegensätzliche Wahrnehmung mehrerer Interviewter soll exemplarisch mit einer Auswahl an genannten Beispielen veranschaulicht werden.

Die Initiative Kirchplatzgärtchen schildert zwei Beispiele, die von ihr als fehlender Zuspruch für positiven Gestaltungswillen interpretiert werden. So hatte die Initiative 2013 zwar Fördergelder für Gabionen aus dem Programm »Aktive Nachbarschaft« über den stellvertretenden Ortsbeiratsvorsteher³⁸ bekommen, wurde jedoch im Anschluss an deren Aufbau am Kirchplatz gefragt, ob das Projekt nicht wieder verkleinert werden könne. Die deutlich gesteigerte Aufenthaltsqualität des Platzes infolge der Anpflanzungen wurde bereits geschildert (siehe Kapitel 6.1). Als zweites Beispiel berichtet die Gründerin, dass ein professionell konstruierter Schaukasten zur Information über das Projekt errichtet wurde. Dieser wurde vom Grünflächenamt der Stadt Frankfurt genehmigt. Einige Monate später beanstandeten Mitglieder des Ortsbeirates, den Schaukasten nicht bewilligt zu haben:

»Das sind die strukturellen Unklarheiten und Hürden, wo man sich als Engagierter die Hacken ablaufen könnte. Hilfreich wäre es hier zu wissen, wer entscheidet hier etwas oder will gehört, eingebunden, gefragt oder einfach informiert werden« (Interview 21, Gründerin Kirchplatzgärtchen).

Auch in den Ortsbeiratssitzungen selbst scheint – mehreren Interviewten zufolge – wenig Wertschätzung für ihre Anliegen und ihr Engagement gezeigt zu werden. Der Trainer von Budokwan e.V. schildert durch den stellvertretenden Ortsbeiratsvorsteher in den Ortsbeirat eingeladen worden zu sein, um die bestehende Raumproblematik dort vorzutragen:

»Ich habe gewartet, zwei Stunden, weißt du, wie viele Minuten haben die mir gegeben zu erklären, eine Minute. Ich durfte nicht eben weiterreden, dann habe ich zu Carolin³⁹ gesagt: ›Was machen wir hier?‹ [...] Diese Leute sind nicht dort ein Problem zu lösen, die sind nicht dort dir eine Antwort zu geben [...] und trotzdem ich bin dahingegangen, nur weil es Hoffnung ist, aber was kommt von denen, nichts, nichts. Ich habe keine Rückmeldung« (Interview 20).

Der begrenzte Redeanteil wurde mit der durch die Pandemie eingeschränkten Sitzungszeit sowie einer ambitionierten Tagesordnung begründet. Ähnlich wurde die Atmosphäre jedoch bereits zuvor von einer anderen Bewohnerin und Mitglied des Stadtteilarbeitskreises erlebt:

³⁸ Der als Vorsitzender des Vereins IDEAL auch ehrenamtlich Funktionen des Quartiersmanagements wahrnimmt – darunter die Verwaltung von Fördergeldern des Programms „Aktive Nachbarschaft“.

³⁹ *Name geändert.

»Also ich kenne halt nur diesen Stadtteilarbeitskreis hier und diesen Ortsbeirat hier und kann auch nur sagen, dass ich mir manchmal sehr gut überlege, ob ich meine ehrenamtliche Zeit da reininvestiere oder nicht und gehe da auch nur, wenn ich irgendwie Stellungnahme beziehen muss, es ist wirklich ein katastrophales Klima eigentlich« (Interview).

Zudem wäre für Bewohner*innen und Engagierte unklar, wie die parlamentarischen Abläufe gestaltet und Redezeiten bestimmt werden. In einem ca. drei Monate später erschienen Artikel der Frankfurter Rundschau (2021b) wird dazu der Ortsbeiratsvorsteher (CDU) befragt:

»Journalistin: Die Zeit der Ortsbeiratssitzungen im extra angemieteten, coronakonformen Raum ist begrenzt. Viele Diskussionen müssen abgebrochen werden. Auch Besucher:innen können nicht so lange sprechen, wie sie wollen. Wie finden Sie das?

Ortsvorsteher: Ich finde die Arbeit disziplinierter und angenehmer. Die Diskussionen werden gerafft, Argumente müssen nicht dauerhaft wiederholt werden. Die Bürgerbeteiligung funktioniert auf jeden Fall besser als mit rein digitalen Formaten, da werden nämlich einige ausgeschlossen« (FR 2021b).

Verschiedene Interviewpartner*innen kritisieren, dass der Ortsvorstand oft in resoluter Manier und mit wenig Einfühlungsbereitschaft mit den Anliegen aktiver Personen verfahren würde. Dem hält der stellvertretende Ortsbeiratsvorsteher entgegen, dass die Würdigung und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements außer Frage stehe:

»Ich bleibe dabei und ich wiederhole, wichtig ist, dass es Menschen gibt, Vereine gibt und aktive Nachbarn gibt, die was machen wollen und die werden unterstützt ohne Wenn und Aber« (Interview 2).

Diese diskrepante Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit des Ortsvorstandes kann im Rahmen der vorliegenden Studie letztlich nicht aufgelöst, sondern nur als widersprüchlich benannt werden.

Vereinzelt schildern manche Interviewte zudem, fehlende Unterstützungsbereitschaft bzw. sogar Missgunst von Seiten anderer Institutionen bzw. Vereine im Stadtteil erfahren zu haben. Ein Bewohner resümiert zum Weggang von Budokwan e.V. sowie der Frankfurter Spatzen aus den Räumen des TSV Ginnheim:

»Und es war auch bezeichnend dafür, dass dort Budokwan war in diesem Sportverein, die mussten dort raus, dann kamen sie zur Astrid-Lindgren-Schule. Dann gab es Ginnheimer Spatzen, die sind jetzt Frankfurter Spatzen geworden, die sind jetzt ziemlich groß geworden, große Gruppe von Kindern, sind auch sehr viele Kinder aus Migrantens- und Flüchtlingsfamilien dabei, die machen sehr gut. Und die

haben sich dort nicht mehr heimisch gefühlt und dann mussten sie raus« (Interview 15, Bewohner Steuben-Siedlung).

7.6 Bisherige Erfahrungen mit Beteiligungsformaten

Im Folgenden wird anhand von drei exemplarischen Beispielen aufgezeigt, dass die bisherigen Partizipationsangebote und Beteiligungsmöglichkeiten zur Stadtteilentwicklung in Ginnheim von Bewohner*innen als unbefriedigend erlebt wurden und insgesamt negativ bewertet werden.

Ein umfangreiches Beteiligungsverfahren für Bürger*innen der Platensiedlung wurde im Zuge der Planungen zur sogenannten »Lern-Spiel-Kulturmeile« eingerichtet. Die Maßnahme zielt darauf ab, die zentrale Quartiersachse Platenstraße aufzuwerten. Obwohl mehrere Anwohner*innen die Planungen interessiert begleitet und viele kreative Vorschläge eingebracht hätten, wäre davon in der endgültigen Umsetzung wenig sichtbar geworden. Der Prozess und die letztliche Umsetzung werden von daran beteiligten Personen als unbefriedigend erlebt. In der Tat scheinen die erhoffte Belebung der Straße und eine zeitgleiche Verkehrsreduktion nicht eingetreten zu sein. Bewohner*innen vermuten, dass die Grundfunktion einer Zubringerstraße für Autos – auch angesichts der Nachverdichtung – nicht hätte verändert werden sollen.

»Von dieser Lern- und Kulturmeile, von der damals die Rede war, war nichts mehr übrig [...] Und das ist jetzt wieder, *Grünes Y* gut und schön, aber die Leute werden nicht gefragt: ›Was wollt ihr, was fehlt euch da?‹ [...]. Da sind wir eigentlich Expert*innen für den Ort, für den Raum, aber dieses Expertenwissen wird nicht in Gänze abgeschöpft, sondern in einer Weise wird, ich finde immer mal wieder ja wie so Partizipationsmöglichkeiten suggeriert, die dann in der Umsetzung meistens über den Haufen geworfen werden, mit der Argumentation irgendwelchen Finanzierungsgründen unterliegen zu müssen, irgendwelchen Sachzwängen« (Interview 13, Anwohnerin Platenstraße).

Gleichermaßen bewerten Anwohner*innen ebenso den Beteiligungsprozess im Zuge des *Grünen Y* Projektes als unzureichend. Viele eingebrachte Anregungen und Ideen würden nicht aufgegriffen und umgesetzt. Bei der Vorstellung der Pläne durch das Grünflächenamt im Herbst 2020 zeigte sich daher großes Unverständnis darüber, wieso mehrere zentrale und seit langem bestehende Forderungen (beispielsweise nach einem überdachten Treffpunkt) nicht berücksichtigt werden.⁴⁰ Bezogen auf die Zusammenarbeit mit den zuständigen städtischen Ämtern wünschen sich viele Befragte eine stärkere Ein-

⁴⁰ Eigene Beobachtungen vor Ort.

bindung der lokalen Strukturen und der Bewohner*innen. Die Gelder des Verfügungsfonds zur finanziellen Unterstützung kleinerer bürgerschaftlicher Projekte⁴¹ könnten die Defizite der praktizierten Beteiligung nicht ausgleichen.

»Da gibt's auch die gleichen Versuche, irgendwie Leute einzubeziehen, ne dann gibt's so kleines Geld so im Rahmen von 1000 oder paar hundert Euro, da kann man mal ein paar Blumenkörbchen hinstellen und dann sieht man genau die Leute, die sich da engagieren, die kommen. Nicht nur, die Bandbreite ist schon ein bisschen größer, aber man sieht auch, wen man damit nicht erreicht und man fragt sich vor allem auch, also ich habe mich vor allem auch gefragt: ‹Hallo, also das Ding kostet Millionen und jetzt gibt es noch Taschengeld für die Leute, die hier direkt darum herum wohnen, also was für eine Art von Beteiligung möchte ich eigentlich haben?›« (Interview 6, Gemeindepfarrer).

Als drittes und ganz aktuelles Beispiel für unzureichende und unbefriedigende Möglichkeiten der Gestaltung und Mitbestimmung im Stadtteil ist die Belegung der Ladenzeile innerhalb des Nachverdichtungsprojektes in der Platensiedlung zu nennen (siehe 6.1.2). Mitglieder des Stadtteilarbeitskreises sowie Bewohner*innen der Siedlung kritisieren, dass sie keine Informationen über Auswahlkriterien und Einflussmöglichkeiten auf die Belegung bekommen würden.

»Das sind die Menschen, die sich dann in diesen Läden, Geschäften, Orten, Gastronomie aufhalten würden. Wenn die doch sogar schon Wünsche äußern, dann sollte man die doch einfließen lassen« (Interview 12, Mitarbeiterin eines Trägers der Jugendhilfe).

Auch mit diesem Projekt verknüpfen daher viele engagierte Personen die kritische Frage, wieviel ihres Engagements politisch tatsächlich erwünscht sei. Im Sinne einer aktivierenden Quartiersarbeit und angesichts der generellen Fragilität von bürgerschaftlichem Engagement ist die in diesen drei Beispielen zum Vorschein kommende Skepsis bezüglich der realen Beteiligungsmöglichkeiten an politischen Entscheidungsprozessen als höchst problematisch zu bewerten, da sie die Motivation, sich aktiv im Stadtteil einzubringen, untergräbt.

»Und meine Hypothese ist, die, ich glaube, ich auch gut belegen kann, ist, eine aktive Bewohnerschaft wird hier eher vermieden [...]. Wenn es um sowas geht, dass ich, als Verein mal den Grill anzuwerfen, dass das gut ist, also sprich Brot und Wein für das Volk, Mamis Kaffee anbieten [...] und ansonsten entscheiden wir. Und das spiegelt sich darin, dass es noch nicht einmal einen Ort gibt, wo wir uns zu viert treffen können [...]. Entschuldigung ich werde wirklich emotional, weil das

⁴¹ Der Zuschuss pro Maßnahme ist auf 2500 Euro (brutto) begrenzt.

Sozialraumanalyse Ginnheim

mir wirklich sehr am Herzen liegt. Ich möchte hier leben und ich kann was bewirken, das weiß ich und ich möchte« (Interview 5, Gründerin SaloonY e.V.).

»Also für die Zukunft muss sich da irgendwie was ändern, mehr Transparenz und dann können auch die Leute effizienter arbeiten, weil das alles kostet sehr viel Energie und die Zeit und diese Energie, die haben wir nicht, das machen ja die Leute freiwillig, also werden ja nicht dafür bezahlt und es ist nicht selbstverständlich, dass jeder sich sozial an gewissen Projekten beteiligt. Nicht dass es dann im worst case passiert, dass alle keinen Bock mehr haben« (Interview 18, Bewohnerin und Mitglied von Jamii e.V.).

Die skizzierten Erfahrungen der Enttäuschung übersetzen sich auch in einen Pessimismus gegenüber der Wirkung der hier vorliegenden Studie. Obwohl die große Mehrheit der angefragten Personen einem Gespräch direkt einwilligte, bestand teilweise große Skepsis darüber, inwieweit die Darlegungen persönlicher Perspektiven und Anliegen bzw. die Ergebnisse der Erhebung auch tatsächlich positiven Einfluss auf die zukünftige Entwicklung des Stadtteils nehmen können.

8 Wahrnehmung des Quartiersmanagements

»Also grundsätzlich glaube ich, dass so ein Mensch und so ein Amt im Stadtteil nur gut sein kann. Ich bin auf alle Fälle eine Fürsprecherin fürs Quartiersmanagement. Ich finde die Idee oder das Konzept, was dahintersteht, eigentlich fantastisch« (Interview 13, Bewohnerin Platenstraße).

Angesichts ihres stadtteilbezogenen Engagements überrascht es nicht, dass alle Interviewten sowohl über das bestehende Quartiersmanagement als auch mehrheitlich über das dahinterstehende Programm »Aktive Nachbarschaft« informiert sind. Die Resonanz gegenüber dem Konzept des Quartiersmanagements ist unter den Befragten insgesamt sehr positiv. Nahezu alle Personen sprechen sich eindeutig für eine Fortführung des professionellen Quartiersmanagements aus, niemand explizit dagegen. Mehrere Befragte berichten jedoch, erst durch ihr Engagement selbst und die daraus entstandenen Kontakte (siehe Kapitel 7.3) auf das Quartiersmanagement aufmerksam geworden zu sein:

»Sie [meint Gründerin von SaloonY e.V.] hat mich erst auf unseren Quartiersmanager aufmerksam gemacht. Ich war so viele Jahre hier und kannte ihn nicht« (Interview 3, Initiatorin Elterncafé und Eltern-Lounge).

Äußerungen bezüglich des Quartiersmanagements beziehen sich gerade bei langjährigen Bewohner*innen Ginnheims oftmals auf die erste Periode von 2002 bis 2007. Insgesamt scheint gerade diese Zeit als wichtige Umbruchphase wahrgenommen zu werden, in der durch das neue Quartiersmanagement zuvor bestehende Konflikte neu adressiert (siehe Kapitel 4.6), viele konstruktive Auseinandersetzungen angestoßen und progressive, lebendige Infrastrukturen – wie der Zirkus Zarakali – im Stadtteil gehalten werden konnten. So positiv dieser Zeitraum also rückwirkend bewertet wird, erzeugte der Abzug des professionellen Quartiersmanagements 2007 eine deutliche Lücke in der Stadtteilarbeit. Während des modularisierten Quartiersmanagements⁴² von 2007 bis 2018 wäre, abseits der finanziellen Unterstützungen aus den Projektpässen⁴³ und einzelner Veranstaltungen, kaum koordinierte Quartiersarbeit geleistet worden. Unsicherheit besteht darüber, ob ein erneuter Abzug des seit 2018 wieder bestehenden professionellen Quartiersmanagements zukünftig zu befürchten ist. Eine aktive Bewohnerin Alt-Ginnheims (Gründerin und Geschäftsführerin NBZ) betont, dass eine langfristige Perspektive sichergestellt werden müsse und eine kontinuierliche Förderung bestehender Initiativen, Vereine und Träger anzustreben sei. Zur Verunsicherung über die Zukunft

⁴² Nach Abzug des professionellen Quartiersmanagements erfolgte eine ehrenamtliche Weiterführung von einigen Aufgaben des Quartiersmanagements über den Verein IDEAL. Diese existiert auch heute neben dem wiedereingeführten professionellen Quartiermanagement.

⁴³ Projektpässe werden durch das Quartiersmanagement zur Bewilligung von Fördergeldern durch das Jugend- und Sozialamt ausgestellt.

des Quartiersmanagements haben auch die Kündigungen der letzten beiden Quartiersmanager*innen beigetragen.

»Ich lerne jemanden kennen, der grade dann wieder geht. [Name des vorherigen Quartiersmanagers] lernst du kennen, seine Arbeit schätzt du [...] Wer seine Arbeit sehr gut macht, müsste doch eigentlich gefördert werden. Es ist schwer nachzuvollziehen« (Interview 3, Bewohnerin, Initiatorin des Elterncafés und Mitarbeiterin der Caritas).

Wiederkehrend werden Langfristigkeit und Kontinuität als Schlüsselemente der Quartiersarbeit genannt, da erst aus diesen die notwendige Bekanntheit und das Vertrauen erwachsen könne. Die Mitarbeiterin eines Trägers der Jugendhilfe merkt an:

»Und natürlich, dass solche Sachen auch immer an Personen hängen, das ist ja nicht nur das Amt, sondern es ist ja auch eine Person, die bekannt wird irgendwie« (Interview 12).

Mit der Wiedereinführung des Quartiersmanagements 2018 wurde die verstärkte inhaltliche Quartiersarbeit für die meisten Gesprächspartner*innen direkt erkennbar. Diese äußerte sich vor allem in Vernetzungsarbeit sowie in der Umsetzung verschiedener kooperativer Projekte. Eine Interviewte (im Ortsbeirat für Die Linke) gibt an, dass die Schwerpunkte des letzten Quartiersmanagers auf der Situation von Kindern und Jugendlichen, auf der Vernetzung bestehender Initiativen und Institutionen im Stadtteil sowie auf dem interkulturellen Austausch gelegen hätten (Interview 16).

Die Mehrzahl der interviewten Personen und Initiativen hatte direkten, persönlichen Kontakt zum Quartiersmanager⁴⁴ und zeigte sich mit der Kommunikation bzw. der gemeinsamen Projektarbeit (mitunter sehr) zufrieden:

»Also ich kann jetzt nur von [Name des letzten Quartiersmanagers] sprechen, er war sehr gut, sehr aktiv, er hat sich um die Website Ginnheims gekümmert, er hat sich um Projekte gekümmert, er war immer zuverlässig, er hat sogar über seine Arbeit hinaus hat er immer geholfen, ja, ich war eigentlich sehr zufrieden, hat sich auch mit Themen beschäftigt oder Projekte finanziert, also über das Quartiersmanagement, wenn man die Räume benutzt hat und hat auch die Sachen von verschiedenen Perspektiven gesehen und war eigentlich auch offen für Neues. Mit dem konnte man auch reden, also es gab kein ›bei uns wird es so gemacht, basta, keine Diskussion‹ und mir ist auch aufgefallen, er wollte mehr Jugendliche durch seine Arbeit bzw. über das Quartiersmanagement ansprechen, das war jetzt kein

⁴⁴ Vier interviewte Personen, von denen zwei aktuell ehrenamtlich im Stadtteil engagiert sind, hatten keinen persönlichen Kontakt.

[...] ›Verwalter‹, sondern einer der es wirklich mit Leidenschaft gemacht hat« (Interview 18, Bewohnerin und Mitglied Jamii e.V.).

Insbesondere die hier erwähnte Offenheit gegenüber unterschiedlichen Perspektiven wird von vielen Interviewten positiv herausgestellt:

»Es ist für uns wirklich etwas Großes gewesen, dieses Gebet zu verrichten [...]. Und das waren schöne, schöne zwei Open Air Feiern gewesen, für die ich ihm sehr, sehr dankbar bin im Namen von allen muslimischen Familien, die hier leben [...]. Er hat wirklich vielen Muslimen gezeigt ›Oh guck mal, ein Nicht-Moslem hat uns so unterstützt, dass so etwas stattfindet‹ und das verschiedene Glaubensrichtungen füreinander da sein können. Er hat viele Gedanken bei vielen Bewohner*innen hier abgeändert« (Interview 3, Bewohnerin, Initiatorin des Elterncafés und Mitarbeiterin der Caritas).

Der Bewohnerin zufolge habe das Quartiersmanagement damit auch aktiv an bestehenden sozialstrukturellen und kulturellen Barrieren angesetzt. Neben dem Anspruch, neue Gruppen von Bewohner*innen in die sichtbare Quartiersarbeit zu integrieren, wären im Zeitraum 2018 bis 2020 auch die Kommunikationswege zwischen den einzelnen Quartieren Ginnheims gestärkt worden. Ein Bewohner der Platensiedlung und Mitglied des Vereins IDEAL konstatiert, dass es das Quartiersmanagement

»geschafft hat, aus einem nicht vorhandenen Kommunikationsfeld ein Kommunikationsfeld zu machen. Die Leute haben zwar schon vorher miteinander geredet, aber nicht so intensiv wie jetzt. Der Stadtteilarbeitskreis ist ein besserer wie vorher etc. und so weiter, das ist ja nicht auf meinen Mist gewachsen, das sind ja viele, die das sagen« (Interview 11).

Die erneute Intensivierung der Arbeit des Stadtteilarbeitskreises wird als wichtige Errungenschaft bezeichnet. Gleichzeitig scheinen mit der Stärkung dieses Gremiums auch vermehrt konflikthafte Positionen gegenüber anderen Gremien wie Ortsbeirat und Präventionsrat artikuliert worden zu sein.

»Ich meine, man kann ja höchstens sagen, er trägt ja in seiner Person vielleicht auch dazu bei, dass es diese Verstärkungen, diese Verhärtungen rund um den Stadteilarbeitskreis gibt und dass die Kommunikation mit dem Präventionsrat weniger gelingend gestaltet wird, das kann ich mir vorstellen, aber ansonsten leistet er, finde ich, sehr treue und auch sinnvolle Arbeit [...]. Wenn man hier [...] seine Ruhe haben möchte, dann ist er wahrscheinlich nicht der richtige Mensch« (Interview 6, Gemeindepfarrer).

Das Zitat deutet an, dass die politischen Gremien des Stadtteils von unterschiedlichen Perspektiven geprägt sind und dementsprechend auch andere Schwerpunktsetzungen

des Quartiersmanagements anvisieren. Dies bestätigt auch die Auswertung des Gesprächsmaterials, welche divergierende Vorstellungen über die Ausrichtung des Quartiersmanagements (siehe dazu Kapitel 8.2) sowie eine mangelhafte oder spannungsgeladene Kommunikation zwischen politischen Gremien, Quartiersmanagement und der ABG Frankfurt Holding erkennen lässt.

Als große Errungenschaften der ersten Periode (2002 bis 2007) im Programm »Aktive Nachbarschaft« werden wiederholt der Aufbau des Stadtteilarbeitskreises sowie die Sicherstellung des langfristigen Verbleibs des Zirkus Zarakali genannt. Gerade diese infrastrukturellen Zugewinne hätten die Wahrnehmung einer positiven Aufbruchsstimmung gestärkt. Nahezu einstimmig werden auch alle bisherigen, vom Quartiersmanagement initiierten oder unterstützten Stadtteil- und Kulturfeste als positiv und gemeinschaftsfördernd bewertet. Als ausbaufähig erscheint den Befragten hingegen die Kommunikation der Veranstaltungen. In jüngerer Vergangenheit fanden diesbezüglich erfolgreiche Kooperationen u.a. mit dem Jugendzentrum, der Klimawerkstatt und SaloonY e.V. statt.

»Der hat da schon auch ziemlich viel, in Kooperation auch mit SaloonY quasi viel bewegt und stattfinden lassen und hat auch bei Sachen unterstützt, also beim Open Air Kino zum Beispiel, beim Wunschkonzert« (Interview 22).

Weiterhin hätten insbesondere die Ferienangebote für Kinder im Sommer 2020 in Kooperation mit dem Zirkus Zarakali und dem KiFaZ Morgenstern, das Fotoprojekt »Der König von Ginnheim« sowie die Unterstützung bei der Organisation eines muslimischen Open Air Gebets gemeinsam mit dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) und SaloonY e.V. für positive Reaktionen gesorgt. Der vorherige Quartiersmanager habe auch mit der Suche nach einem neuen Quartiersbüro und dem langfristigen Ziel eines Gemeinderaums sichtbare Zeichen für einen erneuten gemeinschaftlichen Aufbruch im Stadtteil gesetzt.

8.1 Aufgaben des Quartiersmanagements

Ein bemerkenswerter Befund aus dem gesammelten Gesprächsmaterial besteht darin, dass unter den verschiedenen Akteuren sehr vielfältige Vorstellungen und Wünsche darüber bestehen, welche Aufgaben Teil des Quartiersmanagements sind bzw. sein sollten und welche nicht. Ursächlich für diesen Befund mag u.a. sein, dass es nach der Wiedereinführung des professionellen Quartiersmanagements 2018 keine öffentliche Verständigung über die Ziel- und Aufgabenstellung gegeben hat. Laut Aussage fast aller Interviewten wäre die erneute Einführung äußerst überraschend gekommen. Eine verbreitete Ansicht ist, dass die Wiedereinführung des Quartiersmanagements im Kontext der Nachverdichtung der Platensiedlung zu sehen ist. Während manche Akteure daraus ab-

leiten, dass besonders soziale Themen im Umfeld des Planungsgebietes einen Schwerpunkt der Quartiersarbeit bilden sollten, vermuten andere Stimmen im Stadtteil, dass das Quartiersmanagement mit dem Ziel etabliert worden sei, eine reibungslose Durchführung des potentiell konfliktreichen Bauprojektes sicherzustellen.

Von diesen divergenten Einschätzungen abgesehen betrachtet ein Großteil der Gesprächspartner*innen die Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts als zentrale Aufgabe des Quartiersmanagements. Dahingehende Bemühungen würden bislang noch hauptsächlich von ehrenamtlicher Arbeit getragen. Hierunter fällt letztlich auch die »Aktivierung« und Vernetzung der Bewohner*innen, die – den Leitlinien des IB Südwest folgend – primäres Ziel der Quartiersarbeit ist. Als notwendig erscheint dazu vor allem eine sichtbare Präsenz im öffentlichen Raum sowie die Bekanntheit unter bisher schwierig zu erreichenden Zielgruppen. Der Bewohner und SPD-Landtagsabgeordnete ist der Ansicht:

»Deshalb sollte auch der Quartiersmanager mehr auf der Straße bei den Leuten sein [...]. Ich muss dahingehen, wo die Jugendlichen sind. Wenn sie, wenn wir dort ein paar Erfolge erzielen, dann sehen ihre Eltern, sieht auch die Nachbarschaft, dann wird diese Person anders wahrgenommen« (Interview 15).

Insbesondere Vertrauen und die Bekanntheit der Person seien dafür von größter Bedeutung. Ein*e Quartiersmanager*in müsse sich im Stadtteil als »offenes Ohr« und zentrale*r Ansprechpartner*in für Anregungen, aber auch für Sorgen und Probleme der Mieter*innen etablieren und als »Anlaufstelle für alles« (Interview 17, Bewohnerin und Mitglied im Ortsbeirat für Die Grünen) dienen.

»Wenn das sichtbar ist in einer Siedlung, dass dort jemand ist und es auch verständlich ist, hier kann ich nachfragen, wo kriege ich Hilfe, der hat eine Verschwiegenheitspflicht, ich kann ein persönliches Gespräch haben. Also diese Ansprache und wirklich dieses Weiterleiten ist einfach, also das wäre großartig. Ich glaube, wir werden das immer mehr brauchen« (Interview 17, Bewohnerin und Mitglied im Ortsbeirat für Die Grünen).

Der Gemeindepfarrer beschreibt, dass gerade ein geschulter Blick die richtigen Ansprechpartner*innen finden, bei der Artikulation von Problemen helfen und mögliche Lösungswege aufzeigen könne:

»Die Idee, dass da ein Profi ist, der die Problemwahrnehmung der Nicht-Profis den Behörden gegenüber vermitteln kann [...] es gibt auch irgendwie den Versuch dafür Worte zu finden und vielleicht auch mal aus der Erfahrung, die man hat im Stadtteil, die Fähigkeit dafür eine mögliche Lösung anzudeuten« (Interview 6).

Sozialraumanalyse Ginnheim

Eine niedrigschwellige, vertrauensvolle und ortsnahe Erstberatung – auch vor dem Hintergrund des mitunter geringeren Bewegungsradius sozial benachteiligter Familien sowie sprachlicher Hürden – könne oftmals von entscheidender Hilfe sein.

Als weitere zentrale Aufgabe benennen Interviewte die Koordination von Initiativen und Institutionen sowie von Vermieter*innen und Gewerbetreibenden, um unter Einbindung weiterer Bewohner*innen Projekte realisieren zu können. Der erste Quartiersmanager hebt die dabei zu erzielenden »Synergieeffekte« hervor:

»So ganz kleine Synergieeffekte überall und das kriegt man nur, wenn man viele Leute zusammenbringt, die sich austauschen und sagen, was sie wollen und dann entstehen diese Schnittpunkte einfach« (Interview 24).

In diesem Sinne lässt sich Quartiersmanagement als Schnittstelle und Vermittlerin zwischen Interessen und Akteuren verstehen. Vermittlung wird von mehreren aktiven Bewohner*innen auch im Sinne einer Mediation interpretiert, die bei gegenläufigen Interessen oder unzureichender Kommunikation zwischen Einzelpersonen, Institutionen und Wohnungsunternehmen Einigungen herbeiführen kann.

»Und was halt auch wichtig ist bei dem Quartiersmanagement, dass das eine Person ist, die das als Beruf macht und außerhalb vom Stadtteil ist. Das muss jemand sein, der keine eigenen Interessen hat [...] die Leute, die engagiert sind, machen das ja auch alles aus eigenen Interessen halt ja, das darf man nicht vergessen« (Interview Mitglied SAK).

»Ich wünsche mir ein diplomatisches Verständnis, ein neutrales Agieren und Mediiere zwischen den warum auch immer aktuell so unterschiedlichen Lagern, die ich nie als Lager empfunden habe« (Interview 13, Bewohnerin Platenstraße und Gründerin Zirkus Zarakali).

Dieser Auffassung entsprechend könnte das Quartiersmanagement eine entscheidende Rolle dabei spielen, die erwähnten Spannungen und Konflikte zwischen Bewohner*innen, Gremien und der ABG Holding als zentraler Eigentümerin moderiert aufzuarbeiten. Gleichzeitig – darauf verweist der erste Quartiersmanager – dürfe das Quartiersmanagement nicht scheuen, rechtliche und institutionelle Möglichkeiten für Bewohner*innen aufzeigen und ihnen zu helfen, diese auszuschöpfen.

»Und das ist ja auch unser Job, den Leuten zu zeigen, wie Politik funktioniert, das sind unsere gewählten Volksvertreterinnen und Vertreter, die leben von uns, die kriegen ihr Gehalt von uns, dem Steuerzahler, ja und die haben auch für uns, die Menschen im Stadtteil, da zu sein [...]. Und das muss man den Leuten glaube ich auch immer wieder in Erinnerung rufen« (Interview 24).

Nicht zuletzt könnten mittels der bereitstehenden finanziellen Ressourcen⁴⁵ und der institutionellen Einbindung des Programms »Aktive Nachbarschaft« Möglichkeiten und Türen geöffnet werden.

»Das war denke ich auch ganz wichtig, denen [den Bewohner*innen] zu sagen, was es für eine Chance ist, ja, dass man mit mir, wenn man zusammenarbeitet, dass ich Finanzen mitbringe, dass ich Türen öffnen kann ganz schnell« (Interview 24, erster Quartiersmanager).

Erwähnenswert ist an dieser Stelle zudem, dass das aktuelle Quartiersmanagement (seit 2018) im Gegensatz zur ersten Periode (2002 bis 2007) auf den gesamten Stadtteil ausgeweitet worden ist. Das birgt den Vorteil, auch übergreifende Thematiken und das Verhältnis einzelner Quartiere zueinander in den Blick nehmen zu können. Neben den beschriebenen Problematiken, wie Segregationstendenzen und der Stigmatisierung einzelner Wohnareale, stellt gerade die Einbindung und Vernetzung aller Quartiere ein aktuelles Ziel des Trägers dar. Angesichts der Größe des Stadtteils scheinen jedoch sowohl räumliche als auch thematische Schwerpunkte unausweichlich. Die dargelegten Erkenntnisse dieser Studie können dafür als Anhaltspunkte dienen.

8.2 Ideen zur zukünftigen Quartiersarbeit

Ein von vielen Interviewten als grundlegend betrachteter Schritt des neuen Quartiersmanagements bestehe darin, die Sichtbarkeit des Quartiersmanagements zu erhöhen. Damit verbunden wäre ein eigenes, zentral gelegenes Büro. Als naheliegender Standort erscheint vielen Befragten die neue Erdgeschosszeile im nachverdichteten Teil der Platenstraße.

»Wäre ja schön irgendwie, wenn der neue Quartiermanager da einen Raum bekäme mit zum Beispiel noch einem Treffpunkt, wo Nachbar*innen sich austauschen können, super Idee, mitten im Herz« (Interview 13, Bewohnerin Platenstraße).

Aktuell wolle das Quartiersmanagement weitere und größere Räume mit Platz für Aktivitäten und die Beteiligung von mehr Bürger*innen und Vereinen finden (Interview 2). Prädestiniert für ein zweites Quartiersbüro zusätzlich zur Platensiedlung zeigt sich der Abschnitt der Ginnheimer Landstraße nahe der U-Bahn-Station, da hier ein räumlicher Schwerpunkt der Quartiersarbeit liegt (»Predigerseminar«, Siedlung Reichelstraße) und der öffentliche Raum vergleichsweise belebt ist.

⁴⁵ Die sich aktuell im professionellen sowie im ehrenamtlich weitergeführten Quartiersmanagement auf jeweils 25.000 Euro pro Jahr belaufen.

Zur Planung der zukünftigen inhaltlichen Arbeit des Quartiersmanagements erachten ebenfalls viele Befragte einen gemeinsamen Austausch der verschiedenen Akteure (darunter Initiativen, Vereine, Institutionen, Gremien, Gewerbetreibende und die ABG als größte Eigentümerin) auf Augenhöhe und unter professioneller Moderation für sinnvoll und wegweisend. Der erste Quartiersmanager, der nun in Zeilsheim tätig ist, berichtet, dass ein solches Format unter dem Namen »Zukunftswerkstatt« bereits in vielen Quartieren erfolgreich durchgeführt worden sei. Hauptziel müsse dabei sein, transparente Visionen zu entwickeln, die anschließend fortgeschrieben werden. Zur Wiedergewinnung des teilweise erodierten Vertrauens in bürgerschaftliche Beteiligung (dazu Kapitel 7.6) könnte eine solche Veranstaltung bedeutende Signale senden und eine gemeinsame Lenkung des Stadtteils neu einläuten.

»Und an der Stelle fehlen dann wie so, ich sage mal, ja wie so Autoritäten auch in Person von Rudi Baumgärtner, der vor 10 Jahren hätte der gesagt: ›Da setzten wir uns alle mal an einen Tisch.« Oder so und der hätte so die Kraft gehabt, die Leute dahin zu mobilisieren. Und Leute, die das jetzt ganz laut einfordern, werden aber da nicht ernst genommen oder ihnen wird ihre Befugnis abgesprochen, die Erlaubnis das überhaupt zu tun, weil sie ja nur eine Bewohnerin sind« (Interview 13, Bewohnerin Platenstraße).

Gleichzeitig erfordern die als konflikthaft oder intransparent wahrgenommenen Beziehungen zwischen Gremien, Institutionen und Einzelpersonen sicherlich langfristig Aufmerksamkeit und eine wohlwollende und anerkennende Aufarbeitung seitens aller Beteiligten. Viele Interviewte sind der Ansicht, dass in einem Neustart und im Aufbrechen alter Strukturen auch Potential und Chancen liegen.

Über diese eher grundsätzlichen Bedürfnisse hinaus werden in den Gesprächen auch konkrete Anregungen für Projekte und die alltägliche Quartiersarbeit genannt. Ein Vorschlag bezieht sich auf die Stärkung nachbarschaftlicher Strukturen in besonders von sozialer Benachteiligung charakterisierten Quartieren. Zugang könnte hier das Konzept von Schlüsselpersonen bieten. Gemeint sind damit Personen, die in einem bestimmten Radius (Wohnhaus oder Straßenzug) sehr gut vernetzt sind und dadurch Informationen aus ihrem Bezugsfeld gebündelt an das Quartiersmanagement übermitteln können und umgekehrt.

»In jede Straße ist irgendeine Person, die ein bisschen Überblick hat [...]. Und das macht zum Beispiel der [Name des stellvertretenden Ortsbeiratsvorstehers], der lädt halt jeden zu sich nachhause Cafétrinken ein [...]. Und damit kriegt er mit, jeder ist auch ein Informationsträger, ja. Und so sollte dann vielleicht neuer Quartiersmanager anfangen, mit, an jeder Straße eine Schlüsselperson zu nehmen und sagen: ›Was möchtest du, was würdest du, was könntest du und was können wir?« (Interview 15, Bewohner und Landtagsabgeordneter).

Sowohl einzelne Bewohner*innen als auch das interviewte Fachpersonal sieht zudem in erweiterten Gestaltungsmöglichkeiten des öffentlichen Raums einen Weg, mehr positive Identifikation mit dem eigenen Wohnumfeld zu erzeugen:

»Wo man sich vielleicht auch selber mit einbringen kann. Das ist ja auch oft, wenn die erste Graffiti-Wand steht, dann identifizieren sich Jugendliche schon vielmehr mit ihrem Stadtteil. Und das für Kinder ja auch zu, wenn die da mitgestalten und mitplanen, dann ist es auch ihres. Und das müsste mehr passieren in dem Stadtteil [...] Darüber würden ja auch wieder mehr Kontakte hergestellt werden. Einmal für die Familien, aber auch generationsübergreifend kann es da Projekte geben« (Interview 12, Mitarbeiterin eines Trägers der Jugendhilfe).

Von der Planung eines öffentlichen Treffpunkts über die Verschönerung der Wege, die Errichtung einzelner »kleiner Haltestellen« (Interview 12) und die Umgestaltung der Brückenunterführung am Ende der Platensiedlung bis hin zu mehr Kunst im öffentlichen Raum werden hier verschiedenste Ansatzpunkte aufgezeigt.

Als höchst relevant wird darüber hinaus die zeitnah anstehende Entscheidung über die Belegung der Ladenzeile innerhalb des Nachverdichtungsprojektes in der Platensiedlung bewertet. Hierfür wird ein baldiger Austausch verlangt, damit Möglichkeiten und konkrete Umsetzungsideen diskutiert werden können. Mittelfristig, so fordern viele Engagierte und Bewohner*innen, sollte ebenso die Diskussion über Möglichkeiten und Ressourcen zur Errichtung eines Gemeindezentrums (dazu Kapitel 6.1) in breitem Rahmen vorangetrieben werden. Diesbezüglich offenbaren die Interviews einen großen Bedarf, vielversprechende Vorschläge und Gestaltungswillen, aber teilweise auch ungenaue Kenntnisse über die Rahmenbedingungen eines solchen Projektes. Eine fachkundige Erörterung scheint daher zielführend.

Weitere konkrete Ideen, die mit überschaubarem (finanziellen) Aufwand umgesetzt werden könnten, beziehen sich u.a. auf die Etablierung einer stadtteilweiten digitalen Plattform (Kapitel 7.3), die Neugestaltung des »Bolzplatzes« in der Marie-Bittorf-Anlage sowie die Förderung von angeleiteten Trainingseinheiten und Workshops auf bestehenden Sportflächen. Weitergehende Anregungen für die Arbeit des Quartiersmanagements lassen sich insbesondere aus den in Kapitel 6 zum Ausdruck gebrachten Bedürfnissen und Wünschen ableiten. Ebenso haben die übrigen Kapitel der vorliegenden Sozialraumanalyse Thematiken herausgearbeitet, aus denen mittel- und langfristig inhaltliche Schwerpunkte und Zielsetzungen der zukünftigen Quartiersarbeit entwickelt werden können.

9 Literaturverzeichnis

- Amt für Wohnungswesen (2020): Mietspiegel 2020, https://frankfurt.de/-/media/frankfurtde/service-und-rathaus/verwaltung/aemter-und-institutionen/amt-fuer-wohnungswesen/pdf/64_s1/64_s1_frankfurter-mietspiegel-2020.ashx (Zugriff: 09.04.2021).
- Amt für Wohnungswesen (2019): Unveröffentlichte Daten zu Ginnheim auf Anfrage erhalten.
- ABG Holding GmbH (2021): Interview – Die Platensiedlung bekommt ein neues Gesicht, https://www.abg.de/projekte/projekte-daten/platensiedlung/interview_platensiedlung.php (Zugriff: 09.03.2021).
- Belina, Bernd und Boris Michel (Hrsg.) (2007): *Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bos, Arjan, John Pryor, Glenn Reeder und Sarah Stutterheim (2013): Stigma: Advances in Theory and Research. In: *Basic & Applied Social Psychology* 35(1), 1–9.
- Bürgeramt, Statistik und Wahlen (2019): Zusammenstellung ausgewählter sozialstruktureller Kennziffern zu den Siedlungen in Ginnheim – Unveröffentlichte Daten auf Anfrage erhalten.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2017): Lebenslagen in Deutschland – Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/5-arb-langfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=6 (Zugriff: 09.03.2021).
- Grünflächenamt. Stadt Frankfurt am Main (2020): Zukunft Stadtgrün: Grünes Ypsilon Ginnheim/Dornbusch. Kurzfassung des Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts, <https://gruenes-ypsilon.de/downloads> (Zugriff: 06.04.2021).
- Jugend- und Sozialamt (2017): Monitoring 2017 – Zur sozialen Segregation und Benachteiligung in Frankfurt am Main, <https://frankfurt.de/-/media/frankfurtde/service-und-rathaus/verwaltung/aemter-und-institutionen/jugend-und-sozialamt/pdf/themenordner/publikationen/monitoring/sozialmonitoring-2017-1.ashx> (Zugriff: 09.04.2021).
- Klaus, Luise und Bernd Werse (2021): Drogenhandel in der Frankfurter Platensiedlung – Entmietungspraxis einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft. In: Johanna

Sozialraumanalyse Ginnheim

Betz, Svenja Keitzel, Jürgen Schardt, Sebastian Schipper, Sara Schmitt Pacífico und Felix Wiegand (Hrsg.) *Frankfurt am Main – eine Stadt für alle? Konfliktfelder, Orte und soziale Kämpfe*. Bielefeld: transcript, 155–163

Magistrat der Stadt Frankfurt (2018): ST 943 – Stellungnahme des Magistrats vom 18.05.2018, https://www.stvv.frankfurt.de/download/ST_943_2018.pdf (Zugriff: 03.04.2021).

Sachs, Klaus (2001): Living off limits? Ergebnisse zur Wahrnehmung und Akzeptanz der ehemaligen US-Siedlungen in Frankfurt-Ginnheim aus Sicht ihrer Bewohner/innen. In: *Frankfurter Statistische Berichte* (4), 311–330.

Stadtplanungsamt (2021): Projektbeschreibung Platensiedlung Nord, https://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/platensiedlung_nord_17994.html (Zugriff: 09.03.2021).

Stadtplanungsamt (2019): Frankfurter Programm für den Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen: Förderweg 1, <https://stadtplanungsamt-frankfurt.de/show.php?ID=17689&psid=7nhegkrdhclruscp2dkimfaur4> (Zugriff: 08.03.2021).

Stadtplanungsamt (2019): Frankfurter Programm für den Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen: Förderweg 2, <https://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/show.php?ID=17700&psid=7cd15f758d790e506cdc2dd79020a88d> (Zugriff: 08.03.2021).

Zeitungsartikel:

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2018a): »Ich schäme mich hier zu wohnen«, <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/ich-schaeme-mich-hier-zu-wohnen-platensiedlung-nach-drogenfund-15803446.html> (Zugriff: 04.04.2021).

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2018b): »Ich mach euch kalt!«, <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurter-platensiedlung-wird-zum-sozialen-brennpunkt-15869819.html> (Zugriff: 04.04.2021).

Frankfurter Neue Presse (FNP) (2019a): Nicht über Blei informiert: Jugendzentrum kocht tagelang mit versuchtem Wasser, <https://www.fnp.de/frankfurt/frankfurt-ginnheim-blei-jugendzentrum-kocht-verseuchtem-wasser-zr-12992664.html> (Zugriff: 08.03.2021).

Frankfurter Neue Presse (FNP) (2019b): Urteile in Frankfurt: Wohnbaugesellschaft ABG darf Dealern Wohnungen in Platensiedlung kündigen, <https://www.fnp.de/frankfurt/drogenhandel-rechtfertigt-rauswurf-11748235.html> (Zugriff: 10.03.2021).

- Frankfurter Neue Presse (FNP) (2018a): In Ginnheim lassen Drogendealer Kinder für sich arbeiten, <https://www.fnp.de/frankfurt/ginnheim-lassen-drogendealer-kinder-sich-arbeiten-10425483.html> (Zugriff: 04.04.2021).
- Frankfurter Neue Presse (FNP) (2018b): Kampf gegen die Gewalt: Polizei rüstet sich für die Silvesternacht in der Platensiedlung, <https://www.fnp.de/frankfurt/platensiedlung-frankfurt-ginnheim-mehr-polizei-silvesternacht-10937031.html> (Zugriff: 04.04.2021).
- Frankfurter Neue Presse (FNP) (2018c): Krawalle in Platensiedlung: Polizisten mit Steinen beworfen und Linienbus attackiert, <https://www.fnp.de/frankfurt/krawalle-platensiedlung-polizisten-steinen-beworfen-linienbus-attackiert-10492276.html> (Zugriff: 04.04.2021).
- Frankfurter Rundschau (FR) (2021a): Ortsbeirat 9: Schulsanierung und U4-Lückenschluss, <https://www.fr.de/frankfurt/dornbusch-ort97113/ortsbeirat-schulsanierung-und-lueckenschluss-90221014.html> (Zugriff: 09.03.2021).
- Frankfurter Rundschau (FR) (2021b): »Schulthema ist ein Armutszeugnis«, <https://www.fr.de/frankfurt/schulthema-ist-ein-armutszeugnis-90162331.html> (Zugriff: 24.01.2021).
- Frankfurter Rundschau (FR) (2020): Ginnheim: »Die Platensiedlung wird ein Problem bleiben«, <https://www.fr.de/frankfurt/ginnheim-ort904319/ginnheim-platensiedlung-wird-problem-bleiben-13412508.html> (Zugriff: 09.03.2021).
- Frankfurter Rundschau (FR) (2019): Dealer fliegen in Platensiedlung Frankfurt aus der Wohnung, <https://www.fr.de/frankfurt/ginnheim-ort904319/dealer-fliegen-wohnung-11746917.html> (Zugriff: 10.03.2020).
- Frankfurter Rundschau (FR) (2014): Unhaltbare Zustände im Predigerseminar, <https://www.fr.de/frankfurt/unhaltbare-zustaende-predigerseminar-11054181.html> (Zugriff: 08.03.2021).

10 Anhang

Liste der Interviewpartner*innen

1. Ortsbeiratsvorsteher (CDU Ginnheim)
2. Bewohner Steuben-Siedlung + stellvertretender Ortsbeiratsvorsteher (SPD Ginnheim), Vorsitz Verein IDEAL, Kinderbeauftragter Ginnheim, Mitglied im Regionalrat Ginnheim
3. Bewohnerin Housing Area + KiFaZ Morgenstern und muslimisch/katholische Mütterarbeit, Elterncafé vor KiFaZ und bei Sancta Familia
4. Bewohnerin Ginnheim + Elternbeirat einer Kindertagesstätte, Förderverein einer Grundschule
5. Bewohnerin Housing Area + Gründerin Verein SaloonY e.V.
6. Pfarrer der Bethlehemgemeinde Ginnheim
7. Bewohnerin Ginnheim + Mitarbeiterin Abenteuerspielplatz Colorado Park
8. Bewohnerin Alt-Ginnheim + Soziale Kontakte Ginnheimer Senioren
9. Bewohnerin Alt-Ginnheim + Ginnheimer Geschichtskreis, Netzwerk Neue Nachbarschaft
10. Bewohnerin Alt-Ginnheim + Gründerin und Geschäftsführerin Nachbarschaftszentrum Ginnheim, ehemaliges Mitglied und Gründerin Verein IDEAL
11. Bewohner Platensiedlung + Zeitzeuge seit Siedlungsbezug, Gründungsmitglied Verein IDEAL
12. Mitarbeiterin eines Trägers der Jugendhilfe
13. Bewohnerin Platensiedlung + Zirkus Zarakali
14. Bewohner Steuben-Siedlung + Mitglied ehemalige Mieterinitiative
15. Bewohner Steuben-Siedlung + Regionalrat Ginnheim, Mitglied des hessischen Landtags für die SPD
16. Bewohnerin Platensiedlung + im Ortsbeirat für Die Linke
17. Bewohnerin Steuben-Siedlung + im Ortsbeirat und in der Stadtverordnetenversammlung für Die Grünen
18. Bewohnerin Ginnheim + Mitglied Jamii e.V.
19. Bewohner Platensiedlung + Geschäftsführer Deutscher Mieterbund (DMB) Frankfurt am Main e.V.

Sozialraumanalyse Ginnheim

20. Schatzmeisterin (und Trainerin) sowie Haupttrainer des Sportvereins Budokwan e.V.
21. Bewohnerin Alt-Ginnheim + Gründerin Ginnheimer Kirchplatzgärtchen sowie Klimawerkstatt Ginnheim
22. Expertin, die beruflich im Stadtteil aktiv ist
23. Schutzmann vor Ort (Polizei/Regionalrat Ginnheim)
24. Ehemaliger Quartiersmanager (2002 bis 2007)

Keine Antwort erhalten von: Ginnheimer Gewerbering e.V.

Gespräch abgelehnt: ABG Frankfurt Holding



Sozialraumanalyse Ginnheim

Im Fokus der Studie steht ein empirischer Blick auf die Bewohner*innen Ginnheims und ihre Interaktionsformen mit dem sie umgebenden Sozialraum. Auf Basis von 24 qualitativen Leitfadeninterviews sowie einer Auswertung sozialstatistischer Daten wird erstens herausgearbeitet, welche Handlungs- und Interaktionsspielräume sowie welche Teilhabe- und Beteiligungschancen der Stadtteil Ginnheim seinen Bewohner*innen bietet – sowohl auf der Ebene des individuellen Wohnraums als auch im weiteren Sinne auf Siedlungs- bzw. Stadtteilebene. Identifiziert werden ganz konkrete Bedarfe sowie Mechanismen, von denen eine benachteiligende oder segregierende Wirkung ausgehen. Zweitens untersucht die Studie, wie sich Bewohner*innen innerhalb des Stadtteils bewegen, welche Strukturen und Angebote sie wahrnehmen und wie sie sich bestehende Räume aneignen. Darauf aufbauend werden Ansatzpunkte aufgezeigt, wie Wohn- und Lebenssituationen verbessert, bestehende bürgerschaftliche Potentiale gefördert und erweiterte Handlungsmöglichkeiten geschaffen werden können.

